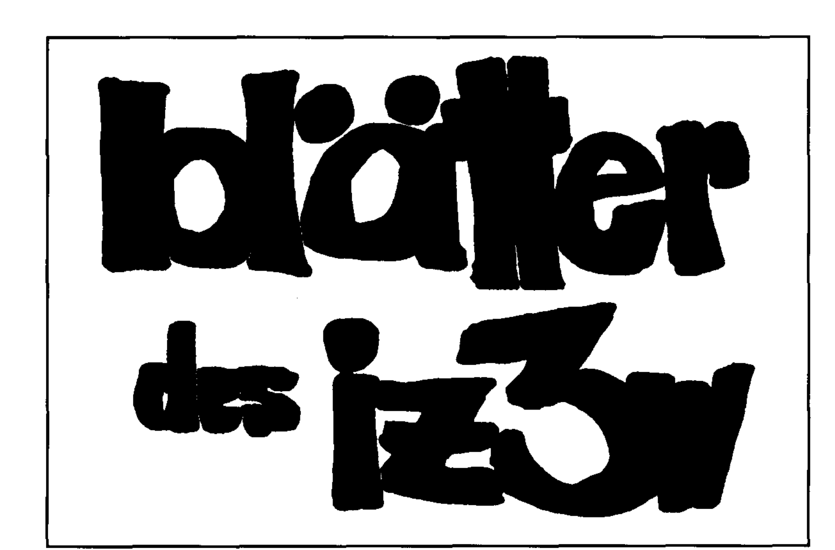
Nr. 185 Nov. 1992 DM 6,00 M 3477 F




informationszentrum dritte welt

# Verstädterung

außerdem:

Hungerhilfe unterstützt Krieg in **Somalia**
**Vietnam** im asiatischen Wirtschaftsraum

**Irak-Dossier:**
Das Scheitern der Opposition

# Impressum

**Hrsg.:** Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
**NEU:** Fax: 0761/709866

**Zusammengestellt von:** Isabel Armbrust, Konrad Fisch, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Dirk Kohn, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späler, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

**Druck und Satz:**
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22





**Vertrieb für Buchhandel:**
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

**Redaktionsschluß für Nr. 186:**
16.11.1992

**Anzeigenschluß für Nr. 186:**
(Druckfertige Vorlagen) 1.12.1992

**Jahresabonnement** (8 Ausgaben) im Inland:
DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

***Eigentumsvorbehalt:***
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*




# Inhaltsverzeichnis



## Schwerpunkt Nr. 186
## Israel in den neunziger Jahren

Israel zählt zwar nicht zur Dritten Welt, um Israel aber dreht sich zu einem wesentlichen Teil das politische Geschehen im Nahen Osten, über das wir seit Jahren kontinuierlich berichten. Für uns ist es jetzt an der Zeit, Israel einmal gesondert unter die Lupe zu nehmen, vor allem die gegenwärtige israelische Gesellschaft und ihre Konflikte. Der Themenschwerpunkt wird, wenn alles gutgeht, u.a. folgende Bereiche abdecken: Die Rolle der Religion und der religiösen Parteien - Die Situation der Frauen - Israel als multikulturelle Gesellschaft - Die Rolle der Schriftsteller und Filmemacher - Die arabischen Staatsbürger Israels. Anregungen durch unsere LeserInnen sind erwünscht.

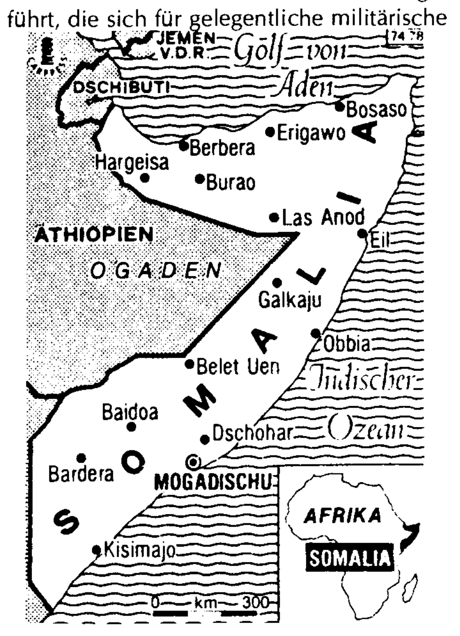
**'blätter des iz3w'**
**Postfach 5328**
**7800 Freiburg**

# Deutsche Spenden verlängern den Bürgerkrieg

**Mehrfach erreichten uns Anfragen, an welche Organisation gespendet werden könne, um den Somalis zu helfen. Geldspenden gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt, begannen wir uns mit Somalia näher zu beschäftigen. Wir fertigten eine Dokumentation zu Somalia an, die den Bürgerkrieg, die Hungersnot und die Ausrufung der 'Republik Somaliland' im Norden Somalias umfaßt (die Dokumentation hat etwa 50 Seiten (Zeitschriften- und Zeitungsbeiträge) und kann für 10.-DM (Porto inklusive) bei den 'blättern des iz3w' bestellt werden). Außerdem fanden wir mit dem Beitrag des britischen Sozialwissenschaftlers und Somalia-Experten Murray Watson eine Analyse, die sowohl den Zusammenhang von Hilfslieferungen und anhaltendem Bürgerkrieg thematisiert als auch die Arbeit einiger Hilfsorganisationen kritisch unter die Lupe nimmt.**

Somalia ist in einer Anarchie der Stammesclans versunken, und sogar die Clans haben sich inzwischen gespalten, so daß sich nun die Unterclans einander in Mogadischu und in der selbsternannten 'Republik Somaliland' bekriegen. (...)

In Mogadischus rauchenden Ruinen wird der verrückte Kampf zwischen den Clans mit modernen Waffen von psychotischen Teilzeit-Vergewaltigern, Teilzeit-Plünderern und sadistischen Teilzeitmördern weitergeführt, die sich für gelegentliche militärische Aufträge ihrer Subclans mit Munition, Treibstoff und dem Rauschmittel Khat (Miraa) bezahlen lassen, das sie brauchen, um weiterzumachen.




Die übrige Bevölkerung (...) ist bisher erstaunlich flexibel mit den schwindenden Nahrungsreserven zurechtgekommen. Farmprodukte aus der Umgebung und Importe durch lokale Händler, die damit die Gewinne aus geplünderten Altmetallen und Wertgegenständen umsetzen und regelmäßig kleine Schiffe in den Hafen von Mogadischu und an kleinere Landeplätze bringen, haben die Menschen bis jetzt am Leben gehalten, wenn auch chronisch unterernährt.

Die kleinen Mengen an Nahrung, die in Mogadischu eingetroffen sind, spielten in diesem 'Wunder des Überlebens' nur eine unbedeutende Rolle. Aber selbst diese gelegentlichen Luft- und Seetransporte, und vor allem die Erwartung größerer Lieferungen, haben die Gesellschaft extrem destabilisiert.

Warum? Die Aussicht, daß in Mogadischu eines Tages wieder große Hilfstransporte und zahlreiche wohlhabende ausländische Helfer ankommen, hält den blutigen Streit zwischen den Abgal- und Habr- Gedir-Subclans um diesen Flecken kaputter städtischer Immobilien am Leben.

Die auffälligste Folge des sozio-kulturellen Zusammenbruchs in Somalia ist das Leiden der Bevölkerung. Es ist einfach und sehr

wirksam, Bilder von Menschen zu zeigen, die sich in der Agonie von Schußwunden winden, aber viel schwieriger zu erklären, warum Recht und Ordnung zusammenbrachen, Raub und Plünderung sich so ausgebreitet haben. Genauso ist es leicht, ein kleines Kontingent Krankenpfleger und eine Kiste Verbandsmaterial nach Mogadischu zu schicken, aber fast unmöglich, Gesetz und Ordnung in den Straßen wiederherzustellen.

Aber die Menschen in den Geberländern können mit dem Leid in Somalia nun einmal besser leben, wenn sie das Gefühl haben, etwas zu seiner Linderung beizutragen. Die Leute möchten aber nicht allzu oft daran erinnert werden, daß ihre eigenen Aktivitäten die Probleme zuallererst geschaffen haben; allerdings, ein gelegentlicher Hinweis darauf hilft den Erben der jüdisch-christlichen Schuldethik, leichter nach ihren Scheckbüchern zu greifen. (...)

Die wohlmeinenden Bürger der reichen Welt sollten erfahren, daß dieser simple und rasche Weg in Somalia (und vielleicht auch sonstwo) nicht funktioniert, nie funktionieren kann. Doch es ist schwierig und gefährlich, in die gefühlsüberlagerte Welt der humanitären Hilfe Objektivitätskriterien einführen zu wollen: Wer wagt es schon, sich zwischen ein hungerndes Kind und den Eßnapf (...) zu stellen? Nur ein Satan könnte das tun!

Das stimmt auch, wenn man das Problem auf diese simple Ebene reduziert; die Wirklichkeit ist aber komplex, und die Frage sollte vielleicht besser so gestellt werden:"Wer wagt es, sich zwischen ein hungerndes Kind und den mildtätig gefüllten Eßnapf zu stellen, um zehn andere davor zu bewahren, jemals auf milde Essensgaben angewiesen zu sein?" (..).

## Die Vertreter der Geber in Somalia: Die privaten Hilfsorganisationen

Sehen wir uns die Aktivitäten der 'Nicht-Regierungs-Organisationen'(NGOs) in Somalia einmal an.
Wir notieren eine Reihe positiver Aspekte:



**Für eine "gute Sache" vor Ort - Eine Krankenschwester des Deutschen Notärztekomitees**

a) Einige hungernde Kinder haben wieder einen zufriedenstellenden Ernährungszustand erreicht, und einige verwundete Erwachsene und Kinder wurden wieder zusammengeflickt.

b) Ein humanitäres Beispiel wurde in einer Stadt abgegeben, in der Mitleid, Moral und Prinzipien verlorengegangen sind.

c) Somalias Probleme sind in das Bewußtsein der Menschen in den Geberländern gedrungen und haben verhindert, daß die Regierungen die unangenehme Sache einfach unter den Teppich kehren.

d) Die Menschen in den Geberländern konnten kleine persönliche Beiträge leisten und damit ihr schlechtes Gewissen und ihre Schuldigkeit mildern.

Aber es gibt auch negative Aspekte:

e) Die NGOs haben die generelle Lage in Somalia nicht verändert, was angesichts ihrer schwachen Stellung gegenüber den Kriegsherren auch wenig verwundert. So läßt sich aber leider nicht verhindern, daß Kinder, die zu einem zufriedenstellenden Ernährungszustand aufgepäppelt wurden, sofort wieder an Unterernährung erkranken, sobald sie von der Nahrungsquelle der NGOs getrennt sind, oder die Vorräte aufgebraucht oder anderswo umgeleitet wurden. Ebensowenig konnte gesichert werden, daß eine zusammengeflickte Person nicht bald wieder zerschossen wird.

f) Die NGO-Philosophie des 'alles-oder-nichts, Leben oder Tod' erlaubt keine Fragen über Kosten und Nutzen der Rettung menschlichen Lebens. Jedes Leben ist grundsätzlich unendlich wertvoll. (...) Unter diesen Umständen ist es eben gerechtfertigt, Ärzte und Krankenpfleger in Chartermaschinen von Nairobi nach Mogadischu zu fliegen, 800 kg Infusionen und Coca-Cola in ungeeigneten Flugzeugen nach Mogadischu zu transportieren, ein 100-Tonnen- Schiff für zwanzig Tonnen Lebensmittel von Mombasa nach Mogadischu zu chartern. So ist es auch gerechtfertigt, Gangster als Wachen für medizinische Hilfsgüter anzuheuern, von denen sie selbst dann die Hälfte stehlen, nur damit ein winziger Teil eines unendlich wertvollen Lebens gerettet wird. (...)

So gelangen letzlich nur ein paar Cent jedes gespendeten Dollars wirklich zu den verzweifelten Empfängern. (...) Jede 'Einheit des Guten', die in Mogadischu, Kismayo, Berbera, Bossano oder Hargeisa geleistet wird, kostet mindestens zehnmal so viel wie die von der gleichen NGO erbrachte gleiche 'Einheit des Guten' in Kenia, und hundert mal soviel, wie wenn sie von der kenianischen Regierung geleistet würde.

Das wäre alles egal, wenn die zur Verfügung stehenden Spenden unbegrenzt wären. Doch dem ist natürlich nicht so, und NGOs wetteifern heftig um die Zuwendungen. Jene NGOs, denen es gelingt, die beste Werbung und Sammlung zu organisieren, können sich auch die größte Scheibe vom Spendenkuchen abschneiden. Vor allem individuelle Spender fragen kaum (und erfahren nie), wie die wirklichen Kosten-Nutzen-Rechnungen ausschauen; wieviel die gleiche 'Einheit des Guten' jeweils kostet.

So ist es auch keine Überraschung, daß die am schnellsten wachsende Wohlfahrtsorganisation, die 'Ärzte ohne Grenzen' (Medecin sans Frontières - MSF) an allen prominenten Kriegsschauplätzen zu finden ist. Diese Organisation ist erstaunlich effizient, wenn es darum geht, 'als erste da zu sein'; ihre Mitarbeiter sind durchwegs jung und heldenhaft, sie stehen in T-Shirts mit dem Logo der Organisation auf Autos mit dem Logo und unter den Schwingen von Flugzeugen mit dem gleichen Logo. (...)

Erfolgreiche NGOs schicken mit den ersten Hilfsteams auch gleich Satellitentelefone mit, gleichberechtigt mit dem Operationsbesteck. Fernsehteams und Journalisten sind willkommene Gäste, werden verköstigt, transportiert und untergebracht, können unbegrenzt über die NGO-Heldentaten

berichten und werden auch noch mit dem wertvollsten aller Geschenke bedient: einer Satellitenverbindung, um die Story rasch abzusetzen. 'Als erster da zu sein', heißt auch, 'als erster die Geschichte zu erzählen' und im Spendenwettstreit natürlich 'als erster das Geld zu kriegen'.

Mogadischus Zusammenbruch war eine solche heiße Story, ein echter Horrortrip, gerade zum richtigen Zeitpunkt. Es war damals nicht leicht, an den Ort des Geschehens zu gelangen, aber unausweichlich waren sie als erste da, die 'Ärzte ohne Grenzen' und das 'Internationale Komitee vom Roten Kreuz' (IKRK). Die SOS-Kinderdorf-Organisation war hingegen schon dort, als einzige der kleineren privaten Organisationen, die sich nicht sofort aus dem Staub machte, als die Lage kurz vor Siad Barres Flucht dramatisch schlimmer wurde. (...)

Durch dieses NGO-Medien-Hilfsorganisationen-Kartell ist Mogadischu (und in geringerem Ausmaß ganz Somalia) zu einem Ort geworden,wo eine kleine Zahl aggressiv vermarkteter NGOs eine große Menge Geld ausgibt (das damit anderswo zu vielleicht effektiveren, aber weniger glanzvollen Einsätzen nicht mehr zur Verfügung steht), aber nur vergleichbar kleine humanitäre Erfolge erzielt.

g) Die Geberländer konnten sich vor einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Problemen in Somalia drücken, indem sie den NGOs großzügige Summen zukommen ließen und so der eigenen Bevölkerung vormachten, sie sorgten sich tatsächlich um Somalia.(...)

NGOs haben dort, wo sie tätig sind, eine viel schwächere Position. Sie können nicht mit Ministern oder Kriegskommandanten auf gleicher Ebene verhandeln; sie können viel weniger Druck auf ihre Gastgeber ausüben, als Regierungsvertreter dies könnten; aber die NGOs müssen vor Ort präsent sein, selbst wenn es nur darum geht, im Wettstreit um die Geber-Dollars zu bestehen.

Diese Lage wird von den somalischen Kriegsherren geschickt ausgenützt, indem sie den meisten NGOs vorschreiben, was sie zu tun haben, so daß diese oft nur als Wohlfahrtsverband eines der Clans oder Subclans operieren, mit der besonderen Zusatzaufgabe, Medienkontakte zu pflegen und das Image des jeweiligen Kriegskommandanten aufzupolieren.

Die NGOs, die den Wünschen der Kriegsherren und Clanmilizen nachkommen, werden umgekehrt vor Banditenattacken auf ihre Einrichtungen geschützt, wofür sie natürlich den Kämpfern, die zu diesem Zweck angeheuert wurden, Geld und Essen spendieren müssen. (...) Sie dürfen Funkgeräte und Satellitentelefone betreiben, vorausgesetzt natürlich, nichts Negatives über den jeweiligen Milizkommandanten geht darüber nach außen. Sie müssen ihre Ausrüstung mieten, Unterkünfte und Lagerräume pachten, und Arbeitskräfte in einer von den Kriegsherren akzeptierten Weise anheuern. Ihre humanitären Anstrengungen müssen sie den von den Gastgebern ausgesuchten Sektoren der Bevölkerung zukommen lassen. Manchmal werden sie sogar mit vorgehaltener Waffe gezwungen, verwundete Kämpfer des eigenen Kriegsherren mit erster Priorität medizinisch zu behandeln. (...)

In Somalia ist es nur zwei Nicht-Regierungs-Organisationen gelungen, eine gewisse, aber keinesfalls absolute, Neutralität zu wahren: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz tut dies, indem es auf beiden Seiten der 'grünen Linie' in Mogadischu präsent ist; und die SOS-Kinderdorf-Organisation hat sich bewußt entschieden, ihre Hilfe wieder auf Waisenfürsorge, Ausbildung und Hilfe für schwangere Frauen zu konzentrieren, und in seiner eigenen Anlage am Stadtrand von Mogadischu, weit weg von den Machtzentren der Kriegsherren, zu bleiben und so auch die potentielle Benützbarkeit für militärische und politische Ziele der Milizen gering zu halten.

h) In diesem korrupten Umfeld leisten die NGOs mehr materielle und propagandistische Unterstützung für die Kriegsherren, als humanitäre Hilfe für die leidenden Somalis. Diese Unterstützung hat nicht nur die Konflikte zwischen den und innerhalb der Clans verlängert, sondern auch den Glauben der Kriegsherren genährt, die Geber und ihre NGOs würden eines Tages allen Beteiligten genügend Nahrung, Treibstoff und Geld geben, damit die Kämpfe aufhören. Die Botschaft, die aus Somalia kommt, lautet: "Wenn Ihr uns nicht helft, dann werden wir einander weiter abschlachten."

Die Zeit, in der ein massiver Einsatz der UNO vielleicht spektakuläre Erfolge erzielt hätte, war nach der Flucht von Siad Barre, im Januar 1991. Doch die UNO hat die Lage völlig falsch eingeschätzt, mit dem Argument, daß sie erst dann effektiv helfen könne, wenn das Land 'zur Ruhe gekommen ist'. Sie blieb draußen, und das Land wurde immer chaotischer und unregierbarer. Zu dem Zeitpunkt, als dann die UNICEF Mitte 1991 ihre Hilfe begann, hatte Somalia schon längst aufgehört als Staat zu existieren. Und die UN-Formel für Ausgewogenheit lief darauf hinaus, jeden, der um die Macht stritt, gleich zu behandeln.



**Bürgerkriegsflüchtlinge am Horn von Afrika**

Als der UN-Sondergesandte James Jonah dem USC-General[1] Aidid einen Besuch abstattete, mußte er zum Ausgleich auch den Machthaber des Tages auf dem Flughafen Kismayo, den Interimspräsidenten Ali Mahdi und den Präsidenten der Republik Somaliland, Abdirahman Tuur in Hargeisa besuchen. Solche Ausgewogenheit ist nicht nur teuer, sie stellt auch kaum alle zufrieden.(...)

Und mehr noch verstärkt sie den Glauben der Somalis, daß die Kontrolle über ein wichtiges Stückchen Land (wie den Hafen und den Flughafen von Mogadischu) auch Macht und Legitimität verleiht und garantiert, daß die UNO und die Geber eines Tages wieder großzügig Geld, Nahrung, Waren und Experten in diese Stückchen Land pumpen, so wie es in den guten alten Tagen unter Siad Barre gewesen ist. Vor allem das ist Schuld an dem spektakulären Zerfall des Staates, der Glaube, daß jeder



**Nur selten erreichen die mit Spenden finanzierten Nahrungsmittel die Hungernden**

Clan, der als nächster Mogadischu kontrolliert, sich nach dem Vorbild der Marehan von Siad Barre genauso wird bereichern können. (...)

Die Somalis verstehen ganz genau, wie man lokale territoriale Macht für einen Ausbau der Herrschaft einsetzt. In einer halbnomadischen Weidewirtschaft ist das das einzige logische Spiel; spiele es gut, und dein Clan legt an Mitgliedern und Wohlstand zu; verliere es, und dein Clan wird versklavt und ausgelöscht. Mogadischu ist das sprudelnde Wasserloch, von dem jeder Kamelbesitzer träumt. Kismayo, Bosaso, Berbera und Hargeisa sind die Trostpreise. (...)

Eine Prognose für die nächsten zwölf Monate

1. Kontrolle: Mogadischu bleibt letztlich der territoriale Preis, den es zu gewinnen gibt; falls es den Gebern und der UNO nicht gelingt, die Somalis zu überzeugen, daß Mogadischu keinesfalls zur Quelle immensen Reichtums wird, geht der Konflikt dort weiter. Dieser territoriale Wert Mogadischus wird letztlich auch die genealogischen Allianzen in immer mehr zerstrittene Gruppen aufbrechen, wenn dieser Preis einmal in greifbare Nähe gerückt ist. (...) Sporadische Kämpfe, aber auch längere Feuerpausen, sind zu erwarten, letztlich ein anhaltendes Patt. (...)

2) Die humanitäre Lage: Chronische Unterernährung ist nun weit verbreitet, und jederzeit können verheerende Epidemien ausbrechen. Nachdem der Vorrat an 'herrenloser' Beute bald erschöpft ist, werden sich die Plünderer nun verstärkt jenen Vorräten und Einrichtungen zuwenden, die noch von ihren Besitzern gehalten werden; Raubzüge und Überfälle werden zunehmen - als Kriminalität des Überlebens. Private Lebensmittelimporte hören langsam auf, da Somalia immer weniger dafür eintauschen kann. Und auf dem eigenen Boden wird dieses Jahr fast nichts angebaut, anders als 1991, wo viele Bauern noch glaubten, das wäre eine gute Gelegenheit, rasch reich zu werden. (...)

3) NGOs und die UNO: Durch die 'Subsistenzwirtschaft des Verbrechens' - wo sich jeder mit dem Gewehr in der Hand selbst versorgt - wird es für die meisten NGOs immer gefährlicher, ausländische Mitarbeiter in Mogadischu zu stationieren. 1992 werden die Aktivitäten der NGOs weiter zurückgehen, und auch die Medien bringen immer weniger Somalia-Storys; denn schlimmer kann es kaum noch werden, und mehr oder weniger hoffnungslos ist es schon lange. Ausländer wird man zunehmend feindseliger begegnen, nachdem sie 1991 die Erwartungen auf Hilfe nicht erfüllt haben. (...)

Die UNO wird vielleicht ein paar der fünfzig geplanten Beobachter wirklich nach Mogadischu bringen. Die meisten werden aber in Nairobi oder Mombasa bleiben, um die Kommunikation in Gang zu halten. Die Dienstpläne werden auch so aussehen, daß sich eine Woche Präsenz und eine Woche Urlaub abwechseln, so daß auf jeder der beiden Seiten in Mogadischu höchstens zehn UN- Beobachter kommen. Ihre Versorgung wird schwierig sein, und zu ihrer Sicherheit müssen Ali Mahdi und General Aidid eigene Wachtruppen (sagen wir einmal, zweihundert auf jeder Seite) mit Waffen und Fahrzeugen bereitstellen, für die die UNO natürlich bezahlen muß.

Die Operation wird also im Monat zwei bis drei Millionen US- Dollar kosten. Von diesen Erfahrungen ausgehend, wird man dem Weltsicherheitsrat melden, daß fünfzig bis hundert Millionen Dollar im Monat nötig wären, um fünfhundert UNO-Soldaten kampfbereit in Mogadischu zu stationieren und von Nairobi aus (...) zu steuern.

**Murray Watson**

**Anmerkung:**

1) Der USC (Vereinigte Somalische Kongreß) kontrolliert den Süden und Südwesten Somalias

# Verstädterung in der Dritten Welt



Mehr und mehr Menschen der Dritten Welt leben in "Städten" - ein Begriff, für den es noch nicht einmal eine einheitliche Definition gibt, wie Eike Schütz erläutert. Das Wachstum der Städte resultiert heute überwiegend nicht mehr aus Landflucht, sondern aus dem natürlichen Bevölkerungswachstum - eine Ausnahme bildet bislang noch Afrika. Trotzdem geht die Landflucht weiter und die Ursachen, weshalb sich Menschen gezwungen sehen, ihr "Zuhause" zu verlassen - wie sie Schütz in seinem ersten Beitrag aufzählt - bestehen weiter.

Deshalb aber pauschal zu sagen, "die Stadt" - gleichzusetzen mit der Metropole eines Staats - beute "das Land" aus, alle Bemühungen müßten sich also auf die Förderung des ländlichen Raums richten, ist verfehlt. Den ländlichen Raum effektiv zu fördern, dem im übrigen zahlreiche Klein- und Mittelstädte angehören, führt sicherlich dazu, daß weniger Familien in die Hauptstadt gehen, eventuell sogar zu einer gewissen Rückwanderung aus den überfüllten Metropolen. Viele Vorteile der Metropolen werden aber das Land und seine Kleinstädte noch für lange Zeit ausstechen: Jobmöglichkeiten im informellen Sektor, Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot, aber auch schlichte Gewöhnung der dort bereits aufgewachsenen Jugendlichen an "städtische Lebensweisen".

Selbst der Versuch vieler Regierungen, die Lebensbedingungen für die armen Zuwanderer in den Städten so unerträglich wie nur irgend möglich werden zu lassen, führt nicht zu der erwünschten Abschreckung. Und so prägen die Vertreibung von ambulanten Händlern und der Abriß ganzer Stadtteile weiterhin den Alltag für viel zu viele der städtischen Armen weltweit.

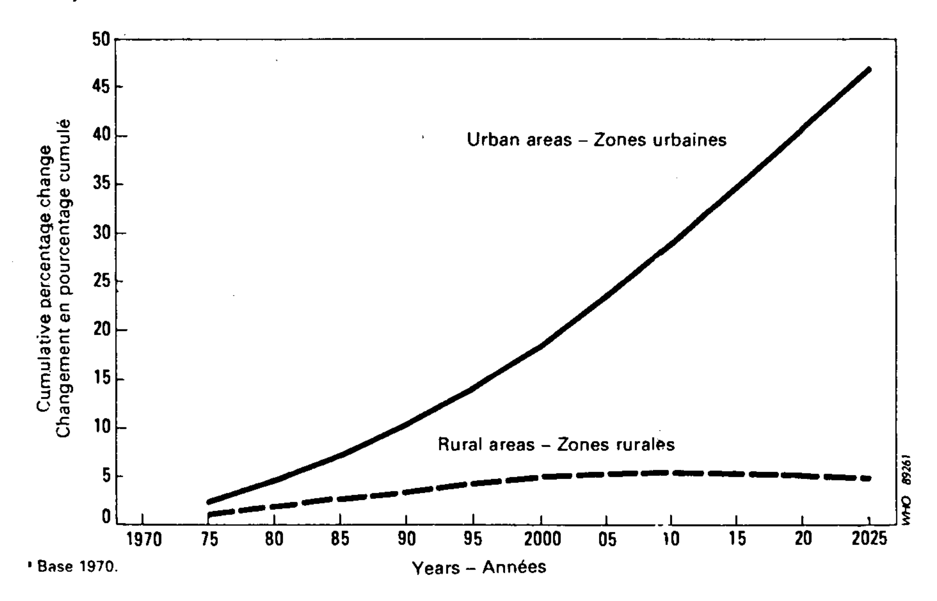
Am Beispiel Jakartas macht Jacques Decornoy deutlich, daß die sich verschärfenden sozialen Gegensätze kein Naturereignis sind, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, die von einer kleinen superreichen Minderheit getroffen werden und nur deren Interessen dienen. Er zeigt, daß diese Minderheit mehr und mehr in einen antagonistischen Gegensatz nicht nur zu der Masse der Armen, sondern auch zu Teilen der Mittelschicht gerät. Eine wachsende Zahl von Angehörigen der Mittelschicht schließt sich den Basisbewegungen der städtischen Armen an oder unterstützt sie, bildet gemeinsam mit ihnen die sog. "städtischen sozialen Bewegungen". Für Schütz, der sich beruflich mit Maßnahmen der Wohnverbesserung in Armutsvierteln befaßt, bieten einzig diese Gruppierungen eine Chance für den Aufbau einer Stadt von unten. Mitarbeit an Maßnahmen, die das eigene Umfeld aufwerten, stärkt das Selbstbewußtsein (gerade auch im Umgang mit den Herrschenden) - und führt zu angepaßteren, dauerhafteren Lösungen als sie die bislang herrschende Stadtentwicklungspolitik anzubieten hatte.

Jenny White schildert am Beispiel von Frauenarbeit und Heimarbeit für den Weltmarkt in Istanbuls Armenvierteln, wie sich das Kapital die Fähigkeiten der städtischen Armen und die Infrastruktur des informellen Sektors sowie traditionelle Werte wie Hausfrauenfleiß und Gruppensolidarität zunutze macht.

Daß es möglich ist, den informellen Sektor und die Masse der städtischen Armen in eine emanzipatorische Strategie einzubinden, zeigt die Kommunalpolitik der PT (Partei der Arbeiter) in Brasilien. In São Paulo werden die bescheidenen Finanz- und Machtmittel der Kommunalverwaltung eingesetzt, um ambulante Händler vor Repression zu schützen, die Reichen stärker zu besteuern und den öffentlichen Nahverkehr auszubauen - kleine Schritte, aber Schritte in die richtige Richtung.

**Redaktion**

**Prozentuales Wachstum der Stadt- und Landbevölkerung in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2025**




¹ Base 1970.

# Jakarta - eine Stadt, zwei Welten

**Die Metropolen, Zentren der politischen und meist auch ökonomischen Entscheidungsgewalt, sind nicht gerade Vorbilder für soziale Demokratie. Die Riesenstadt Jakarta macht eindrucksvolle Veränderungen durch, schmückt sich allenthalben mit luxuriösen Bauwerken und breiten Verkehrsadern. Zu wessen Nutzen und mit welchem Ziel? Am Fuß der prächtigen Hochhäuser beginnen manche Indonesier Fragen zu stellen...**

Die ewig junge Arbeiterin einer Textilfabrik in Jakarta kann, nachdem sie eintausendzweihundertfünfzig Jahre gearbeitet und ihren gesamten Lohn gespart hat, schließlich das Haus ihrer Träume kaufen, eines von denen, die in bestimmten 'schicken' Vierteln gebaut werden. Die Arbeiterin müßte noch einmal ein paar Jahrhunderte arbeiten und sparen, um, wie es in diesen Vierteln Brauch ist, in ihre Garage zwei oder drei Mercedeslimousinen, einen BMW und einen luxuriösen 'Japaner' zu stellen. Eine absurde Rechnung? Allerdings. Doch ihre kalte mathematische Logik spiegelt nur eine Gesellschaftsordnung wieder, die nicht weniger absurd ist. Denn bei einem Monatslohn von achtzig Mark muß man tatsächlich mehr als tausend Jahre in die Fabrik gehen, um sich ein solches Haus zu kaufen, das, vorsichtig geschätzt, eine Million Mark kostet. Doch wem gefiele es nicht, sich an die Stelle von jemandem zu denken, der eine solche Summe ausgeben kann, um angenehm zu wohnen? Solche Vergleiche lassen sich auch kaum vermeiden, genügt es doch, durch eines der neuen Einkaufszentren zu flanieren, um festzustellen, daß der Glückliche, der sich eine solche Bleibe und ein paar dezente Automobile leisten kann, noch genügend übrig hat, um sich eine Schweizer Uhr für achttausend Mark und andere kleine Dinge leisten zu können, ohne die das Leben nicht lebenswert ist.

Direkt neben der Baustelle des luxuriösesten Hotels der Stadt, liegt ein keineswegs besonders armes Viertel, wo es Zehntausende von Arbeitslosen gibt, darunter die große Mehrheit der Jugendlichen. Wie alle Herbergen seiner Art, wird das 'Plazza', so heißt das Hotel, bald Tag für Tag von ganzen Schwärmen dicker Limusinen angesteuert werden, denen elegante Besucher entsteigen, die kein Seminar, keinen Empfang und auch nicht den neuesten Disco-Hit versäumen wollen. Eine Nacht in diesem Hotel wird mindestens vier Monatslöhne unserer Textilarbeiterin kosten.

## Cholesterin für manche - Tuberkulose für andere

"Treten Sie ein, in die neunziger Jahre", heißt es auf einem riesigen Schild vor einer Baustelle, wo repräsentative Büros errichtet werden. Ein glitzerndes Hochhaus mehr wird sich zu den mehr als hundert gesellen, die in den letzten Jahren das Stadtzentrum verändert haben: Firmensitze, Banken, Hotels. Hinzu kommen die Appartmenthochhäuser mit dem schlichten Namen Park Royal, wo es sich gut leben läßt. Man betritt sie mittels Magnetkarten, sie verfügen über ein elektronisches Sicherheitssystem, über Squash- und Tennisplätze, Saunas, 'executives suites', Schwimmbäder, nicht zu reden von dem wichtigen Bereich, wo man etwas für die schlanke Linie tun kann, bevor man einen Vertrag unterzeichnet.

Wenn man es nicht vorzieht, in einer Villa des Kemang-Club zu wohnen, das Nonplusultra des Wohlstands (mit höchsten Sicherheitsstandards). So nah und gleichzeitig so fern den anderen zehn oder zwölf Millionen Bewohnern Jakartas.

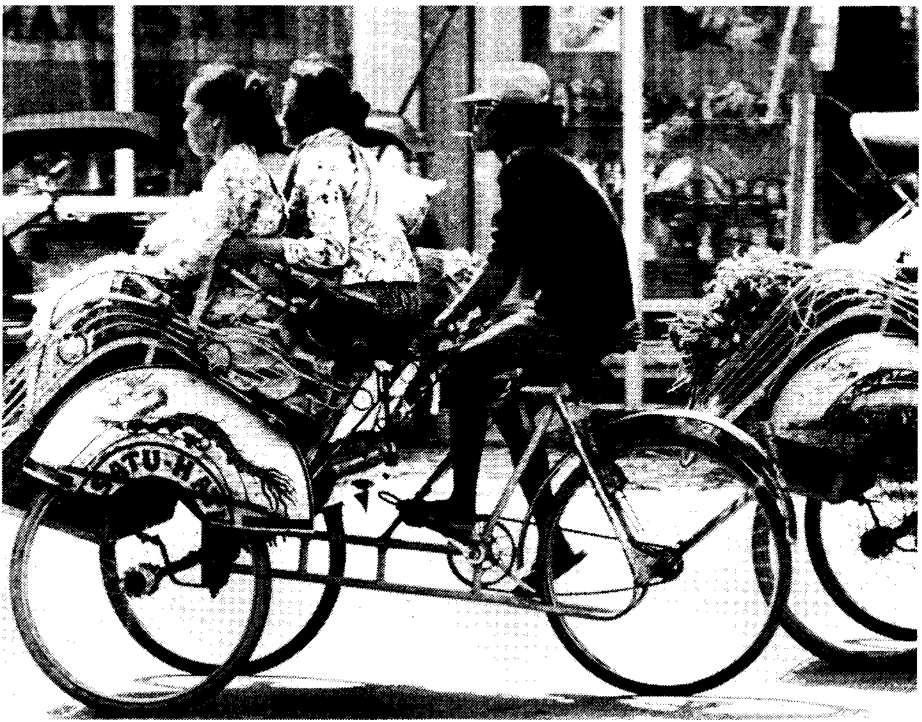
Die Kinder, die auf den Kreuzungen Zeitungen und Zeitschriften verkaufen, rufen uns die Schlagzeile eines Wirtschaftsmagazins zu: "Deregulierung ist Demokratie!". Sie arbeiten ohne Pause, die Computer, die die Aktienkurse notieren und auf denen so gern die Kameras des Fernsehens verweilen, das häufig wiederholte Reportagen über die wichtige Rolle der Banken ausstrahlt, einer Quelle des Wohlstands und des Glücks. Die Fernsehreporterin hat wohl nicht Gelegenheit gefunden, zu erwähnen, daß eine Textilarbeiterin zwei Tage arbeiten müßte, um sich eine Ausgabe des erwähnten Wirtschaftsmagazins kaufen zu können. Ebensoviel müßte die Arbeiterin ausgeben, um sich die Zeitschrift 'Fitness' zu kaufen, aus der sie lernt, ihren Cholesterinspiegel zu senken. Sie müßte also schwierige Entscheidungen treffen, denn ihr Lohn für einen Achtstundentag reicht nur aus, um fünfzig bis sechzig Prozent ihres Minimalbedarfs zu befriedigen. Ihre Wohnung ist ein kleines Zimmer, das sie mit vier oder fünf Kolleginnen teilt. Um zu überleben, muß sie bis zu zwölf Stunden am Tag arbeiten. Mehr als den Cholesterinspiegel hat sie die Tuberkulose und vorzeitiges Altern zu fürchten. Ihr Nachbar, ein Lehrer, der nicht besser wohnt als sie, muß, um über die Runden zu kommen, einen zweiten und dritten Beruf ausüben und zum Beispiel Essen auf der Straße verkaufen.

Sonntag morgen: Es herrscht Ruhe im Viertel Pluit, nahe am Meer. Um diese Zeit ist nur auf dem Golfplatz etwas los. Manche Bewohner haben ihre großen weißen Villen und die von Blumenhecken gesäumten Straßen hinter sich gelassen, um sich am Wochenende auf einer Privatinsel zu erholen, weit weg von Jakarta. Andere sehen sich vielleicht ausländische Fernsehprogramme an, dank einer der im Viertel zahlreich vorhandenen Parabolantennen. Es ist auch ein guter Tag, um seinen Mercedes zu waschen. Ist es banal diese Wasserverschwendung zu erwähnen? Ein paar Minuten weiter weg drängen sich Zehntausende in unhygienischen Elendsquartieren, wo man zum Trinken und um Reis zu kochen ein paar kostbare Rupien ausgeben muß, da das Wasser in Eimern von ambulanten Händlern gekauft wird. Als Latrine dient die stinkende Brühe der Flüsse, Kanäle und Abwassergräben.

Im Viertel Gudang Baru, nahe am Hafen, wurde vor kurzem eine Umfrage durchgeführt [1]. Dort leben Hafenarbeiter mit ihren Familien. 16.000 Menschen leben in dieser Hölle, mehr als tausend pro Hektar, in Schlamm, Schmutz und unerträglichem Gestank. Viele finden nur sechs oder acht Stunden Arbeit im Monat und verdienen dann 2700 bis 3500 Rupien, etwa drei bis vier Mark. Nahe an dieser Kloake vorbei führt eine Stadtautobahn, die von einer Baufirma gebaut wird, die die Tochter des Präsidenten leitet. Auf einem Teilstück von vier Kilometern einer solchen Schnellstraße muß man 1500 Rupien Autobahngebühr bezah-

len. Der Hin- und Rückweg (sechs Minuten) kostet zwei Tageslöhne der Textilarbeiterin.

Kürzlich erklärte Präsident Suharto, daß in den vergangenen elf Jahren die Anzahl der Indonesier, die unterhalb der Armutsgrenze leben von 54 Millionen auf 30 Millionen gesunken sei. Er fügte hinzu, daß diese deutliche Verbesserung der Situation vor allem den ländlichen Gebieten zugute gekommen sei. Die städtische Bevölkerung hat generell weniger von der Expansion profitiert und mußte vor allem mit ansehen, wie die sozialen Gegensätze sich verschärfen. Zwar ist Jakarta nicht Indonesien und auch nicht die einzige große Stadt des Landes, doch wird allgemein davon ausgegangen, daß mehr als siebzig Prozent der umlaufenden Geldmenge sich dort konzentriert. Nicht nur innerhalb der verwaltungsmäßigen Grenzen der Hauptstadt, die weitgehend an Bedeutung verloren haben. Man muß vielmehr von der städtischen Agglomeration ausgehen und darin alles einschließen, was innerhalb eines Radius von sechzig Kilometern um das Stadtzentrum wohnt, das bedeutet die Städte Bogor, Tangerang und Bekasih.



**Hunderttausend Fahrradrikschas ins Meer geworfen...**

Die Zukunft dieser städtischen Gesellschaft, wie sie sich bereits abzeichnet, ist, vorsichtig ausgedrückt, kontrastreich. Man errichtet eine Agglomeration, die den Besitzenden dient, von denen und für die die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden: Individueller PKW gegen öffentliche Verkehrsmittel, große und gepflegte Ländereien für eine Minderheit, aber unmenschliche Enge für die große Masse, die erforderlichenfalls an die Peripherie verfrachtet wird, wenn sich das Gesetz der 'Modernität' durchsetzt - der Appartments, der Banken, der Büros, der Autobahnen, der Einkaufszentren mit Aircondition, Supermarktmusik und Fernkopierern. In Jakarta gibt es weniger Autobusse als in Singapur, das nur drei Millionen Einwohner hat. Bereits heute bewegen sich mühsam zwei Millionen Motorfahrzeuge voran, für die man alte Viertel abreißen muß, die manchmal noch ein ländliches Gepräge haben. Welchen Einfluß kann unter diesen Bedingungen ein isolierter Architekt haben, der von einer Urbanität ohne Ghettos träumt und von menschenwürdigen Wohnungen für das Volk? Das Geld hat die Stadt im Griff, es bestimmt ihr Aussehen und die sozialen Beziehungen. Eine einzige große Firma verfügt in Jakarta über 6000 ha, der Finanzdirektor des größten Konzerns des Landes hat ein Jahresgehalt (in dem nicht seine sonstigen Einkünfte enthalten sind) von 480.000 Dollar [2].

Jakarta wird modelliert von einer deutlich sichtbaren Allianz mehrerer Gruppen. Die politische Klasse, zu der die Armee und die politische Staatsbürokratie gehören, die Privatfirmen - die fast vollständig in Händen der ethnischen Minderheit der Chinesen sind, die selbst wiederum zu einem größeren Geflecht ausländischer Interessen gehören, in dem die Japaner eine Schlüsselrolle spielen sowie in wachsendem Umfang Taiwan und Südkorea. Im Zentrum dieses Systems steht die Präsidentenfamilie ("Noch reicher als der Marcos-Clan", sagt ein gemäßigter Beobachter der Szene, der allerdings nicht in der Lage ist, Zahlen zu nennen): Der Präsident-General hat auf dem politisch-militärischen Posten, den er seit fünfundzwanzig Jahren einnimmt, nichts getan, um seine Umgebung, vor allem seine Frau, seine Tochter und seine Söhne davon abzuhalten, die Früchte glänzender Geschäfte einzuheimsen. Er geht davon aus, daß diese Geschäftsbeziehungen sich in strengster Legalität abspielen. Es gibt in Jakarta keine neuen kommerziellen oder industriellen Projekte und auch keine größeren Bauvorhaben, in die nicht ein Mitglied der 'ersten Familie' verwickelt ist.

Eine alte Geschichte, denn manche finanziellen Verbindungen reichen weit in die Zeit vor dem blutigen Umsturz von 1965/66 zurück: Herr Liem Sioe Liong, alias Soedono Salim (die Chinesen haben ihre Namen indonesisiert) hat zu Zeiten Sukarnos die Division finanziert, deren Kommandant der zukünftige Präsident Suharto war. Die große Firmengruppe, die Herr Liem heute leitet, ist weiterhin eine der Säulen des Regimes. Er ist in der Lage, Jakarta seinen Wünschen zu unterwerfen, die nichts Philantropisches an sich haben. Als König der Zementindustrie und Fürst hunderter anderer Aktivitäten, hat Herr Liem Sioe Liong, einer der reichsten Männer der Welt, im November 1989 das Kapital seiner Firma Indocement auf 335 Millionen Dollar aufgestockt, unter Bedingungen, die sich am Rande der Illegalität bewegten. Das Asian Wall Street Journal erwähnt in seiner Beschreibung dieser Operation zweimal, daß die Firma sich über gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen konnte, da sie mit den höchsten Staatsorganen verbunden ist [3].

Das Geld, das dank der allgemein verbreiteten Korruption gemacht wird, wird ohne Scham hergezeigt. Das bereits erwähnte Viertel Pluit ist vor allem ein 'Chinesenviertel', während das weiter südlich

## Maulkorb für Europaabgeordnete

Weil sie bei einer Tagung im Oktober '92 in Jakarta den Osttimorkonflikt thematisierten, wurden dem Europaabgeordneten Telkämper und seinen portugiesischen Kollegen Amaral und Gomez der Ausschluß aus einer EG-Delegation angedroht. Die Delegation war zu 'wirtschaftspolitischen Gesprächen', an denen VertreterInnen verschiedener ASEAN-Länder teilnahmen, nach Indonesien gereist. Trotz der betonten angeblichen demokratischen Entwicklung in ihrem Land waren die indonesischen Regierungsvertreter nicht bereit, über Osttimor, eine ehemalige portugiesische Kolonie, die durch indonesisches Militär besetzt wurde, zu sprechen.

Die EG selbst hat Menschenrechtsverletzungen in Osttimor wiederholt verurteilt, insbesondere das Massaker der indonesischen Armee in Dili im November 1991. Bei den 'wirtschaftspolitischen Gesprächen' aber sollte eine 'keep-smiling'-Politik gemacht werden und die drei Abgeordneten wurden vom Delegationsleiter Rinsche (CDU) zurückgepfiffen.

**Red.**

gelegene Viertel an der Straße Metro-Pondok-Indah in riesigen, weißen Villen im neoklassischen Stil vorwiegend die bürokratisch-militärischen Nutznießer des Regimes beherbergt. Manche Leute besitzen vier oder fünf Häuser dieses Typs in dem Viertel.

## Golfplätze brauchen Platz

Die einzige zugelassene Gewerkschaft, die von denjenigen Indonesiern, die ein offenes Wort riskieren, als 'gelb' bezeichnet wird, hat keinerlei andere Funktion, als für einen reibungslosen Betrieb der Fabriken zu sorgen. Manchmal gibt es Konkurse, die in der Presse nicht erwähnt werden dürfen, falls die Presse überhaupt die Absicht hat, dergleichen zu erwähnen. In einer Schuhfabrik gab es neulich einen Streik und man mußte den koreanischen Aufseher, dessen Methoden die Arbeiter in Rage gebracht hatten, in einem Container versteckt evakuieren. Ein Indonesier, der die Welt der Fabriken kennt, versichert, daß manche Arbeiter buchstäblich an ihrem Arbeitsplatz eingesperrt werden. Vor allem im Textilsektor kommen zur Überausbeutung Praktiken hinzu, die den Lohnabhängigen fast wie einen Sklaven an seinen Unternehmer ketten: Es heißt, daß die Unternehmer einen Teil des Lohns behalten, um die Arbeiter daran zu hindern die Stelle zu wechseln.

Ihren Standort wechseln müssen allerdings diejenigen, die sich 'illegal' auf profitträchtigen Flächen angesiedelt haben. Zum Beispiel ein Viertel, in dem ein großes Hotel errichtet wird, neben dem dann ein Financial Trade Center gebaut wird. "Die Armen verlieren immer", stellen die Verantwortlichen von LBH fest, einer Rechtshilfeorganisation. Man sollte lieber nicht erwarten, daß man einen Prozeß gewinnen wird, wenn man nicht auf der 'richtigen' Seite steht ...

Das Ideal der Herrschenden besteht darin, eine im materiellen und sozialen Sinn 'saubere' Stadt zu errichten. Aber wie soll man zur gleichen Zeit ungeheure Flächen für Golfplätze und große Villen freistellen und zugleich einen städtischen Raum demokratisch verwalten, der immer dichter besiedelt ist?

Eine der Maßnahmen zur 'Säuberung' war die Vertreibung von etwa 18.000 Jugendlichen, die an den Kreuzungen Zeitungen, Süßigkeiten, Mineralwasser oder ähnliches verkauften. Die Vertreibung einer großen Zahl von Straßenhändlern und die Beseitigung sämtlicher Fahrradrikschas. Eine gewaltige Schlacht, denn etwa siebzig Prozent der Bevölkerung gehören mehr oder weniger zum informellen Sektor und in Jakarta sind etwa 800.000 - 1.000.000 Menschen illegal (man braucht einen Personalausweis der örtlichen Behörden, eine Art Aufenthaltsgenehmigung, um in der Hauptstadt wohnen zu dürfen). Eine unkontrollierbare Masse, die vom Land ständig neuen Zustrom erhält, in einem Land, das verglichen mit anderen Staaten der Region sehr wenig urbanisiert ist.

Das 'Ideal' besteht darin, die Millionen Menschen verschwinden zu lassen, die, außer an einigen Schnellstraßen, die nur noch für Autos reserviert sind, überall alles verkaufen und damit nicht nur ein bißchen Geld verdienen, sondern auch eine wichtige soziale Funktion haben. Das 'Ideal' besteht darin, diese Art Handel größtenteils zu unterdrücken und das Geschäftsleben auf bestimmte Räume zu begrenzen. Die Hygiene verbessert sich allerdings in den Einkaufszentren, die es für unterschiedliche Schichten gibt (in einem dieser Einkaufszentren, das die Börse versorgt, kostet eine Dose importiertes Mineralwasser soviel, wie eine Textilarbeiterin am Tag verdient). Einkaufszentren werden gebaut, aber die Schar der kleinen Händler wird deswegen nicht kleiner.

## Hunderttausend Fahrradrikschas ins Meer geworfen

Die Verwaltung verheddert sich in ihren eigenen Widersprüchen. Sie würde es gerne sehen, wenn der informelle Sektor verschwände, in den sie gleichzeitig die Rikschafahrer hineinzudrängen versucht. Hier handelt es sich nicht um ein marginales Phänomen: Mehr als 100.000 Fahrradrikschas sind konfisziert und ins Meer geworfen worden, wo sie den Fischen als Laichplätze dienen. Hunderttausend Fahrradrikschas im Meer... und es gibt immer noch sehr viele. Auf den schmalen Wegen der älteren Viertel, die von der Modernisierung kaum berührt sind, ist der soziale Nutzen dieses Transportmittels beträchtlich. Dort würde es kaum gelingen, mit Autos voranzukommen. Das Vorhaben der Behörden, sämtliche Fahrradrikschas verschwinden zu lassen, ist alles andere als populär. Die Rikschafahrer gehören oft zu einer 'mobilen' Kategorie von Jakartanern die einige Monate in die Stadt zum Arbeiten kommen und dann wieder für einige Monate mit dem Geld, das sie in der Stadt verdient haben, zurück auf's Land gehen. Die Stadtbehörden versichern, daß diese Arbeit unmenschlich sei. Ihre Sorge ehrt sie, aber, wie die Verteidiger der Fahrradrikschas sagen, diese Besorgnis wäre noch weit ehrenhafter, wenn sie nicht zur Folge hätte, daß neue Arbeitslose, Bettler und Kriminelle geschaffen werden.

Allerdings ist dieses 'Ideal' eine Schimäre, deshalb taucht auch das Projekt, die Migration in die Stadt zu verbieten, immer wieder von neuem auf. Nach Angaben der Stadtverwaltung wandern jedes Jahr 300.000 Menschen neu in die Hauptstadt ein, vor allem aus den übrigen Gebieten Javas, aber auch aus Sumatra. Deshalb wächst der Druck auf die Wohnverhältnisse, die Wasserversorgung, die Hygiene, die Arbeitsplätze. Wie soll man erwarten, daß der Ciliwung, der Jakarta durchquert, eines Tages den Namen eines Flusses verdienen wird, wenn sich an seine beiden Ufer eine Vierte Welt klammert, die in absolut menschenunwürdigen Bedingungen lebt?

Alle Untersuchungen zeigen, daß der größte Teil der Migranten junge, ja sogar sehr junge Leute sind und sich fast alle in den Elendsvierteln ansiedeln. Die soziale Mobilität ist fast gleich Null (man wohnt in einem Elendsviertel und bleibt dort), und das Bildungsniveau ist meist sehr gering. Nach einer Untersuchung in den Armenvierteln im Norden von Jakarta haben 94% der interviewten Mütter aufgrund von Krankheiten ein Kind im Alter von unter fünf Jahren verloren (mehr als 70% ein Kind im Alter von weniger als zwei Jahren). Die hygienischen Bedingungen sind so, daß Fieber, Durchfälle, Infektionen der Atemwege, Röteln und so weiter ständig neue Opfer fordern. Hinzu kommt die Unterernährung. Hoffnung, dem zu entfliehen, gibt es nicht, denn es gibt kein sauberes Wasser, man lebt auf Müllhalden.

Ja, das Ideal der materiell und in sozialem Sinne sauberen Stadt ist weit entfernt. Wenn man einen Slum ein bißchen weiter weg-



schiebt, um ein Grundstück der Bauspekulation zu öffnen, wird damit das Problem nur verschärft. Aber wer verliert letzten Endes? Jakarta, eine Stadt am Ufer des Meeres, versinkt allmählich, aufgrund der Bautätigkeit und des Bohrens tiefer Trinkwasserbrunnen. Für die großen Hotels und die Appartmenthochhäuser ist es zweifellos möglich, immer tiefer zu bohren und damit sich zum Schaden der Armen mit Wasser zu versorgen, aber in der Zukunft wird die gesamte Bevölkerung darunter leiden, denn jetzt schon füllt das Salzwasser die Hohlräume und breitet sich unter der Hauptstadt rasch aus. Die Reichen und die Mittelschicht siedeln sich in den südlichen Gebieten an, die höher liegen, doch diese Ansiedlungen stören mehr und mehr den natürlichen Zyklus der Wasserläufe und die 'Unterstadt'. Acht oder zehn Millionen Menschen aller sozialen Klassen, sind immer mehr von Wassermangel und Überschwemmungen bedroht.

Eine absurde Entwicklung, die sich gegen diejenigen richten wird, die sie vorangetrieben haben, denn die eleganten Geschäftsviertel des Stadtzentrums können sich dieser Situation nicht entziehen. Jeder weiß es, jeder sagt es, aber man geht weiter davon aus, es sei rückständig, daß nur drei Prozent der Bodenfläche von Straßen bedeckt sind, wo es doch mindestens zehn Prozent sein müßten, um modern zu sein. Und man verkauft weiterhin die Mythen, die kurzfristig Profit versprechen: Das eigene Auto ist eines der großen Themen im privaten Pay-TV, das von etwa 100.000 Empfängern in der Hauptstadt gesehen wird. Man muß dafür jeden Monat sechzig Mark ausgeben, drei Wochenlöhne der Textilarbeiterin. Hier zeigt sich die wichtige Rolle der Mittelschicht.

Diese soziale Schicht ist in Jakarta zwar schwach, aber sie könnte eines Tages die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Bisher scheint es, daß sie beginnt, sich Fragen zu stellen. Von der Klasse der Besitzlosen können kurze Aufstände ausgehen, wobei ein oder zwei Tage lang chinesische Geschäfte angezündet werden, denn die Wut kann leicht auf Sündenböcke umgeleitet werden. Vielleicht hat die Unruhe in Teilen der Mittelklasse mehr Zukunft, denn die Kinder dieser sozialen Schicht sind in Jakarta, aber auch in Bandung und anderen Städten, die Träger des Widerstands. 1986 waren 62% der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren, die das Gymnasium absolviert haben, arbeitslos und der Prozentsatz der Arbeitslosen, die ein Universitätsdiplom haben, ist sehr hoch [4]. Die 180 Millionen Indonesier sind im Durchschnitt jünger als 21 Jahre. Von denen, die die Sekundarstufe beenden, kann nur ein kleiner Prozentsatz studieren, doch gibt es immerhin 1,2 Millionen Universitätsstudenten. Es gibt wenig Beschäftigungsmöglichkeiten für sie. Die Zeitungen von Jakarta schreiben von jungen Mädchen, die Jura studiert haben und in den Luxushotels der Hauptstadt die Betten machen.

## "Soll man die Löhne erhöhen? Aber man muß doch wettbewerbsfähig bleiben!"

Wenn man die Zeitung lesen will, empfiehlt es sich, einen guten Apparat zur Dekodierung zu haben, denn die Pressezensur ist sehr gründlich. Im letzten Herbst hat die Presse begonnen, Politiker zu zitieren, die sich offensichtlich auf ein Problem bezogen, von dem noch nie in der Öffentlichkeit die Rede war; sie sagten, man müsse die politischen Studentenvertretungen wieder zulassen, die seit 1978 verboten sind... Plötzlich bemerkt man, daß es von Nutzen sein kann, wenn sich bestimmte Debatten in aller Öffentlichkeit abspielen. Eine Zeitung [5] erinnert in einem Leitartikel daran, daß die Jugendlichen eine entscheidende Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit von 1945-



1949 gespielt haben und auch im Jahr 1966, als es darum ging, Sukarno loszuwerden und die 'neue Ordnung' des Generals Suharto zu etablieren. Offensichtlich will das Regime soziale Unruhen vermeiden, denn das Jahr 1993 nähert sich: Wird der Präsident nach drei Jahrzehnten uneingeschränkter Machtausübung eine neue Amtsperiode anstreben?

Die Mittelklasse, die die Autobahnen füllt, die Vergnügungsparks (auf die die Präsidentenfamilie eine Abgabe erhebt) und die Kinos, wo der Eintritt 10.000 oder 15.000 Rupien kostet, diese Mittelklasse wird vielleicht nicht immer gehorsam bleiben, und sie hat besonderes Gewicht in Jakarta, wo alle Entscheidungen getroffen werden. Ein anderes Problem wird heute plötzlich in der Presse angesprochen. Die Verteilung des Reichtums und die Konzentration der wirtschaftlichen Macht (es ist oft unmöglich, zwischen der privaten und der staatlichen wirtschaftlichen Macht zu unterscheiden). Eine Debatte, die die Hauptstadt erhitzt, wo es um die Erhöhung der Autobahngebühren geht, ist ein Anzeichen für ein Problem: Zuviel ist zuviel. Die Medien beginnen plötzlich von sozialer Solidarität zu sprechen und die eine oder andere Persönlichkeit zu zitieren, die den verschwenderischen Konsum mancher Leute geißelt... Diese stark verschlüsselte Debatte ist sicher ein Zeichen für Rivalitäten und Interessenkonflikte innerhalb der herrschenden Klasse, aber sie zeigt auch, daß diese Ideen in vielen Nichtregierungsorganisationen verbreitet sind, in manchen christlichen Milieus (die katholische Kirche schweigt dazu) und, was wichtiger ist, in islamischen Kreisen (die in ihrer großen Mehrheit weit von jeder Art Fundamentalismus entfernt sind).

Besonders hat man die sogenannten Konglomerate im Visier, das heißt etwa vierzig Konzerne, von denen manche international agieren und die sehr stark diversifiziert sind. 37 der vierzig größten Firmen sind in den Händen von Chinesen, doch zum Glück scheint die politische Debatte über 'ethnische' Kategorien hinauszugehen. In Jakarta sprechen zumindest die Intellektuellen der Mittelklasse von dem Zusammenhang zwischen dieser Konzentration der wirtschaftlichen Macht, dem Stil des politischen Lebens, den das Regime dem Land aufzwingt, der wachsenden Armut in den Städten und der ökologischen Katastrophen, von denen nicht nur die Hauptstadt betroffen ist.

"Sie wundern sich über den Gegensatz von arm und reich in Jakarta?", fragt ein gut informierter Bewohner der Hauptstadt. Sie staunen über die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und die Hungerlöhne der Textilarbeiterinnen? Versuchen Sie doch einmal, das zu ändern! Wenn Sie anständige Löhne fordern, wird man Ihnen sagen, daß wir wettbewerbsfähig bleiben müssen, daß die Marktwirtschaft gestärkt werden muß, sonst werden die Weltbank und der IWF den Hahn zudrehen. Schließlich muß man doch immer mehr exportieren, um die immer höheren Schulden bezahlen zu können."

Es wird Nacht. Die südkoreanischen Vorarbeiter haben für ein paar Stunden die Baustelle des neuen Palastes verlassen. Auf dem Dach eines repräsentativen Wolkenkratzers leuchten drei Buchstaben, das respektable Markenzeichen einer großen deutschen Automobilfirma. Einige Arme nutzen die relative Dunkelheit aus, um sich im Rinnstein zu waschen. Der Verkehr fließt wieder schneller. Das Privatfernsehen mit seinen amerikanischen Serien erreicht wieder seine Klientel. Die Kinder dieser Leute beginnen von etwas zu träumen, das auf indonesisch 'transformasi' heißt, der Wandel.

**Jacques Decornoy**

Le Monde diplomatique, Februar 1990, Übersetzung cn

**Anmerkungen:**

(1) The Jakarta Post, 18.9.89
(2) Warta Ekonomi, 31.7., 11. u. 25.9.89
(3) Asian Wall Street Journal, 16.11.89
(4) Far Eastern Economic Review, 11.2. u. 13.9.88
(5) Indonesian Observer, 21.11.89

# Überleben in den Städten

**Daß die Städte auf der Welt ständig wachsen, ist ein hinreichend bekannter Tatbestand. Auf absehbare Zeit wird ein immer größer werdender Anteil der Weltbevölkerung in Städten leben. Dafür gibt es verschiedene Ursachen und es gibt unterschiedliche Folgen der weltweiten Verstädterungsprozesse. Ansätze zur Bewältigung der mit diesen Entwicklungen verbundenen Probleme gibt es an verschiedenen Orten. Wichtig ist vor allem eine wirksame Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsteile an den erforderlichen Entscheidungsvorgängen. Langfristige Lösungen sind nur in gesamtgesellschaftlichem Zusammenhang - national wie international - vorstellbar.**



Rund 45% der Weltbevölkerung lebten 1990 nach UNO-Schätzungen in Städten. Allerdings ist der Grad der Verstädterung nicht in allen Kontinenten gleich. In Europa leben 73% der Bevölkerung in Städten, in Asien sind es 34%, in Lateinamerika 72%. Es ist demnach nicht richtig, die Dritte Welt als eine rein ländliche Welt anzusehen, obwohl sie das sicherlich zu großen Teilen auch ist.

Die genannten Zahlen täuschen, weil sie Durchschnittswerte sind. Im am stärksten verstädterten Kontinent, Lateinamerika, gibt es eine Reihe von Ländern, z.B. Guatemala und Honduras, in denen die Mehrzahl der Bevölkerung immer noch auf dem Land lebt. Im Gegensatz hierzu wohnen (1990) 86% aller Argentinier und 91% aller Venezolaner in Städten. In Afrika sind es die nordafrikanischen Länder, die einen hohen Anteil an Stadtbevölkerung haben, z.B. Algerien 52%, Tunesien 54%, Libyen 70%, wohingegen die Werte in Ruanda nur bei 8%, in Mali bei 19% oder in Kenia bei 24% liegen. Ähnlich große Unterschiede sind in Asien zu verzeichnen, Singapur hat 100%, Irak 71%, Nepal 10%, China 33%, Bangladesh 16% Stadtbevölkerung. Von den Ländern der Dritten Welt kann also, was den Grad ihrer Verstädterung anbelangt, kein einheitliches, nicht einmal ein ähnliches Bild gezeichnet werden. Zudem sagen Durchschnittswerte, auf großräumliche Einheiten wie Kontinente bezogen, wenig aus. Hinzu kommen andere Schwierigkeiten, die den Aussagewert der genannten Zahlen in Frage stellen. Die Angaben beruhen auf Statistiken der Vereinten Nationen (UN), die ihre Informationen wiederum von den einzelnen Staaten erhalten. Es gibt aber keine einheitliche Definition dafür, von welcher Größe an eine Ansiedlung als Stadt bezeichnet werden kann. Die Unterschiede sind erheblich.

## Was ist eine Stadt?

In Honduras gilt eine Ansiedlung dann als Stadt, wenn sie mehr als 1.000 Einwohner zählt, eine voll ausgebaute Primarschule hat, von einer Buslinie berührt wird sowie Telefonanschluß und Elektrizitätsversorgung hat. In China variieren die Kriterien von Provinz zu Provinz. In der Provinz Sichuan muß ein Ort mindestens 2500 Einwohner haben und von diesen mindestens 50% nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sein, um als Stadt zu zählen. Die notwendige Relativierung der offiziellen Zahlen ändert nichts an der Tatsache, daß der Prozeß der Verstädterung

weltweit sehr schnell fortschreitet. Seit 1950 ist die städtische Bevölkerung in allen Regionen stark gewachsen. Die Wachstumsrate der Stadtbevölkerung ist am höchsten in Afrika; sie betrug dort (1975-80) 5,3%. In der am stärksten verstädterten Großregion der Dritten Welt, in Südamerika, betrug sie im gleichen Zeitraum 3,6%, in Asien 3,1%. Eine Wachstumsrate von 5,3% bedeutet, daß sich die Stadtbevölkerung in einem Zeitraum von 13-14 Jahren verdoppelt, bei 3,6% in rund 20 Jahren. Doch auch hier ist zu berücksichtigen, daß es sich um lineare Projektionen handelt, die besondere Einflüsse nicht berücksichtigen.

Besonders augenscheinlich wird das schnelle Anwachsen der Städte in Ballungsgebieten wie Mexiko-Stadt (20 Millionen) , São Paulo (15 Mio.), Seoul (14 Mio.), Buenos Aires (11 Mio.) oder Kalkutta (11 Mio.). Es sind diese gewaltigen Zusammenballungen, die meist gemeint sind, wenn von den Städten der Dritten Welt gesprochen wird. Mit ihnen wird auch der Begriff des "explosionsartigen Wachstums" verbunden. Tatsächlich jedoch gibt es in vielen Ländern kleine und mittlere Städte, deren Wachstumsrate nicht selten höher sind als die der Metropolen. Nach Untersuchungen des IIED (International Institute for Environment and Development) in London lebten in Indien rd. 75% der Stadtbevölkerung in kleinen und mittleren Städten, in Kenia 49,5%, in Kolumbien 57%, in Ekuador 48%.

Auch wenn in einigen Fällen die Wachstumsraten der Ballungsgebiete niedriger sind als die kleiner Städte, so wachsen sie und damit ihre Probleme doch in absoluten Zahlen weiterhin überproportional an. Die "Metropolisierung", wie der Prozeß des übermäßigen Wachstums eines oder weniger städtischer Zentren in einem Land genannt wird, wird weiter fortschreiten. Das heißt: In vielen Ländern wird der Anteil der Menschen, die in riesigen städtischen Ballungsgebieten leben werden, noch steigen. Selbst wenn es gelänge, was nirgendwo abzusehen ist, die Zuwanderung vom Land zu stoppen, wäre dieses Wachstum nicht aufzuhalten. Es beruht nämlich zum größten Teil bereits auf natürlichem Wachstum der Stadtbevölkerung.

## Zwei Gründe für das Wachstum

Das Wachsen der Städte hat zwei Ursachen: einmal die Zuwanderung und zum anderen das natürliche Wachstum. Wenn Menschen sich entschließen, das Dorf, in dem sie leben, in dem sie ihre Familie und ihre Freunde haben, dessen Umwelt und soziale Bedingungen sie kennen, kurz: wo sie "zu Hause" sind, zu verlassen, dann müssen schwerwiegende, zwingende Gründe vorliegen. Keiner reißt seine Wurzeln unbegründet aus. In den meisten Fällen ist es die schiere Not, die zu einem solchen Schritt zwingt. Wenn vorhin gesagt wurde, daß die großen Städte weniger durch Zuwanderung, als durch Reproduktion wachsen, dann heißt dies nicht unbedingt weniger Abwanderung vom Land, sie hält nach wie vor an. Wegen der absoluten Zahl der Einwohner ändert sich nur die Proportion.

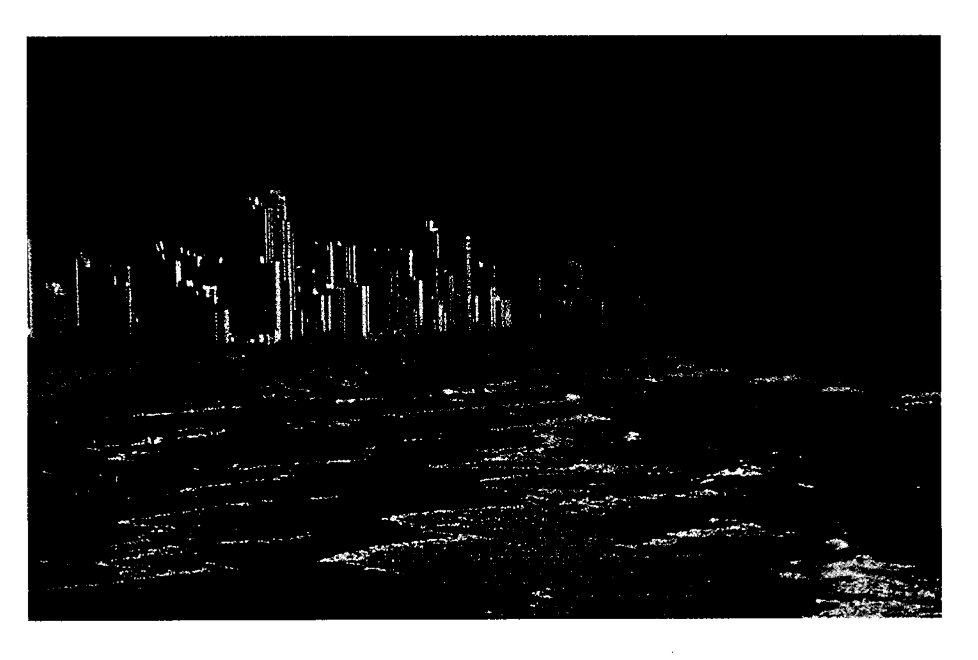
Der Hauptgrund der Abwanderung vom Lande liegt darin, daß dort ein Überleben nicht mehr möglich ist. Die Konzentration landwirtschaftlicher Nutzflächen in wenigen Händen steigt überall an und wird begleitet von einer Mechanisierung der Landwirtschaft. Es ist eine weitverbreitete Meinung, großflächig betriebene Landwirtschaft sei wirtschaftlicher als der kleine Familienbetrieb (was häufig nicht der Fall ist). Weil viele Länder der Dritten Welt hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte ausführen, und der Export die zur Zahlung der Auslandsschulden und für den Kauf der für die Mechanisierung der Landwirtschaft, aber auch für den Ausbau der Industrie benötigten Devisen erwirtschaftet, wird diese Form der landwirschaftlichen Produktion gefördert. Die negativen Folgen sind zahlreich: Einmal verlieren die kleinen Bauern durch Kauf und oft durch irreguläre Aneignung ihr Land. Durch die Mechanisierung werden zahlreiche Landarbeiter arbeitslos. Die durch die Plantagenwirtschaft bedingten Monokulturen mindern die Fruchtbarkeit des Bodens. Durch den Anbau von Exportprodukten verringert sich die Poduktion einheimischer Nahrungsmittel, so daß diese häufig importiert und damit wiederum mit Devisen bezahlt werden müssen.

Diese Wirtschaftsform hat also nicht nur negative volkswirtschaftliche Folgen, sondern stürzt auch unzählige Kleinbauern und Landarbeiter ins Elend, so daß diese - als buchstäblich letzter Ausweg - in die Stadt abwandern. Sie ist nur für die wenigen Großgrundbesitzer rentabel und vor allem für ihre Geschäftspartner in den Industrieländern, z.B. die Supermarktketten, die Produkte in immer gleicher Qualität und Quantität wollen. Kleinbauern können das nicht gewährleisten. Damit liegen einige der Gründe für das Wachsen der Städte ursächlich in den Verbrauchergewohnheiten und - in bezug auf die Schuldenrückzahlung - bei den Wirtschaftsinteressen der Industrieländer.

Ein weiterer Grund für das Elend der Landbewohner - und damit für die Abwanderung - liegt im Export der landwirtschaftlichen Überproduktion der Industrienationen, was dann häufig noch als Entwicklungshilfe bzw. als Geschenk deklariert wird. Die Bauern der beschenkten Länder, vorwiegend in Afrika, können mit diesen Nahrungsmitteln nicht konkurrieren. Um zu überleben, müssen sie ihre Produkte verkaufen können. Wenn das nicht mehr geht, müssen sie ihre Produktion aufgeben und sich nach anderen Einkommensquellen umsehen - in der Stadt.

## Landflucht hat viele Ursachen

Häufig ist die Meinung zu hören: Um das Abwandern der Landbevölkerung zu verhindern, müßten die Lebensbedingungen auf dem Land, besonders die technische und soziale Infrastruktur, verbessert werden. Es müßten also mehr Projekte im ländlichen Raum durchgeführt werden. Sicherlich ist jedes Projekt, das eine Verbesserung der Situation der verarmten Landbevölkerung bewirken kann, sinnvoll und notwendig. Doch einzelne Maßnahmen können die Abwanderung vom Land zur Stadt nicht verhindern. Nicht selten tragen sie zur Abwanderung bei. Die Verbesserung der verkehrsmäßigen Erschließung bislang abgelegener Gebiete ermöglicht den Kleinbauern eine bessere Vermarktung ihrer Produkte - gesetzt den Fall, daß ihre Produkte auf dem Markt gefragt sind. Andererseits ermöglicht die Straße aber auch den erpresserischen Zwischenhändlern einen leichteren Zugang zu den Orten der Produktion. Die Straße



vereinfacht zudem den Weg zur Stadt. Eine Verbesserung der allgemeinen Bildung ist sicher ein Wert an sich. Andererseits zeigen zahlreiche Untersuchungen, daß die Landbewohner, die zur Stadt abwandern, diejenigen sind, die eine bessere Bildung und Ausbildung schon haben. Nicht lesen und schreiben zu können ist eine Barriere gegen die Abwanderung, denn man weiß, daß dies in der Stadt häufig eine Voraussetzung ist, um einen Arbeitsplatz zu erhalten. Elektrizität ermöglicht den Radio- und Fernsehempfang, womit die Gaukelbilder des leichten Lebens selbst in abgelegene Gebiete gelangen und die Wünsche nach einem solchen Leben, das sich scheinbar in der Stadt verwirklichen läßt, wecken. Halbherzige Landreformen, ohne entsprechende Kreditprogramme und technische Beratung, führen häufig zu einer Überschuldung der Kleinbauern, die in der Aufgabe des Landes endet. Andere wichtige Gründe für die Abwanderung vom Land sind Katastrophen: Anhaltende Trockenheiten, Überschwemmungen, aber auch Kriege und Bürgerkriege treiben Landbewohner in die Städte oder deren Umkreis. Dort ist eher nationale oder internationale Hilfe zu erwarten, sei es in Form von Lebensmitteln oder in Form von Schutz.

Es ist also nicht möglich, von einem Grund für die anhaltende Verstädterung zu sprechen. Die Gründe sind nicht nur von Kontinent zu Kontinent und von Land zu Land, sondern im gleichen Land auch von Stadt zu Stadt verschieden. Offensichtlich aber sind die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, die Wirtschaftsstrukturen, in denen der Grundsatz gilt: "Der Stärkere gewinnt", der wesentliche Grund für das Wachstum der Städte.

## Riesenstädte und koloniales Erbe

Die Riesenstädte der Dritten Welt haben in der Mehrzahl ihren Urspung als Verwaltungs- oder Handelszentren der Kolonialmächte. Anders als zu Beginn des Wachstums der Städte in den sich industrialisierenden Ländern Europas im 19. Jahrhundert wurde in den Kolonialstädten keine Produktion aufgebaut. Die Kolonien sollten lediglich die benötigten Rohstoffe für die Manufakturen in den Mutterländern liefern und diesen keinesfalls mit eigenen Produkten Konkurrenz machen. In den von den Spaniern besetzten Ländern Lateinamerikas waren eigene Produktionen sogar ausdrücklich vom König auf Druck der Sevillaner Kaufmannschaft verboten.

Ein charakteristischer Aspekt der heutigen Städte der Dritten Welt, die sog. "duale Entwicklung", liegt ebenfalls in der kolonialen Vergangenheit begründet. Die europäischen Bewohner der Städte bauten ihre Wohnviertel in den besten Lagen, mit weitläufigen Grundstücken, die durch gut ausgebaute Straßen erschlossen wurden, hatten geregelte Wasserversorgung, Schulen für ihre Kinder, Krankenhäuser usw. Auf der anderen Seite: die Viertel der einheimischen Bevölkerung, ohne all diese Einrichtungen, oft in gefährlichen Lagen, an Steilhängen, in Sumpfgeländen, an den Bahnlinien usw., winzige Hütten als Wohnungen, häufig aus Restmaterialien notdürftig gebaut.

Dieser "Dualismus" hat sich bis heute erhalten, mit dem Unterschied, daß an die Stelle der Europäer deren einheimische Statthalter getreten sind und daß das Ausmaß der Gegensätze - sowohl quantitativ als auch qualitativ - noch zugenommen hat.

Nach der Unabhängigkeit, die die meisten der ehemaligen Kolonien erst nach 1945 erlangten, in Lateinamerika jedoch schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wurden die vormaligen Kolonialzentren zu Hauptstädten. Die aus der Kolonialzeit stammende zentralistische Organisation, die sowohl räumliche als auch Verwaltungsaspekte umfaßte, wurde in fast allen Ländern beibehalten, wodurch bis heute u.a. eine ausgeglichene Entwicklung der Territorien behindert wird. Sie führte auch zu einer Konzentration der nun möglichen eigenen Produktion in diesen Zentren. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß bereits in jenen Jahren die Lebenserwartung in den Städten erheblich anstieg.

Lange Zeit galt der Satz: "Sicher ist die Lage der Mehrzahl der Bewohner der Städte elend, jedoch ist die Situation auf dem Land noch schlimmer." Diese Feststellung verliert aber mehr und mehr ihre Gültigkeit.

## Lebensbedingungen in Armenvierteln oft schlimmer als auf dem Land

Viele Einzeluntersuchungen belegen, daß z.B. die Säuglingssterblichkeit in den Armenvierteln der Städte höher ist als in ländlichen Zonen und daß Unterernährung hier häufiger anzutreffen ist. Oft werden statistische Zahlen zur Versorgung mit Infrastruktur herangezogen, um zu beweisen, daß die Situation auf dem Lande schlimmer ist als in der Stadt, etwa wenn die Zahlen der Wasseranschlüsse im Haus oder das Vorhandensein von Toiletten gegenübergestellt werden (z.B. haben in Kenia 39% aller ländlichen und 75% aller städtischen Haushalte eine Toilette). Es ist jedoch leicht einsehbar, daß eine fehlende Toilette auf dem Land zwar unangenehm ist, aber kaum verheerende Folgen für die Gesundheit der Bewohner haben wird. In der Stadt jedoch, mit ihrer hohen Einwohnerdichte, sind die Folgen gravierend.

Diese unpassenden Vergleiche, die oft noch durch Feststellungen der Art "die Stadt beutet das Land aus" ergänzt werden, helfen nicht weiter, sondern verschleiern höchstens den Sachverhalt, daß es die gleichen Interessen und Gruppen sind, die sowohl die Bewohner des Landes als auch die der Städte ausbeuten. Wenn z.B. im Stadtteil Ventanilla von Lima nur 30% der Wohnhäuser Wasseranschluß haben und nur 2 Stunden am Tag Wasser geliefert wird, dann kann man diesen Sachverhalt nur richtig einordnen, wenn man gleichzeitig weiß, daß im Stadtteil Monterico 100% der Häuser Anschluß haben, der Pro-Kopf-Wasserverbrauch 15mal höher ist als in Ventanilla und durch Reservoire die Wasserversorgung ständig gesichert ist.

Die Lage der Mehrzahl der Bewohner der Städte ist durch Armut gekennzeichnet und diese wächst noch ständig. Beispiel Lima: Im Jahre 1984 waren von der ökonomisch aktiven Bevölkerung 36,8% unterbeschäftigt










**"Da draußen sind die von der Siedlervereinigung ...Sie fragen, was sie machen müssen, um Wasser zu bekommen."**
**"Sie sollen 2 Teile Wasserstoff mit 1 Teil Sauerstoff mischen!"**

und 54,3% hatten eine "adäquate Beschäftigung" (Definition: ein Einkommen, mit dem der durchschnittliche Warenkorb bezahlt werden kann). Im Jahre 1990 waren 86,4% der o.a. Bevölkerung unterbeschäftigt und nur noch 5,3% hatten eine "adäquate Beschäftigung". Den direkten Zusammenhang der "Strukturanpassungsmaßnahmen" (IWF/Weltbank) und wachsender Verarmung der unteren Einkommensgruppen belegen zahlreiche Analysen.

## Wohnungsbaustrategien

**Niedrigkosten-Wohnbau (Low-cost-housing)**
Wohnungsbauprojekte, bei denen komplette Wohneinheiten einschließlich der zugehörigen Infrastruktur zu möglichst niedrigen Kosten errichtet werden. Meist werden diese Projekte von Behörden (wie dem nationalen Wohnungsbauministerium) oder von halbstaatlichen Organisationen durchgeführt. Die künftigen Bewohner haben keinerlei Einfluß auf Grundrißgestaltung und Layout der Siedlungen. Low-cost-housing-Programme erreichen nur diejenigen, die über ein regelmäßiges Einkommen verfügen - also kaum Angehörige der untersten Einkommensschichten.

**Site-and-service-Programme**
Eine staatliche Behörde erschließt neues Bauland, indem minimale Infrastruktur (z.B. Wasserversorgung, Elektrizität, befestigte Wege) und soziale Dienstleistungen bereitgestellt werden. Das Bauland wird in Grundstücke eingeteilt, die gegen eine geringe Gebühr Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Der eigentliche Hausbau wird dabei den künftigen Bewohnern überlassen, die für die Investitionen bzw. die Aufnahme eines Baumaterialienkredits zumindest über einen geringen Verdienst verfügen müssen. Um die Grundstückskosten niedrig zu halten, werden Site-and-service-Projekte weit außerhalb der Zentren realisiert. Wo Zeitverbrauch und Fahrgelder die Einkünfte der Siedler aber zu sehr beschneiden, entstehen sog. 'Toilettenstädte' - das Angebot kann von den Wohnungssuchenden nicht angenommen werden.

**Squatter- and Slum-Upgrading**
Diese Strategie greift das Potential der Bewohner auf, durch eigene Initiative ihre Wohnumwelt zu verbessern. Es werden grundlegende infrastrukturelle Dienstleistungen und Gemeinschaftseinrichtungen nachträglich angelegt, wobei versucht wird, möglichst wenig des vorhandenen strukturellen und sozialen Bestands zu zerstören. Von entscheidender Bedeutung ist die Frage, inwieweit es gelingt, abgesicherte Rechtsverhältnisse für die Bewohner herzustellen, d.h., die Siedlung zu legalisieren. Die ärmsten Bewohner sehen sich allerdings nach der Sanierung nicht in der Lage die gestiegenen Lebenshaltungskosten (für Strom, Müllabfuhr etc.) zu tragen. Sie vermieten deshalb unter oder müssen doch fortziehen.

**SK**

Quellen:
Trialog. Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt. Darmstadt
E. Schütz: Städte in Lateinamerika. Misereor Dialog 5. Aachen 1987
E. Schmidt-Kallert: Zum Beispiel Slums. Göttingen 1989 DESWOS Jahresbericht 1989 (Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen)

## Städte bauen mit den eigenen Händen

Sichtbarer Ausdruck der Armut sind die endlosen Randsiedlungen, die die Städte umziehen und die innerstädtischen Slums. In vielen Städten, besonders in den Metropolen, wohnt bereits heute die Mehrzahl der Stadtbürger in solchen Vierteln des Elends (Mexiko-Stadt 65%, Guayaquil 60%, Nairobi 40%), die in vieler Hinsicht "illegal" sind: weil die Grundstücke häufig rechtlich nicht abgesichert sind, weil die erforderliche technische Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Müllbeseitigung, Elektrizitätsversorgung, öffentliche Verkehrsmittel) in der Regel nicht - und wenn, dann nur bruchstückhaft - vorhanden ist, weil die Hütten und Häuser nicht den geltenden Baunormen entsprechen. Doch den Armen bleibt keine andere Wahl, als außerhalb der geltenden Normen Wege zu finden, die ihnen ein Überleben halbwegs ermöglichen. Die Gesetze der freien Marktwirtschaft bringen es mit sich, daß in den Riesenstädten der Boden für ökonomisch schwache Bevölkerungsgruppen unerschwinglich ist. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als weit außerhalb ein kleines Grundstück zu suchen. Doch oft ist auch das für die armen Familien viel zu teuer. Sie haben keine andere Wahl, als brachliegendes Land zu besetzen. Dies gilt für die Städte aller Kontinente. Ihre Hütten und Häuser bauen sie, oft mit Hilfe der Nachbarn, selbst, meist aus Abfallmaterialien. Im Lauf der Zeit, entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten, werden die Hütten ausgebaut und erweitert, so daß sich - allerdings oft erst nach vielen Jahren - die Viertel schließlich konsolidieren können .

## Stadtentwicklungspolitiken gescheitert

Die Stadtentwicklungspolitik der frühen Jahre, die darin bestand, für die Armen Wohnhäuser und andere Einrichtungen zu bauen, ist gescheitert. Doch auch die darauf folgende alternative Politik, die vollständig auf Eigeninitiative und individuelle Selbsthilfe setzte, muß heute als gescheitert angesehen werden.

Es läßt sich nicht mehr verheimlichen: die hoffnungsvollen Erwartungen der sechziger und siebziger Jahre in Bezug auf die Stadtentwicklung (und Entwicklung allg.) und Wohnungsversorgung, wie sie z.B. von John Turner in seinen Schriften, besonders in seinem Schule machenden Buch "Freedom to build" dargelegt und von den meisten von uns Planern und Theoretikern vertreten und verbreitet wurden, haben sich nicht erfüllt.

Die meisten der seinerzeit mehr oder weniger spontan besiedelten Viertel haben sich nicht wie erwartet konsolidiert. Nach dreißig Jahren leben die damaligen Selbstbauer immer noch in Rohbauruinen, müssen häufig noch immer das Wasser von schmutzigen Tanklastwagen zu überhöhten Preisen kaufen. Abwasserbeseitigung oder Müllabfuhr reicht nicht in die Viertel usw. Bevor sie fertig gebaut sind, beginnen sie zu verslumen, weil die Belegungsdichte zu groß ist. Die Kinder der Familien, die damals hier zu siedeln begannen, stehen heute vor den gleichen Problemen, wie seinerzeit ihre Eltern.

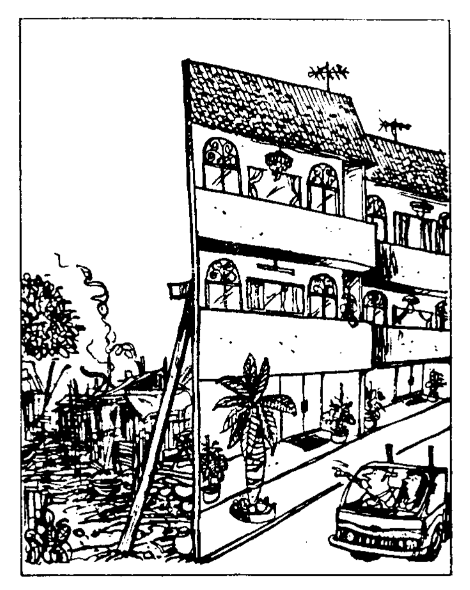
Die Theorien gingen von falschen Voraussetzungen aus. Ein heute offenkundiger Fehler war es, den Prozeß des Hausbaus isoliert zu betrachten, d.h. ihn nicht als Teil der allg. Stadt- bzw. Viertelentwicklung zu sehen. Der Begriff "Habitat" war zu eingeschränkt. "Städtischer Habitat ist zu verstehen als die Gesamtheit der Beziehungen zwischen physischen Gegebenheiten, natürlichen Ressourcen, den Charakteristiken und sozio-kulturellen Aktivitäten der Bevölkerung, die die Umwelt schaffen, in der sich das städtische soziale Leben reproduziert". So wurde es kürzlich auf einem Seminar zu Fragen der städtischen Entwicklung in Lima formuliert.

Das große Verdienst John Turners bleibt es aber, auf die Selbsthilfefähigkeit der Bewohner der Armenviertel, die Logik ihrer Aktionen und deren hohe Effizienz aufmerksam gemacht zu haben. Daß einige Regierungen diese Gedanken zur möglichen Selbsthilfe freudig aufgriffen, sich bequem in den Sessel zurücklehnten und nichts taten, oder nichts anderes taten - wie in Lima -, als mit Kreide in der Wüste Grundstücke zu markieren, ist nicht ihm anzulasten.

Die allermeisten der Armensiedlungen bleiben aber durch Mangel charakterisiert. Mangel an Zugang zu bezahlter Arbeit, zu technischer und sozialer Infrastruktur, zu

politischen Entscheidungsprozessen, zu gesunder Umwelt, zu sicherem Obdach etc. Doch es ist nicht nur der Mangel an Zugang zu diesen Gütern und Dienstleistungen, der die Lage kennzeichnet. Dem Bewohner stellt sich auch das Problem der "Selbstdefinition" (Selbstwert), d.h. seines Standortes im sozialen Gefüge der Stadt: über Besitz ist dies nicht möglich, denn er hat nichts; über Wissen ist es nicht möglich, denn eine solide Schulbildung ist ihm verwehrt; über das verantwortliche Sorgen für die Familie ist es auch nicht möglich, denn es fehlt ihr an allem.

Das Elend der Städte besteht also nicht nur im Mangel an materiellen Gütern, psychische und soziale Probleme kennzeichnen es nicht minder und unterscheiden es von dem in ländlichen Zonen.



**"So ist es praktischer. Jetzt brauchen sie nicht jedes Mal, wenn eine internationale Konferenz in der Stadt läuft, die Slums an der Flughafenstraße abzuräumen."**

## Phantasie ermöglicht das Überleben

Es sind in Wahrheit die Armen, die heute, ohne Unterstützung und Hilfe, mit eigenen Händen die Städte bauen. Die formale Stadt gewährt ihnen keinen Platz, auch nicht in wirtschaftlicher Hinsicht. Den müssen sie sich selber erobern, indem sie z.B. sogenannte "informelle Tätigkeiten" ausüben. Dazu gehören ambulanter Handel, Garküchen, Produktion aus Abfallmaterialien, Gelegenheitsarbeiten usw.

Erstaunlich ist die Phantasie, mit der immer neue Möglichkeiten ausgemacht werden, einige Pfennige zu verdienen, sei es als "Autoeinparker" in den überfüllten Innenstädten, als "Autowäscher" während der Haltezeiten an den Verkehrsampeln oder als "Feuerschlucker" an der gleichen Stelle. Zu diesen Tätigkeiten zählen auch die informellen sozialen Dienste, etwa wenn Nachbarinnen sich zusammentun, um eine Art Kinderhort aufzubauen, damit die übrigen Mütter einer Arbeit nachgehen können, oder wenn sie eine "Gemeinschaftsküche" für mehrere Familien einrichten, um so durch Großeinkauf Geld zu sparen und gesündere Kost zu kochen. Immer öfter sind auch in den Städten Familien- oder Gemeinschaftsgärten anzutreffen. Selbst Wasser- und Abwasserleitungen werden nicht selten von den Armen in Selbsthilfe verlegt.

Volkswirtschaftlich hat der informelle Sektor eine wesentliche Bedeutung, die angesichts des Bevölkerungswachstums noch steigen wird. Die Selbsthilfeaktivitäten weiter Teile der städtischen Bevölkerung entlasten die öffentlichen Haushalte in erheblichem Maße. Das Heer der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten garantiert der Wirtschaft zudem niedrigste Lohnkosten.

## Eine "ordentliche" Hauptstadt?

Trotzdem wird der städtische "informelle Sektor" vielerorts direkt bekämpft. Sei es, daß die ambulanten Händler ständig vor der Polizei flüchten müssen, die sie aus den innerstädtischen Gebieten vertreiben will, oder daß Familien wegen ihrer Armut als subversiv angesehen und deshalb in bestimmte Siedlungen zwangsumgesiedelt werden. In jüngster Zeit fanden wieder zahlreiche große Vertreibungen aus den Randsiedlungen statt. In Khartoum wurden von der sudanesischen Regierung Anfang 1992 400.000 Bewohner - ausschließlich Flüchtlinge aus dem West- und Südsudan - in die Wüste getrieben. Dies kommt einem Todesurteil gleich. Bereits bei der gewaltsamen Räumung kamen mindestens 13 Menschen, die sich der Umsiedlung widersetzten, ums Leben.

Häufig werden anläßlich von internationalen Großereignissen Armenviertel mit Planierraupen plattgemacht (Olympiade in Seoul, Kolumbus-Feier in Santo Domingo, usw.). Die Regierung will der Welt eine "moderne, ordentliche Hauptstadt" zeigen. Nicht etwa, indem die Armut überwunden wird, sondern, indem die Armen aus dem Gesichtsfeld vertrieben und ihre unter vielen Mühen und Opfern gebauten Siedlungen zerstört werden. Diese Art von Gewalt ist ein wesentlicher Aspekt des heutigen Lebens in den Städten.

## Städtische soziale Bewegungen

Oft werden die Bewohner der endlosen Randsiedlungen als eine amorphe, unstrukturierte Masse von Menschen beschrieben. Eine solche Beschreibung ist für die meisten Siedlungen falsch. In fast allen bestehen zahlreiche unterschiedliche Organisationen, sowohl funktionaler wie auch territorialer Art, aber auch Föderationen beider Arten von Gruppen. Für die zukünftige Stadtentwicklung, ganz sicher aber auch in allgemeiner politischer Hinsicht, werden besonders die letztgenannten Föderationen als städtische soziale Bewegungen, die in Lateinamerika Movimiento Urbano Popular genannt werden, eine entscheidende Rolle spielen.

MUPs sind Föderationen von Wohnviertelorganisationen, vorwiegend in Randsiedlungen, wie z.B.: Nachbarschaftsgruppen, Kooperativen, Christliche Basisgruppen, Selbsthilfegruppen usw. Ihr allgemeines Ziel ist es, als eine artikulierte soziale Kraft die Interessen der Bewohner der Randsiedlungen gegenüber Parteien und anderen nichtstaatlichen Gruppen wirksamer, als dies einzelne Gruppen könnten, zu vertreten. Im Vordergrund stehen dabei häufig Probleme, die den Lebensraum - im weitesten Sinne - betreffen. Dazu zählen: vorgesehene Vertreibungen von besetzten Grundstücken zu verhindern, Durchsetzen von Maßnahmen zur Legalisierung von Eigentumstiteln, Anschluß der Siedlungen an die städtische Infrastruktur, aber auch Einrichten von Schulen und medizinischen Dienstleistungen, Beteiligung an der Viertel- und Stadtplanung u.ä. Es handelt sich also um Probleme, die direkten Bezug zum lokalen Siedlungsraum haben.

Im Gegensatz zu den organisierten Arbeitern mit festem Arbeitsplatz - in den Ländern der Dritten Welt bekanntlich eine kleine Minderheit -, hat das Heer der Arbeitslosen, Unterbeschäftigten, Gelegenheitsarbeiter, ambulanten Händler usw., wenn man so will: der informelle städtische Sektor, kein Sprachrohr und keine durchsetzungskräftige Interessenvertretung. Der Vorteil der MUPs gegenüber Gewerkschaften kann z.B. darin bestehen, daß sie nicht eine bestimmte Berufsgruppe, sondern die Vielfalt der Bewohner der Randgruppen strukturieren und vertreten. Wegen der (steigenden) Zahl der Menschen, die in solchen Situationen leben, bestehen gute Chancen, daß die politischen Entscheidungsträger diese soziale Gruppe in ihren Entscheidungen stärker berücksichtigen, als das bislang der Fall war. Einige Anzeichen, besonders in demokratisch regierten Ländern, deuten bereits darauf hin.

Schon in den 60iger Jahren gab es in einigen Ländern (z.B. Chile, Peru, Mexiko) MUPs. Diese unterschieden sich jedoch von den heute existierenden. In der Regel handelte es sich um Unterorganisationen bestimmter Parteien, auch wenn sie mit Anspruch der allgemeinen Interessenvertretung der Bewohner der Randsiedlungen auftraten. Die nationalen Leitungen sind in einigen Fällen noch heute stark mit den jeweiligen Parteien verbunden. In den Basisgruppen aber hat sich ein totaler Wandel vollzogen. Bei allen Aktionen, Demonstrationen, Selbsthilfemaßnahmen usw. arbeiten die Siedler, ganz gleich welcher Föderation ihre Gruppe angehört, eng zusammen. Die Probleme vor Ort haben an Bedeutung zugenommen, die ideologischen hingegen haben an Bedeutung verloren. Die territoriale Abgrenzung ist also bestimmender als die

ideologische. Dies kann vielerorts beobachtet werden. Diese Entwicklung bedeutet nicht, daß die MUPs heute weniger politisch arbeiten. Nach wie vor sind ihre Handlungsweisen politisch, jedoch wesentlich weniger parteipolitisch. Das eröffnet ihnen neue Spielräume und erhöht die Chancen, durch ihr Wirken eine Verbesserung der Lebensumstände in den Siedlungen zu erreichen.

## Änderungen nur in größerem Rahmen möglich

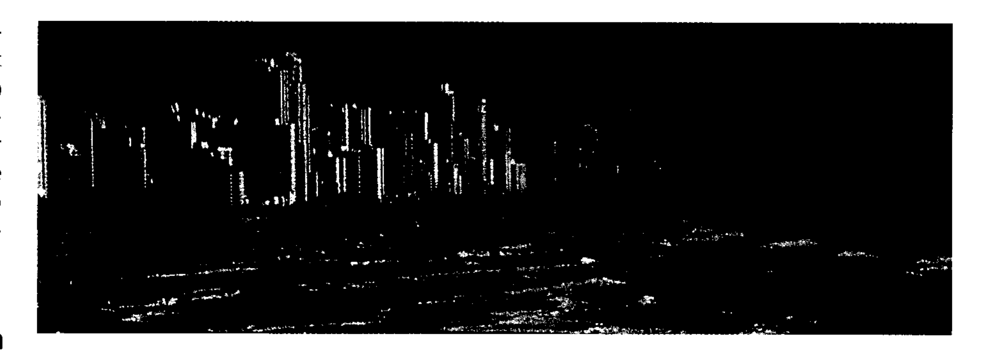
Das Wachstum der Metropolen, aber auch der mittleren und kleinen Städte ist in absehbarer Zeit nicht aufhaltbar. Die Frage ist: Wie werden die Menschen in den Städten (über)leben? Vieles deutet darauf hin, daß die elende Lage, in der heute schon die Mehrzahl der Stadtbewohner zu leben gezwungen ist, noch größer wird, wenn es nicht gelingt, dem Prozeß der Stadtentwicklung eine andere Richtung zu geben. Ansätze hierzu sind auszumachen, zumindest was die örtlichen Ursachen der bisherigen Fehlentwicklung betrifft. Hierzu wird es nötig sein, die Überlebensstrategien der armen Bevölkerungsgruppen, wie sie z.B. im informellen Sektor zum Ausdruck kommen, nicht nur zu akzeptieren, sondern bewußt zu fördern. Dazu gehört auch eine Dezentralisierung der Planung, Entscheidung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen und - vor allem - städtischer Dienstleistungen, wobei der Wohnviertelebene eine ausschlaggebende Bedeutung zugeteilt werden muß. Nur so kann tatsächliche Mitwirkung der von den Maßnahmen betroffenen Bevölkerung erreicht werden. Diese Beteiligung ist die Voraussetzung dafür, daß sich die bisherige Praxis ändert, nach der Entscheidungen, die alle betreffen, isoliert von Bürokraten und Berufspolitikern getroffen werden, sofern diese sie nicht sogar dem freien Markt, den Spekulanten und Geschäftemachern überlassen.

Indem die Bewohner der Randsiedlungen vielerorts begonnen haben, sich zu organisieren, haben sie auch begonnen, sich die für die Beteiligung erforderlichen Instrumente zu schaffen. Was jedoch die grundlegenden äußeren Einflüsse und Ursachen für das Elend der Städte anbetrifft, so sind diese wegen ihrer strukturellen Natur natürlich nicht örtlich zu lösen. Sie müssen im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, sowohl national als auch international, gesehen werden. Änderungen, die einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der Städte haben könnten, sind deshalb nur durch grundlegende Reformen zu erwarten, die außerhalb der hier angestellten Betrachtungen liegen.

**Eike Jakob Schütz**

**Anmerkung:**

**Die Zahlenangaben sind vorwiegend World Urbanization Prospects 1990, UN, New York entnommen.**



## Drei Optionen einer Regierung, 20 Mio. US$ für die Lösung von Wohnproblemen auszugeben:

**Option 1:** 20 Mio. US$ werden für die Errichtung von Zweizimmer-Niedrigkosten-Wohneinheiten für einkommensschwache Gruppen ausgegeben (vgl. Kasten: Wohnbaustrategien). Jede Einheit kostet 10.000 US$, nachdem das Land gekauft, das Grundstück vorbereitet, die Baufirmen bezahlt und Infrastruktur errichtet wurden. Wenn wir davon ausgehen, daß durchschnittlich sechs Personen einen Haushalt bilden, so erhalten 2.000 Haushalte und 12.000 Personen ein Haus von guter Qualität. Eine Kostendeckung wäre schwierig zu erreichen, da es sich um arme Haushalte handelt.

**Option 2:** 20 Mio. US $ werden für ein "Site-and-service"-Projekt ausgegeben, damit mehr Haushalte als im öffentlichen Wohnungsbau erreicht werden. Im Bewußtsein, daß ärmere Haushalte nahe an den Beschäftigungsmöglichkeiten leben müssen, wird ein relativ zentral gelegenes Gebiet für 12 Mio. US$ erstanden, die restlichen 8 Mio. US$ werden in die Grundstückserschließung mit Infrastruktur und sozialen Diensten investiert. Bei Kosten von 2.000 US$ pro Grundstück würden also 10.000 Haushalte bzw. 60.000 Personen profitieren. Es wäre zwar etwas einfacher, die Kosten wieder hereinzuholen als im öffentlichen Wohnungsbau, aber für die armen Haushalte wären 2.000 US$ zusätzlich zu den Kosten, die der eigene Hausbau noch verschlingen würde, zu viel.

**Option 3:** Die kommunale Regierung offeriert allen Bewohnerinitiativen, die die Mehrheit eines Stadtteils repräsentieren, jeweils 100.000 US$ für Wohnverbesserungsmaßnahmen. Den Stadtteilinitiativen wird weitestgehend freie Hand gelassen, wie sie das Geld ausgeben wollen und von wem sie sich technischen Rat holen. Zum Beispiel können sie sich an lokale NGOs für die technische Unterstützung wenden, solange sie gewisse Baustandards einhalten. Obwohl das, was mit einer solchen Summe erreicht werden kann, stark von der Geländebeschaffenheit, von lokalen Kosten und vom Ausmaß des umsonst beigesteuerten Wissens und der Arbeitskraft abhängt, sollte es innerhalb eines Gebiets von 500 Haushalten möglich sein, einige Häuser des Gebiets so umzuorganisieren ("to reblock"), daß eine bessere Zufahrtsstraße gebaut und geteert werden kann und daß sowohl Wasserver- und -entsorgung als auch sanitäre Anlagen erstellt werden können. Die lokalen Handwerker könnten dabei profitieren, indem sie viele der benötigten Materialien herstellen - Türen und Fensterrahmen beispielsweise oder Ziegel.

Von den 100.000 US $ werden im Schnitt je Haushalt 150 US $ - also insgesamt 75.000 US$ - für technische Verbesserungen ausgegeben. 10.000 US $ werden für technische Beratung und 15.000 US $ für Aufträge an lokale Unternehmen aufgewandt. Durch das "reblocking" wird außerdem genug Freiraum geschaffen, daß 50 neue Häuser errichtet werden können. Durch den Verkauf dieser Grundstücke bleibt nicht nur genügend Geld für die Erschließung derselben, sondern auch für die Errichtung eines Gesundheitspostens für die Nachbarschaft.

Werden an 150 Viertelorganisationen, mit 500 Haushalten oder 3.000 Personen im Durchschnitt, jeweils 100.000 US $ vergeben, so ergeben sich Kosten von 15 Mio. US$, die 450.000 Menschen zugute kämen. Infolge des "reblockings" würden außerdem 7.500 neue Grundstücke erschlossen und in jedem Viertel ein Gesundheitszentrum errichtet. Die Möglichkeiten zur Kostendeckung sind wesentlich günstiger als in den Optionen 1 und 2, da sich die meisten Haushalte 150 US$ würden leisten können - oder aber in der Lage wären, einen langfristigen Kredit aufzunehmen. Von den 20 Mio. US$ verbleiben immer noch 5 Mio., die dafür genutzt werden könnten, allgemeine städtische Dienstleistungen zu verbessern - so zum Beispiel die Bereitstellung medizinischen Personals, um die Gesundheitszentren zu betreuen und um Gesundheitskampagnen in jedem der Viertel durchzuführen.

Quelle: Jorge E, Hardoy & David Satterthwaite: Sqatter, Citizen, Life in the Urban Third World, Londen 1989, S. 142 f.

**Übersetzung: sk**

# Stadtentwicklung von unten

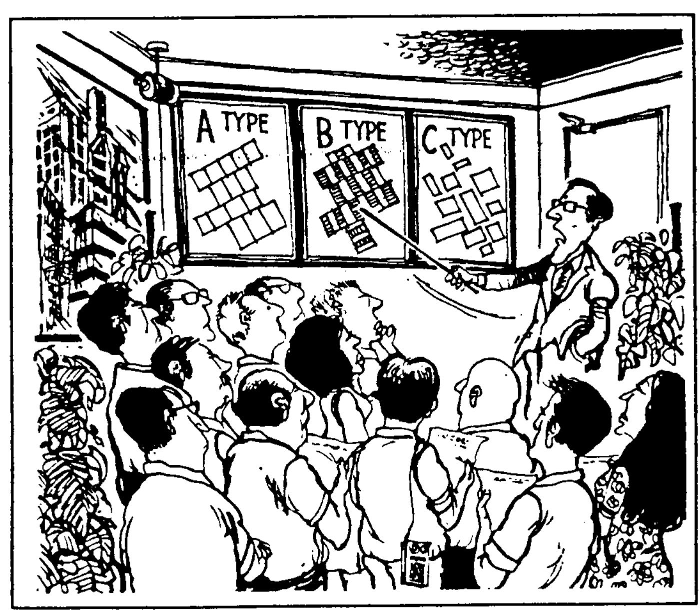
**Die Städte, und erst recht die städtischen Agglomerationen sind - der Name sagt es ja schon - Zusammenballungen, oder positiver: Netze einer Vielzahl von Stadträumen. Deshalb kann es nur logisch sein, die Entwicklung der Städte von der Entwicklung ihrer Teile, ihrer Viertel her zu unternehmen. Mit anderen Worten: Die Maßnahmen der physischen Verbesserung, d.h. die Entwicklungsprojekte und -programme, sollten eine kleinräumliche, lokale Entwicklung fördern.**

Angesichts des Ausmaßes der Probleme der Städte können konkrete Verbesserungsmaßnahmen, die durch eine Hilfe von außen ermöglicht werden, nur in verschwindend geringem Umfang und nur für Wenige Lösungen bieten. Weil nur wenige Stadtbewohner Nutzen davon haben können, besteht die Gefahr, daß sie sogar die Ungerechtigkeit noch erhöhen. Die äußere Hilfe ist daher in der Regel nur dann zu verantworten - und dann sogar notwendig -, wenn die geförderten Maßnahmen dazu beitragen, die Zusammenschlüsse, die Organisationen der Betroffenen, zu stärken. In diesem Fall können Maßnahmen der physischen Stadtentwicklung als Instrumente zur Organisation der Armen verstanden werden, wobei sie gleichzeitig dazu beitragen, existentielle Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Förderung und Stärkung demokratischer Viertelorganisationen kann einer der wirksamsten und dauerhaftesten Maßnahmen zur Verbesserung der physischen Lebensumstände in bislang benachteiligten Stadtvierteln sein. Doch nicht nur das Verbessern der äußeren Lebensumstände wird durch die Viertelorganisation möglich. Von gleichrangigem Wert kann ihre Bedeutung für das Selbstwertgefühl oder die Selbstdefinition des Siedlers sein. Durch seine Mitwirkung in der Organisation, seine Beteiligung an deren Prozessen und Maßnahmen, an Niederlagen und Erfolgen, erkennt er sich als für sich und für das Viertel wirkend. Sein Tun hat Bedeutung für das Ganze. Diese Gewinnung oder Wiedergewinnung des Selbstwertgefühls ermöglicht ihm auch, schwierigere persönliche oder gemeinschaftliche Probleme anzupacken.

Mit einem lokalen Ansatz sind eine Reihe von Aspekten verbunden, die einen Erfolg der Entwicklungsmaßnahmen begünstigen können:

- eine bewußte, verantwortliche Partizipation ist nur dann möglich, wenn die Betroffenen die Maßnahmen überschauen und damit durchschauen können. Dafür muß der Raum - das Territorium der Maßnahme -, derjenige Raum sein, der von den Betroffenen als Nachbarschaft verstanden wird.
- Im kleinräumlichen Bereich der Nachbarschaft erleben die Betroffenen die Maßnahmen hautnah und begreifen sie als die eigenen. Das bewirkt die Identifikation damit und dadurch die notwendige Motivation, das notwendige Engagement und die Verantwortung, die wiederum Voraussetzung für Dauerhaftigkeit ist.
- Wenn das Entwicklungsprogramm in kleine, weitgehend selbständige lokale Einheiten gegliedert ist, können spezifische Probleme genauer erkannt und passendere Lösungen leichter möglich werden, als wenn sie nur auf "Durchschnittswerten" beruhen. D.h., die notwendigen Investitionen - materiell oder personell - können rationeller eingesetzt werden.
- Lokal unterschiedliche Möglichkeiten, z.B. Stand der Organisation oder Motivation oder Vorhandensein von Sachkenntnis, können leichter beurteilt und gezielter eingesetzt werden.
- Fehler oder Engpässe sind schneller und exakter festzustellen und zu korrigieren. Bei Fehlern ist nicht das gesamte Programm gefährdet, sondern nur einzelne Unterprogramme.
- Bei einer "Netzstruktur" kann mit dem in der Regel wenig zahlreichen qualifizierten Personal begonnen werden. Im Verlauf der




**"Wir wollen echte Bürgerbeteiligung bei dieser Wohngebietsplanung. Plan A ist zu teuer. Plan C ist unwirtschaftlich - Also, meine Damen und Herren, welchem Plan würden Sie den Vorzug geben?"**




Arbeit kann sich weiteres Personal qualifizieren und dann entsprechend eingesetzt werden.

- Der Ausführungsrhythmus der Verwaltung und der Berater kann sich eher dem der Basisgruppen anpassen. Lokale Verzögerungen führen nicht zu Stockungen im Gesamtprogramm.
- Die Arbeit in kleinräumlichen Einheiten entspricht der herkömmlichen Arbeitsweise der nichtstaatlichen Hilfs- und Beratungsdienste (NROs), die einen direkteren Bezug zu den Siedlern und ihren Gruppierungen haben als die Verwaltungen. Sie können in diesem Fall ihre spezifischen Erfahrungen und Fähigkeiten effizienter in den Dienst des Programms einbringen, als dies in Globalprogrammen der Stadtentwicklung möglich wäre.

Eine solche kleinräumliche Entwicklung, die den einzelnen Bürger direkt in die Maßnahmen einbezieht, fördert eine personale und eine soziale Entwicklung. Insofern könnte sie als wirklich integral bezeichnet werden.

## Die Vorstellungen der Barfußplaner

Es ist an der Zeit, die Betroffenen selbst zum Thema zu Wort kommen zu lassen. Wer in den Vierteln der Armen arbeitet, wird feststellen können, daß diese ziemlich klare Vorstellungen darüber haben, wie ihr Viertel zu verbessern wäre, welches die Prioritäten sind, ja sogar, welche Methoden die rechten wären.

Im Rahmen der Aktionen gegen die massiven Vertreibungen aus der Stadt Santo Domingo (Dominikanische Republik) - Anlaß war die "Verschönerung" zur Feier des 500. Jahrestages der Entdeckung des Kontinents - organisierte die Vereinigung der Bewohnerorganisationen der Armenviertel ein Seminar zu alternativen Möglichkeiten der Stadtentwicklung. Hierzu zeichnete eines seiner Mitglieder ein Plakat, das die Vorstellungen der Bewohner zum Thema zeigt. Das Plakat ist bemerkenswert, denn alle Elemente dessen, was wir vorher "lokale städtische Entwicklung" nannten, sind dargestellt:

- Die Bewohner beteiligen sich an der Planung, wobei die Frauen ihre Wünsche deutlich einbringen (1).

- Die Nachbarschaftsgruppen erörtern mit den Vertretern der Regierung und der Behörden ihre Anliegen (2).

- Die gesamte Bevölkerung, einschließlich der Frauen, beteiligt sich an der Ausführung der Arbeiten in Selbsthilfe (3).

- An Einrichtungen sind vorgesehen: das Büro der Siedlerorganisation (4), die Kapelle (5), der genossenschaftliche Laden (6), der Gesundheitsposten (7), die Schule (8), die Bibliothek (9), Spielraum für die Kinder (10), gleichzeitig die Begrünung des Viertels, die Möglichkeit ambulanten Handels (11), ein Sportplatz (12), eine Werkstatt (13).

- Dann die notwendigen öffentlichen Dienste:
Eine Buslinie (14), öffentliches Telefon (15), Stromversorgung (16), Straßenbeleuchtung (17), die Müllbeseitigung (18).

- Schließlich wird das Feiern nicht vergessen (19) - man ist ja in der Karibik.

Beachtenswert ist der bescheidene Maßstab der gewünschten und vorgestellen Einrichtungen und des Stadtraumes; er ist damit umweltschonend. Es sind keine unerfüllbaren Ansprüche, die gestellt werden, kein prestigeträchtiges Blendwerk, sondern die einfachen Dinge des Lebens sind die Utopie.

**Eike Jakob Schütz**

# Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt

## Heimarbeit in den Armenvierteln Istanbuls

**Asiye sitzt auf dem Teppich im Wohnzimmer und zählt gewissenhaft Bleistiftminen aus einem großen Behälter... Wie die Produkte von Asiyes Heimarbeit über Mittelsmänner und Exportfirmen auf den Weltmarkt gelangen und wie traditionelle Geschlechterrollen instrumentalisiert werden, um den Stücklohn der Hausfrauen zu drücken, untersuchte Jenny White in Istanbuler Armenvierteln.**

Auf der asiatischen Seite Istanbuls liegt ein Viertel, das ich Yenitepe nennen will[1]. Es hat ein belebtes Zentrum mit kleinen Läden und flachen Wohnblocks für ArbeiterInnen, an seinem Rand verzweigen sich die Straßen in ein planloses Netzwerk schmutziger Wege, an denen sich Häuser in den unterschiedlichsten Stadien der Fertigstellung aufreihen. In vieler Hinsicht ist Yenitepe typisch für Istanbul, hier wohnen überwiegend Zuwanderer aus ländlichen Gebieten. In raschem, unkontrolliertem Wachstum ist das Viertel seit den fünfziger Jahren auf die grünen Hügel des Stadtrands vorgedrungen. Yenitepe ist inzwischen in die eigentliche Stadt eingegliedert worden, jedoch bleibt es, wie ganz Istanbul, eine Mischung aus geplanter und planloser Bebauung und eine Zuflucht für neu ankommende Familien. Heute lebt über die Hälfte der türkischen Bevölkerung in städtischen Gebieten. Die Bevölkerung Istanbuls ist von anderthalb Millionen im Jahr 1955 auf sechs Millionen 1988 und acht Millionen 1990 angewachsen. Über die Hälfte davon sind MigrantInnen und leben in den - in der Türkei Gecekondu genannten - illegalen Stadtrandsiedlungen.

Diese Familien bilden ein Reservoir großteils nicht ausgebildeter Arbeitskräfte, das von der Industrie und von Exportfirmen angezapft wird. Stücklohn und Familienwerkstätten sind besonders geeignet für die Nutzung von Frauenarbeit. Den Frauen wird so ermöglicht, den Erwerb zusätzlichen Familieneinkommens in Einklang zu bringen mit traditionellen Zwängen, die es ihnen erschweren, ihre Häuser zu verlassen, Kontakt zu Fremden aufzunehmen und die Rolle der Ernährerin zu übernehmen.

Die produktiven Aktivitäten der Frauen in diesem Milieu reichen von individueller Produktion im Haus für Freunde und Nachbarn über Stückarbeit für Nachbarn oder Mittelsmänner von außerhalb bis zur Werkstattproduktion in der Wohnung oder außerhalb. Die vorwiegende Beschäftigung von Frauen in Stücklohn- und Heimarbeit für den Weltmarkt - besonders verbreitet in Indien und Mexico - ist Teil der wachsenden Tendenz großer internationaler Firmen, sich von einer bestimmten nationalen Basis abzukoppeln und ihre Operationen weltweit überall dorthin zu verteilen, wo Steueranreize, Arbeitsgesetze und die Kosten der Arbeitskraft am günstigsten sind[2]. In den USA kann man diese Dezentralisierung der Produktion an der Zunahme von Teilzeit-, Zeitarbeit und Leiharbeit beobachten. Charakteristisch für diese Arbeit ist niedrige Qualifikation, keine gewerkschaftliche Organisation, schlechte Bezahlung ohne zusätzliche Sozialleistungen sowie geringe Arbeitsplatzsicherheit.

In der Türkei ist die Stücklohn-Produktion im letzten Jahrzehnt infolge der exportorientierten, liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung der Mutterlandspartei aufgeblüht. Exportanreize für die Textilindustrie haben für Händler neue Möglichkeiten geschaffen, das große Reservoir ungenutzter Arbeitskraft der städtischen MigrantInnen zu nutzen. Spitzenpreise für Handarbeitsprodukte in den Industrieländern machen die Textil- und Lederbekleidungsproduktion besonders geeignet für Unterverträge (Subcontracting) mit kleinen Werkstätten und HeimarbeiterInnen. Kleine kapitalistische Unternehmen haben ebenfalls auf diese neuen Bedingungen reagiert - eine neue Schicht wohlhabender Unternehmer hat sich herausgebildet. Die Händler und Mittelsmänner sind tendenziell zur Mittelklasse zu rechnen, was sich in ihrem Zugang zu Kapital, ihrer Bildung und ihren nationalen und internationalen Geschäftskontakten widerspiegelt. Bei den Besitzern der Stücklohn- und Familienwerkstätten wie bei den StücklohnarbeiterInnen selbst ist das Klassenbewußtsein als ArbeiterIn erstickt und durch traditionelle Identifikationsformen wie Familie, Nachbarschaft, Herkunftsgebiet und Geschlecht überlagert. Die Werkstättenbesitzer sind sowohl Beschäftigte von Händlern, die Rohmaterial und Bestellungen bereitstellen, als auch Arbeitgeber von bezahlten und unbezahlten ArbeiterInnen. Die AkkordarbeiterInnen und unbezahlten ArbeiterInnen in Familienwerkstätten hingegen sehen ihre produktiven Aktivitäten in erster Linie als Ausdruck ihrer traditionellen Rollen, sie sehen sich selbst überhaupt nicht als "ArbeiterInnen".

### Die Identifikation mit der Arbeit

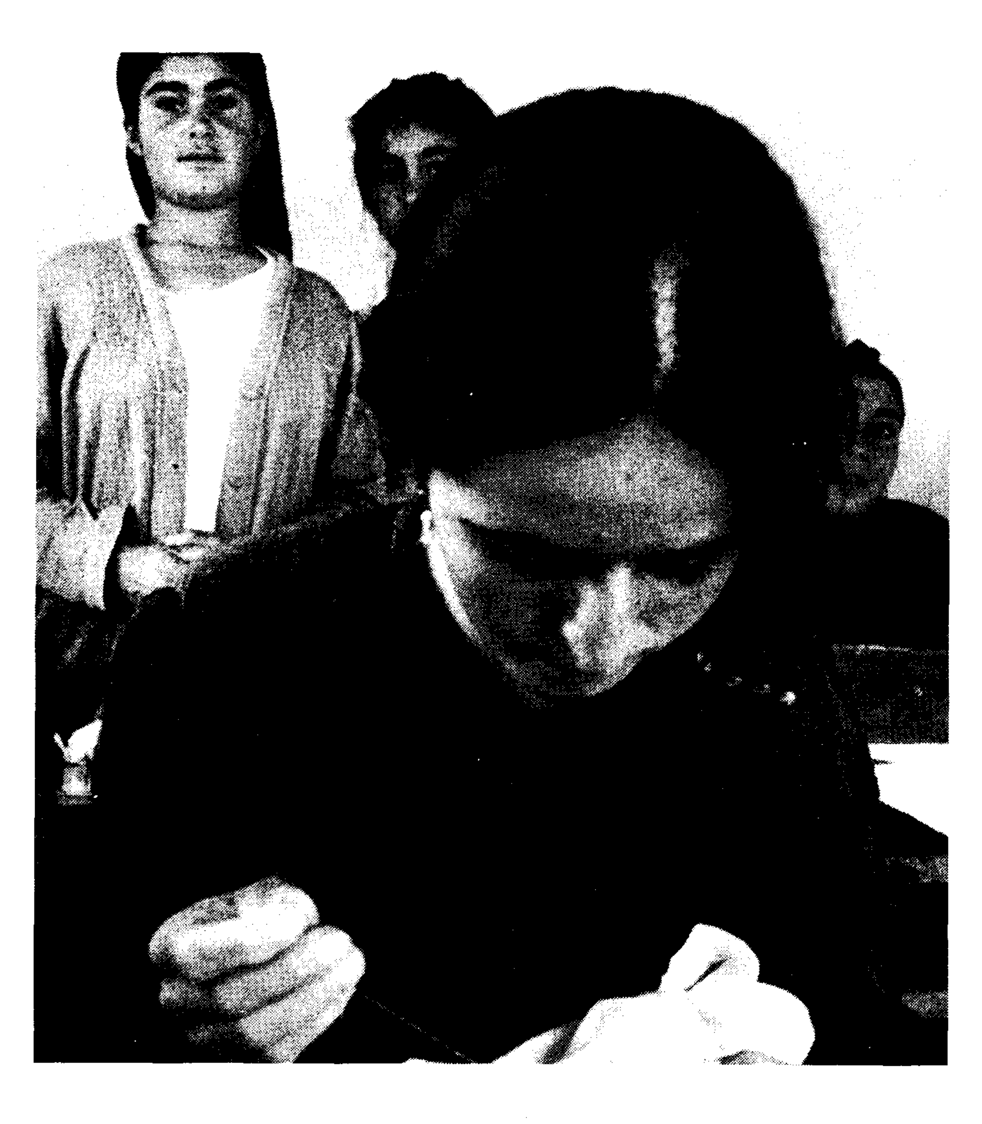
Im allgemeinen pflegte die sozialwissenschaftliche Literatur KleinproduzentInnen als homogene Klasse zu betrachten und dabei entweder marxistisch verschiedene Produktionsweisen und ihre Interaktion hervorzuheben, oder ein dualistisches Modell, das die ökonomischen Aktivitäten der Armen in einem "informellen" oder "marginalen" Sektor ansiedelt. In jüngerer Zeit ist klargeworden, daß ideologische und politische Faktoren berücksichtigt werden müssen, um die Zählebigkeit und das schnelle Wachstum solcher Unternehmen mit niedriger Produktivität in sich industrialisierenden Ländern erklären zu können.

In den ärmeren städtischen Vierteln der Türkei ist die Arbeit von Frauen und Kindern oft als Stücklohnarbeit in kleinen Familienwerkstätten organisiert. Die Frauen sehen in diesen einkommenserzeugenden Tätigkeiten zusammen mit anderen traditionellen sogenannten Hausfrauenarbeiten oder der Mutterschaft einen Ausdruck ihrer Identität als gute, hart arbeitende Moslemfrauen.[3] Bei jeder Frau wird vorausgesetzt, daß sie Sticken, Nähen oder andere Handarbeiten

ausführen kann. Traditionell haben Frauen einen großen Teil ihrer Mädchenjahre damit verbracht, Teile ihrer Aussteuer wie Tagesdecken, Läufer, dekorative Kleidungsstücke oder Schutzumschläge für den Koran herzustellen. Diese Fähigkeiten und die Aussteuerstücke selbst sind notwendig, damit eine Frau als heiratsfähig angesehen wird. Es gehört per Definition zu den Eigenschaften einer "guten" und der Ehe und Mutterschaft würdigen Frau, Putzen, Kochen, Bedienen, Sticken, Verzieren und Häkeln zu können und vor allem nie die Hände in den Schoß zu legen.

In den letzten Jahren wurden nun diese, einen Teil der traditionellen Familienstrukturen bildenden, Arbeitsqualifikationen in der Türkei durch die Schaffung eines weitgespannten Netzes von Stückarbeit sowohl auf dem Lande als auch in den Städten in den Dienst des Weltkapitals eingespannt. Stücklohnarbeit wird, wie die Arbeit in Familienwerkstätten und wie die Hausarbeit, als der "natürliche" Beitrag von Frauen und Kindern zum Familienleben betrachtet. Diese Assoziation von Arbeit mit der Rollenidentität von Frauen (und Kindern) ermöglicht es, daß ihre Arbeit gering oder garnicht bezahlt wird. Die Frauen bestehen darauf, daß es sich bei ihrer Tätigkeit nicht um "Arbeit" handelt und achten nicht auf die aufgewendete Zeit.

Da von der Arbeit die soziale Identität der Frauen abhängt, ist es unerläßlich, daß die produktiven Aktivitäten die moralischen und religiösen Maßstäbe dieser Identität widerspiegeln. Eine unter den Frauen der Gecekondus und anderer armer Viertel verbreitete Form der Einkommenserzeugung ist die individuelle Heimproduktion, im allgemeinen von Kleidern und Stickereien, für Freunde und Nachbarn. Das folgende Beispiel illustriert, wie dieser Prozeß die Produktion entwertet und den Verkauf als Ausdruck von Gruppensolidarität beschönigt und wie dies durch den Druck der Gemeinschaft erzwungen wird.



## In Hayriyes Wohnzimmer

Hayriye, eine Koranlehrerin in Yenitepe, besitzt eine Strickmaschine und produziert Kleider in ihrer Wohnung, um sie Freunden und Nachbarn zu verkaufen. Die Strickmaschine, die wie eine elektrische Orgel aussieht, ist in einem Nebenzimmer beim Fenster aufgestellt, so daß sie beim Arbeiten ihre drei kleinen Kinder beobachten und mit Besuchern reden kann. Sowohl Hayriye als auch ihr Ehemann lehren in der örtlichen Koranschule, aber während ihr Mann ein kleines Gehalt von 70.000 TL (ca. 84 DM, etwas unter dem gesetzlichen Mindestlohn) bekommt, erhält sie nur Trinkgelder von den Eltern ihrer SchülerInnen.

Vor zweieinhalb Jahren hat Hayriye ihre Strickmaschine zu einem Discountpreis erworben. Sie zahlte die Maschine über ein Jahr lang ab und lernte durch "trial and error", wie sie funktioniert, da die Bedienungsanleitung in Englisch und Japanisch war. Sie kauft große Mengen Wolle, bisweilen auf Kredit, und nimmt Aufträge für Kleider von Frauen aus der Nachbarschaft an. Wenn Sie kontinuierlich arbeitet, kann sie an einem Tag einen Pullover herstellen, doch meistens dauert es zwei Tage.

Obwohl Hayriye nach meinen Berechnungen über 40 Stunden in der Woche an der Maschine arbeitet, behauptet sie, sie arbeite gar nicht. Am Tag meines Besuches saßen sieben Frauen aus der Nachbarschaft in Hayriyes guter Stube, tranken Tee und redeten. Viele hatten Sachen zum Stricken und Sticken mitgebracht. Als das Gespräch auf meine Fragen nach den Gründen für ihre Maschinenstrickarbeit kam, erklärte Hayriye nervös: "Ich mache wirklich nicht viel von dem hier. Nur ab und zu. Ich verkaufe es nicht nach draußen. Meine Freundinnen kommen und möchten etwas, und ich mache es für sie." Sie war verblüfft über mein Interesse an ihren Aktivitäten, weil ich ihr als jemand vorgestellt worden war, die an Frauen interessiert sei, die zu Hause "produzieren". Sie sah sich selbst nicht als einer Kategorie von Leuten zugehörig, die einer regulären Arbeit nachgehen, ihre Produkte an Fremde verkaufen und von dem so verdienten Geld abhängig sind.

Als die Unterhaltung auf eine Frau aus der Nachbarschaft kam, die als "kontinuierlich" strickend beschrieben wurde, machten die Frauen ihre Mißbilligung für deren Verhalten deutlich. Indem diese Frau ihre Produkte in Taschen zum Verkauf zu Händlern trug, übertrat sie eine Reihe kultureller und religiöser Normen für weibliches Verhalten. Die Frauen nannten sie "eine, die sich überall dreist einmischt", "raffiniert", und "anders". "Die weiß, wie sich Profit ziehen läßt!", "Du solltest mal sehen wie sie diese Gegend kennt!". Sie äußerten sich verächtlich darüber, daß sie sich auf der Straße herumtriebe, wo sie nichts zu suchen habe, ihre Gespräche mit fremden Männern und ihr Interesse an "Profit". Hayriye, die in dem selben Beruf "full-time" arbeitet, leugnet die produktiven und profitablen Aspekte ihrer Arbeit und stellt sie stattdessen als Akt der Großzügigkeit ihren Freundinnen gegenüber dar.

Per Definition arbeiten "gute" Moslemfrauen nicht außerhalb des Hauses unter Fremden, und die, die das tun, sind moralisch suspekt und werden verspottet. Der weibliche Anteil an Lohnarbeit außerhalb des Hauses in Istanbuler Gecekondus wurde 1976 auf nur 5,5% geschätzt. 1988 hatten nur 16,9% aller städtischen Frauen eine Arbeitsstelle. Unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen benötigen die Familien allerdings zusätzliche Einkommen zum Überleben.[4] Während viele Männer auch mehr als einer Arbeit nachgehen, gibt es für Frauen und Kinder zwei Möglichkeiten, zur wirtschaftlichen Sicherheit der

Familie beizutragen: direkt durch aus ihrer Arbeit bezogene Einkommen, und indirekt über die Bestärkung ihrer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft durch Beiträge und Austausch von Arbeit und Diensten. So lange produktive Aktivitäten als Ausdruck von Gruppenidentität und Solidarität eher denn als "Arbeit" gesehen werden, bleiben sie moralisch und sozial akzeptabel, ein Teil der gegenseitigen Verpflichtungen und Umverteilung, die die Grundlage für die Sicherheit der Gruppe bilden.

## Wie Heimarbeit organisiert wird

Familie und Nachbarschaft sorgen verläßlich für langfristige ökonomische und soziale Sicherheit inmitten unpersönlicher, als feindlich wahrgenommener ökonomischer Rahmenbedingungen. Für Mittelsmänner, Exporteure und Händler ist die Bedeutung der Arbeit als konstitutives Element der traditionellen Identität einer Frau ein Faktor, der die Produktionskosten niedrig und die Profite hoch hält. Die Bezahlung für die Arbeit kann unter dem Subsistenzlevel gehalten werden, weil Systeme gegenseitiger Verpflichtung unter Nachbarn, Verwandten und KollegInnen sowie zwischen Stadt und Land helfen, daß überlebensnotwendiges Geld, Güter und Dienste umverteilt werden. Von der Familie wird traditionell erwartet, daß sie für soziale Sicherheit, für die Alten und Kranken sorgt. Das erlaubt der Wirtschaft, Versicherungen, Sozialausgaben und Renten einzusparen.

Auf der am wenigsten organisierten Ebene arbeitet das Individuum (männlich oder weiblich) zu Hause und strickt, näht, stickt, füllt Autobatterien, macht Reparaturen, Holzarbeiten usw. für Nachbarn und Freunde. Der Übergang zur Stücklohnarbeit für eine Werkstatt ist fließend, da der Werkstattbesitzer oft ein Verwandter oder Nachbar ist, der Materialien und Aufträge von einem Mittelsmann oder Kaufmann außerhalb der Nachbarschaft weiterleitet und ebenso für die Sammlung und Lieferung der fertigen Produkte zuständig ist und die Bezahlung für sie erhält.

Die Verteilung findet normalerweise in Zusammenarbeit mit anderen Familienmitgliedern statt und ist geschlechtsspezifisch organisiert. Die Person, die mit der Welt außerhalb der Nachbarschaft in Kontakt tritt, ist üblicherweise ein Vater, Bruder oder anderer männlicher Verwandter. Er erhält die Aufträge und Materialien. Seine Frau verteilt die Materialien an ihre Nachbarinnen und sammelt die fertigen Stücke ein. Der Ehemann führt Buch und bezahlt die Frauen für ihre Arbeit, meist ein- oder zweimal monatlich. Die Frauen werden nur bezahlt, nachdem der Werkstattbesitzer Geld für die Fertigprodukte erhalten hat. Wenn eine Verzögerung eintritt, müssen die Frauen oft monatelang warten.

Die Bezahlung für eines oder mehrere Stücke wird immer zurückgehalten, um sicherzustellen, daß die Frauen die Materialien, die sie für die Arbeit erhalten haben, nicht veruntreuen. Dies erzeugt auch einen Loyalitätseffekt, da die Frauen immer wiederkommen müssen und dann eher um mehr Arbeit bitten als um endgültige Auszahlung.

Die Familie trennt oft einen Raum ihrer Wohnung als kleine Werkstatt ab, wo die Materialien aufbereitet, gelagert und verteilt oder gesammelt werden. Falls die Produktion expandiert, wird vielleicht ein kleines Ladenlokal in der Nähe angemietet und es werden einige Mädchen aus der Nachbarschaft zur Ergänzung der familiären Arbeitskraft angestellt.

Obwohl es keine genauen Statistiken gibt, ist es klar, daß Stücklohnarbeit in den Arbeitervierteln von Istanbul weit verbreitet ist. Nach einer Schätzung bilden StücklohnarbeiterInnen die Mehrheit der Industriebeschäftigten, wenn nicht sogar aller Erwerbstätigen der Türkei.[11]

Die heutige Stücklohnarbeit hat oft andere Formen als traditionelle Handarbeiten angenommen. Zusätzlich zum Stricken, Häkeln und Nähen setzen HeimarbeiterInnen heute Pappschachteln, Halsketten, Gebetsketten und Türklingeln zusammen und sticken Dekorationen auf Schuhe und Kleider.

## Fatma und der Zahnarzt

In manchen Vierteln sind Hunderte bei einem bestimmten Verleger beschäftigt, der von einem Ladenlokal aus operiert. Solche Unternehmer sind oft nicht Mitglieder der Gemeinschaft, obwohl verwandtschaftliche Bande zu einer lokalen Familie bestehen können. In Yolkent, einem neuen Gecekondu an der Hauptstraße von Istanbul nach Ankara, ist der Organisator der Stücklohnarbeit ein Zahnarzt, der in einem anderen Stadtteil lebt und arbeitet. Er kommt in regelmäßigen Abständen in das Viertel und öffnet sein Ladenlokal. Binnen kurzem bildet sich eine lange Schlange von Frauen, die fertige Pullover zurückbringen, neues Material holen und auf Bezahlung hoffen. Fatma, die mich zu einem Treffen mit dem Besitzer begleitete, erklärte, daß er seit Monaten kein Geld mehr herausgegeben hätte, weil, wie er sagte, das Geld aus dem Ausland nicht auf seiner Bank angekommen sei.

Ein junges Mädchen hinter der Ladentheke wiegt die Wolle vor der Ausgabe an die Frauen ab, und auch die fertigen Pullover werden gewogen, um sicherzustellen, daß die Frauen nichts von der Wolle für sich behalten haben. Die Frauen bekommen 5000 TL (DM 6.-) für jeden fertigen Pullover. Der Besitzer schuldet jeder Frau regelmäßig im Schnitt 30 - 40 000 TL, die niemals ganz ausgezahlt werden.

Er beschäftigt zwischen 125 und 150 Frauen, die zum größten Teil aus diesem Viertel kommen. Er sagt, daß es in Yolkent auch Firmen gibt, die Stickereien und Lederwesten herstellen und daß ungefähr zehn andere Firmen Strickwaren herstellen. Seine eigene Firma ist klein im Vergleich zu anderen in größeren Vierteln, die tausende von Frauen beschäftigen.

Es herrscht ein scharfer Wettbewerb unter den größten Verlagsunternehmern in Istanbul, die eifersüchtig ihren Arbeitskraftnachschub und ihre Designs bewachen und sogar Frauen als Spione einsetzen, um die Muster ihrer Konkurrenten herauszubekommen. Sie versuchen sich im Ausland gegenseitig bei den Preisen ihrer Produkte zu unterbieten. Die Stücklöhne dagegen pendeln allgemein um 2 000 TL (DM 2,60) und steigen trotz der galoppierenden Inflation nur langsam. Zu viel Wettbewerb bei den Stücklöhnen könnte leicht den Marktvorteil zerstören, den die billige Arbeit diesen kleinen Firmen gibt. So versuchen die Firmen, sich durch eine Kombination aus Paternalismus, nachbarschaftlicher Identifikation, Bitten um Einlagen und die niemals vollständige Auszahlung der geschuldeten Beträge an die Frauen loyale Arbeitskräfte zu schaffen.

Die Frauen selbst sind fast alle Migrantinnen vom Land. Der Zahnarzt erklärt, daß die Frauen *"dies nur tun, um die Zeit totzuschlagen während sie auf die Kinder aufpassen und Hausarbeit tun. Sie arbeiten auch aus Geldmangel, wünschen sich Töpfe und Pfannen, und der Hausierer kommt vorbei. Sie erzählen ihren Ehemännern nichts davon. Sie haben ein eigenes zusätzliches Einkommen. Sie können eine Teekanne oder einen Läufer kaufen. Eine Frau bringt das auch ihrer Tochter bei. Und es gibt Wohnungen, wo die Schwiegermutter bei der Schwiegertochter sitzt, und beide stricken. Wenn das drei in der Familie machen, verdienen sie mehr als der Ehemann".*[5]

Nur selten investieren die Subunternehmer, um die Produktion auszuweiten. Sie expandieren nur als Antwort auf Großaufträge, und dann sehr vorsichtig. Ihr Einkommen wird hauptsächlich benutzt, um große Konsumgüter wie Videorecorder oder Autos zu kaufen oder um dem familieneigenen Haus ein weiteres Stockwerk hinzuzufügen.

Eine andere Variante der Organisation der Stückarbeit erübrigt den Werkstattbesitzer. Stattdessen vergibt ein Kaufmann direkt Aufträge an Familien im Viertel, die dann vielleicht Arbeit an andere Familien weitervergeben. Die Grenzen zwischen direkter Verteilung von Heimarbeit, Verteilung über einen Laden oder Herstellung des gesamten Produktes in einer Familienwerkstatt sind fließend.

Asiye aus einer abgelegenen Istanbuler ArbeiterInnen-Vorstadt bietet ein Beispiel direkter Untervergabe von Heimarbeit: Sie sitzt auf dem Teppich im Wohnzimmer ihrer kleinen Wohnung und zählt gewissenhaft zerbrechliche, fast haarfeine Bleistiftminen



**Heimarbeit als Ausdruck der Gruppensolidarität - der ökonomische Aspekt spielt für die Frauen keine Rolle**

aus einem großen Behälter. Wenn sie zehn Minen gezählt hat, gibt sie sie ihrer neben ihr sitzenden Schwiegertochter, die sie in ein durchsichtiges, dünnes Plastikröhrchen füllt. Ihr achtjähriger Sohn Mehmet setzt einen schwarzen Deckel darauf und gibt sie dem siebenjährigen Arif, der ein goldfarbenes Etikett mit der Inhaltsangabe aufklebt und sie in eine Pappschachtel legt. Jede Schachtel enthält 24 Röhrchen. Die Bezahlung beträgt 2 TL für ein Röhrchen ohne Etikett und 3 TL für eines mit Etikett.

Asiye verteilt auch Material an fünf andere Familien in der Nachbarschaft. Ahmet ist der Besitzer eines Großhandels für Schreibwaren, der die abgepackten Bleistiftminen verkauft. Sein Assistent liefert das Material an Asiye und holt die abgepackten Minen in unregelmäßigen Abständen ab, um die Lagerbestände zu ergänzen. Die HeimarbeiterInnen werden monatlich oder alle zehn Tage bezahlt, wenn sie besonders um das Geld bitten auch öfters. Ahmet erklärt: *"Wenn wir ihnen das Geld auf einmal, sagen wir 100 000 TL (DM120.-), geben, können sie etwas davon kaufen. Wenn wir es ihnen jedesmal geben, werden sie es verplempern. Dies ist eine Art Zwangssparen."* Im Großhandel kostet ein Röhrchen Bleistiftminen je nach Art zwischen 50 und 280 TL. Ahmet verkauft sie an lokale Geschäfte und versucht eine Exportverbindung mit Saudi-Arabien zu etablieren.

In allen drei Formen der Arbeitsorganisation - individuelle Produktion, organisierte Heimarbeit und Familienwerkstätten - sehen die Frauen generell ihre Produktion als Arbeit aber nicht als Erwerbsarbeit. In ihren eigenen Worten "tun" sie diese Arbeit und "geben (das Produkt) ab". Sie ist schwierig und zeitaufwendig wie Hausarbeit. Gelegentlich bitten Sie um höhere Stücklöhne, besonders wenn der Arbeitgeber wenig mit der Gemeinschaft zu tun hat, wie Ahmet oder der Zahnarzt, und viele Frauen beschäftigt. Ihren Beziehungen zu den ProduzentInnen mangelt es an dem Gefühl für gegenseitige Verpflichtung, das die ökonomischen Beziehungen zwischen Nachbarn und Verwandten verschleiert. Dennoch werden auch in solchen Fällen noch die Produktionsbeziehungen als paternalistische Sorge um das Wohlergehen der Frauen gedeutet.

Vor sich selbst erhalten die Frauen die Fiktion aufrecht, daß sie nicht "arbeiten gehen". Dies erlaubt es ihnen, die Schande zu vermeiden, als Frauen angesehen zu werden, die ökonomische Beziehungen zu Fremden haben oder "arbeiten müssen", weil ihre Ehemänner nicht in der Lage sind, ihre Familie finanziell zu versorgen. Aufgrund dieses ideologischen Filters bewerten sowohl die Frauen selbst als auch ihre Arbeitgeber die Arbeit der Frauen gering und ziehen nicht in Erwägung, daß sie einen Marktwert besitzt.

Die Arbeit von Frauen, bezahlt oder unbezahlt, füllt die Lücke, die Löhne im öffentlichen oder privaten Sektor hinterlassen, die unter dem Existenzminimum liegen. Ihre Einstellung zur Arbeit, verstärkt durch die ihrer Arbeitgeber, senkt die Produktionskosten und erhöht die Profite für die Exporteure und letztlich auch für die ausländischen Verkäufer dieser Güter. So wird eine beständige und doch flexible und billige ArbeiterInnenschaft geschaffen, die weder Infrastruktur noch Sozialleistungen verlangt, nicht damit droht, sich zu organisieren und keine Forderungen stellt.

**Jenny B. White,**
übersetzt v. Udo Wolter aus "Middle East Report", Nr.173

**Anmerkungen:**

1) Dieser Artikel basiert auf 1986 - 1988 erhobenem Material. Die erwähnten Namen von Personen oder Vierteln sind Pseudonyme.

2) Vgl. Lourdes Beneria und Martha Roldan, The Crossroads of Class and Gender: Industrial Homework, Subcontracting, and Household Dynamics in Mexico City (Chicago, University of Chicago Press, 1987); Maria Mies, Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt - Die Spitzenmacherinnen von Narsapur (Peripherie Nr.7/81/82, S.70 ff.)

3) Der Versuch, bezahlte Arbeit mit Familienpflichten und der kulturellen Konstruktion von Geschlechtsidentität zusammenzubringen, ist auch in anderen Teilen der Welt verbreitet. Während jedoch diese (Frauen-) Arbeit in Ländern wie Mexico, Indien oder den USA ebenso wie in der Türkei entwertet wird, variieren die kulturellen Konstruktionen von Geschlechterrollen, die die ideologische Rechtfertigung hierfür bereitstellen.

4) Im September 1988 erreichte die offizielle Inflationsrate 80%, aber die wirkliche Teuerung für Grundnahrungsmittel lag (zwischen Juli '87 und Juli '88) zwischen 150% (für Brot) und 430% (für Reis). Cumhuriyet (1.7.1988) schätzte die monatlichen Mindestausgaben einer Familie für das Leben in Istanbul auf 217 000 TL (DM 263.-). Der Mindestlohn wurde 1988 erhöht und betrug für den Durchschnittsarbeiter 83 000 TL (DM 101.-).

5) Hausierer verkaufen ihre Waren, meist Haushaltsgüter, auf Ratenzahlung und kommen in regelmäßigen Intervallen durch ein Viertel, um Raten zu kassieren.

# Über Nacht gebaut

## Gecekondus in Istanbul

Das schnelle Wachstum der türkischen Metropole Istanbul von drei Millionen EinwohnerInnen 1975 auf über acht Millionen heute ist - wie in vielen Metropolen der sogenannten Dritten Welt - durch massive Zuwanderung in die Stadt, vor allem aus den ländlichen Regionen, geprägt.

Zu der Armut und den fehlenden landwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten als Ursachen der Migration kommt im Falle der Türkei noch der Krieg des türkischen Staates in Kurdistan mit seinem Terror gegen die Zivilbevölkerung, Deportationen, die Zerstörung von Städten und Dörfern und die Lähmung des Wirtschaftslebens hinzu.

So ist Istanbul heute die 'größte kurdische Stadt in der Türkei', fast ein Drittel der Bevölkerung stammt aus Kurdistan. Im Falle Istanbuls sind die ankommenden MigrantInnen, wie in anderen türkischen Großstädten, darauf verwiesen, auf unbebautem, meist öffentlichem Grund, illegale Siedlungen zu errichten. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in diesen, 'Gecekondus' genannten, Armutsvierteln. Manche ältere Gecekondus haben Strom und Wasser und sind offiziell in die Stadt integriert, andere blieben elende Hüttensiedlungen.

"Über Nacht gebaut" ist die sinngemäße Übersetzung von Gecekondu und bezieht sich auf eine Regelung, nach der solche Häuser, wenn sie erst einmal errichtet sind, nicht sofort geräumt werden dürfen. Dennoch können solche Viertel jederzeit von Räumungsaktionen der Sicherheitskräfte bedroht sein, falls sich ein Gecekondu-Gebiet aus irgendeinem Grund über Nacht in attraktives oder spekulationsträchtiges Bauland verwandeln sollte.

Ein Beispiel für ein solches Viertel ist das Gecekondu 'Kücük Armutlu' in Istanbul. Es wurde in seiner heutigen Form 1989 von Menschen aus der Gegend von Tokat und Sivas besetzt und liegt am Rande der Stadt in der Nähe des Bezirks Emirgan. Die Bevölkerung wuchs inzwischen auf 8.000 Menschen an. Ihre Situation ist geprägt von Arbeitslosigkeit, schlechter Wasserversorgung, mangelhafter Kanalisation und fehlender Abfallbeseitigung und den aus diesen Verhältnissen resultierenden Krankheiten.

**Wenn von 'Verstädterung' die Rede ist, wird zumeist über das enorme Wachstum der Metropolen, vor allem deren armseligen Slumsiedlungen, gesprochen. Istanbul steht stellvertretend für diesen Prozeß. Die Armenviertel, die meist die Zuflucht für Tausende darstellen, werden hier zunehmend Opfer staatlicher Repression, da sie den zahlreichen Bodenspekulanten im Wege stehen. Das Beispiel Kücük Armutlu zeigt den Kampf der BewohnerInnen gegen eine drohende Zwangsräumung und die Notwendigkeit internationaler Unterstützung.**

Seit circa 15 Monaten hat sich die politische Situation in Kücük Armutlu durch vermehrte Übergriffe der Polizei, Prügel, Festnahmen und ein nächtliches Ausgangsverbot zugespitzt. Die Repression wurde damit begründet, in den Vierteln befänden sich Stützpunkte einer terroristischen illegalen Organisation. Gemeint ist damit die militante Organisation 'Dev Sol'.

Die vorläufigen Höhepunkte der Repression stellen zwei Durchsuchungen dar, die im Juni und Juli von einem Großaufgebot von etwa 1.500 bis 2.000 Polizisten durchgeführt wurden und denen die BewohnerInnen teilweise heftigen Widerstand entgegensetzten. Die an der Durchsuchungsaktion Hauptbeteiligten - die berüchtigte Einheit 'Özel Tim' (Spezial-Team), u.a. ausgebildet von Offizieren der bundesdeutschen GSG9 - sind auch für Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung verantwortlich.

Die BewohnerInnen von Kücük Armutlu werden in den türkischen Medien regelmäßig als TerroristInnen diffamiert. Am 16. Juli wurde in einem Schreiben des türkischen Präsidialamtes die zuständige Stadtverwaltung aufgefordert, Kücük Armutlu ebenso wie das benachbarte Gecekondu Büyük Armutlu unverzüglich zu räumen. Der offizielle Räumungsbefehl wurde mit der geplanten Einrichtung eines Raketenstützpunktes durch das Militär auf dem Gelände begründet. Die BewohnerInnen und ihre UnterstützerInnen sind sich allerdings ziemlich sicher, daß in Wirklichkeit das, in einer landschaftlich schönen Gegend gelegene, Gebiet Immobilienmaklern als ideales Spekulationsobjekt zugeschanzt werden soll.

Um das Bleiberecht der 8.000 BewohnerInnen zu unterstützen und durchzusetzen, hat sich auch in der BRD ein Solidaritätskomitee gebildet, das in Zusammenarbeit mit dem Hilfsverein für Slumbewohner GEYAD seit Anfang August mehrere Delegationsbesuche aus der BRD in den bedrohten Gecekondus organisiert hat. Durch die Anwesenheit internationaler BeobachterInnen soll den 'Sicherheits'kräften die Räumung erschwert und Öffentlichkeit über die bei den Polizeiübergriffen begangenen Menschenrechtsverletzungen - wie Folterungen der Verhafteten - hergestellt werden.

Die Delegationen wurden selbst zu Objekten staatlicher Repression: Sie wurden - teils unter Gewaltanwendung - verhaftet, Dokumente wurden kopiert, Telefongespräche und Auskünfte über die Verhaftungen wurden verweigert sowie einige Delegationsmitglieder als 'Terrorist' bezeichnet.

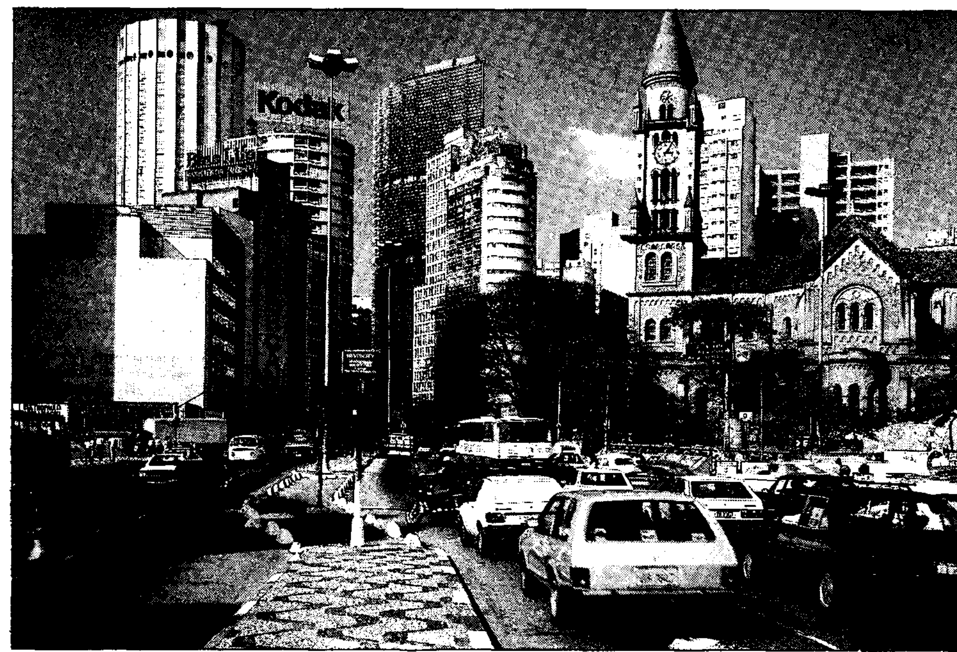
Die internationalen Delegationen haben aber erheblichen Widerhall in der türkischen Öffentlichkeit ausgelöst und trotz aller Übergriffe - nach Aussage des Solidaritätskomitees - für erhebliche Verunsicherung bei den Sicherheitskräften gesorgt. Für den von den Delegationen ausgehenden Schutz spricht auch die Tatsache, daß Kücük Armutlu bis heute nicht geräumt ist. Es ist daher besonders wichtig, daß diese Solidaritätskampagne auf breiter Ebene weiterläuft. Informationen zur Kampagne können unter folgender Adresse bezogen werden, Spenden sind hochwillkommen:

**Solidaritätskomitee Kücük Armutlu**
**c/o Informationszentrum für freie Völker**
**Teichstraße 16e**
**5000 Köln 30**
**Kto.: Volksbank Nord e.G., BLZ 37069429**
**Kto. Nr.: 701 950 011**

# Krebsgeschwür oder Hoffnungsträger?

## Kommunalpolitik in Brasilien

**Linke Bürgermeister in Brasilien haben die Kommunalpolitik für die städtischen Armen zum Hoffnungsträger werden lassen, insbesondere, da die "große" Politik zu keinerlei Hoffnungen mehr Anlaß gibt. Sind Brasiliens Riesenstädte überhaupt mit dem begrenzten Instrumentarium der Kommunalpolitik reformierbar?**



**Zwei Drittel der Brasilianer wohnen in einer Stadt**

Die Nachrichten aus Brasilien waren über die letzten Jahre hinweg dominiert von apokalyptischen Bildern über die Zerstörung der Amazonasregenwälder und den Genozid an den Indianern. Es entstand der Eindruck, als handle es sich bei Brasilien um eine Urwaldrepublik, in der ein paar weiße Gangster ihr Unwesen mit den Waldbewohnern trieben. Das in diesem Zusammenhang entstandene Klischee von Brasilien als Land der grünen Hölle und der nackten Wilden entspricht ebensowenig der heutigen Realität wie die alten Bilder von Karneval und Fußball. Es scheint bisweilen wieder notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Lebensrealität für die meisten Menschen in Brasilien nicht mehr der Urwald, sondern der Häuserdschungel ist.

Im Gegensatz zu den meisten Gesellschaften Asiens und Afrikas haben die lateinamerikanischen Gesellschaften schon Anfang des 20. Jahrhunderts einen rapiden Urbanisierungsprozeß durchlaufen. Heute leben etwa zwei Drittel der Menschen Lateinamerikas in Städten. In Brasilien liegt die Verstädterungsrate sogar etwas über diesem Schnitt. Auch wenn diese Zahlen mitunter zu hoch gegriffen sein mögen [1] - Brasiliens Gegenwart ist, auch wenn dies in den Medien weniger Absatz findet, stärker durch Beton als durch Tropenhölzer geprägt.

Um dieses Bild etwas zu festigen sei die jüngere demographische Entwicklung kurz nachgezeichnet: Die Verstädterung in Brasilien ist ein relativ junges Phänomen. Sie geht auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück und war Sinnbild der Industrialisierung, Modernisierung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Das Hinterland galt als Hindernis auf dem Weg zur Moderne. Das Bild einer dualen Gesellschaft - fortschrittlicher Sektoren in den Städten und einer traditionsverhafteten, modernisierungsfeindlichen Landbevölkerung - prägte die Entwicklungsvorstellungen. Die Stadt und die Binnenmigration in die Städte sollten diese kulturellen Bastionen des Traditionalismus aufbrechen.

Tatsächlich hat die brasilianische Gesellschaft seit der Jahrhundertmitte einen rapiden Wandel durchlaufen. Von 1940 bis 1980 kehrte sich das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung geradezu um. Waren es vor dem Modernisierungsschub noch zwei Drittel der Brasilianer, die auf dem Land wohnten, so schrumpfte dieser Anteil auf ein Drittel. Aus einer ländlichen Gesellschaft wurde im Zeitraum von zwei Generationen ein Industrieland, in dem heute nahezu drei von vier Brasilianern in einer Stadt wohnen.

Zu Anfang konzentrierte sich das Wachstum noch auf die Küstenstädte, das heißt auf die Siedlungszentren, die seit der Kolonialzeit Zentrum von Verwaltung, Handel, Politik und Militär waren. Rio de Janeiro und São Paulo wurden bald zu Millionenstädten und wiesen bereits früh auch die Kehrseite der Modernisierung auf. Armutssiedlungen, soziales Elend und politisch-soziale Unruhen gab es in Rio de Janeiro bereits seit Beginn dieses Jahrhunderts.

Das rasche Wachstum dieser Städte ging vor allem auf die massive Binnenmigration zurück, die die Demographie Brasiliens seit den 1930er Jahren kennzeichnet. Waren es zuvor noch die Immigranten aus Europa und später aus Asien, die auf die Kaffeeplantagen und in die ersten Industrien im Südosten des Landes strömten, so wurde nun der Nordosten Brasiliens, Armenhaus und Bevölkerungsreservoir des Landes, zum Ausgangspunkt dieser Migrationen. Die verarmten "Nordestinos" fanden in den Großstädten vor allem im rasch expandierenden Baugewerbe, aber auch in den verschiedenen



**Die brasilianische Militärpolizei vertreibt Bewohner einer Favela**

Industriezweigen Arbeit und Hoffnung. In einem zweiten, jüngeren Schub kam es zu einer Verlagerung dieser Entwicklung auch auf das Hinterland und auf mittlere Großstädte. So gibt es nun in jedem der 26 Bundesstaaten mindestens eine oder mehrere Städte mit über 100.000 Einwohnern. Die Zahl der Millionenstädte in Brasilien hat sich auf etwa 13 erhöht.

Neben den großen Metropolen sind also hunderte kleinerer Städte im Hinterland entstanden, die außer dem raschen Wachstum auch alle sozialen Probleme einer Großstadt teilen. Dazu gehören die wachsende Kriminalität vom schlichten Straßenraub bis zur mächtigen und einflußreichen Drogen- und Glücksspielmafia, die Gegengewalt der selbsternannten Hüter von Recht und Ordnung, der sogenannten Todesschwadronen. Ebenso sind die Wohnungsnot der sozialen Unterschicht, die sich in verschiedensten behelfsmäßigen Barackensiedlungen ohne Licht, Strom und Wasser niederschlägt zu nennen und soziale Randgruppen, wie Straßenkinder, die auch aus jeglicher gesellschaftlichen Verankerung herausgefallen sind.

## Wachsende politische Bedeutung der Präfekturen

Die Städte, einst Hoffnungsträger der Modernisierung und Sinnbild des Fortschritts, scheinen heute eher gesellschaftlichen Krebsgeschwüren zu gleichen, die sich wild wuchernd und unkontrollierbar in die Landschaft fressen.

Der demographischen Bedeutung der Städte entspricht ihr hohes Gewicht auf politischer Ebene. Wer in den Städten das Sagen hat, der hat Einfluß auf ein bedeutendes Wählerpotential und kann dies auch auf der Ebene der nationalen Politik einsetzen. Nicht zuletzt die Militärregierung (1964-85) hatte dies verstanden und die Bürgermeister der wichtigsten Städte nicht mehr vom Volk direkt wählen lassen. Der jeweilige Gouverneur setzte bis 1985 die Präfekten der Hauptstädte und anderer strategisch wichtiger Städte ein.

Seit den ersten weitgehend freien Wahlen 1982, als außer Kongreß und Gouverneuren auch die Bürgermeister und Gemeinderäte erstmals wieder direkt gewählt wurden, kann man in Brasilien auch von einer Wiedergeburt einer unabhängigen Kommunalpolitik sprechen. War die föderale politische Struktur Brasiliens mit der politischen und verwaltungsmäßigen Dreiteilung in Bund, Länder und Gemeinden unter den Militärs weitgehend gleichgeschaltet worden, so entbrannte in den 80er Jahren auch auf kommunaler Ebene eine zum Teil heftige Auseinandersetzung um die Neubesetzungen der Bürgermeisterposten in wichtigen Städten. Nach 1982 und den Nachwahlen in den Hauptstädten 1985 fanden 1988 die zweiten und im Oktober 1992 die dritten Kommunalwahlen nach der Militärdiktatur statt.

Sicherlich diente der Wahlerfolg auf kommunaler Ebene zum Teil als Sprungbrett, um in der nationalen Politik Fuß fassen zu können. Aber auch die Kommunalpolitik selbst, d.h. die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Stadt und das politische Geschick bei der Suche nach Mehrheiten für die eigenen Vorhaben im Stadtrat, gewannen zunehmend an Eigengewicht. Kommunalpolitik ist zu einem eigenen Politikfeld geworden.

Kommunalwahlen werden in Brasilien alle vier Jahre und gleichzeitig im ganzen Land durchgeführt. Sie finden zeitlich verschoben zu den Kongreßwahlen und Präsidentschaftswahlen statt, wodurch ihr eigenständiger Charakter gefördert wird. Die Bedeutung der Wahlen kommt auch darin zum Ausdruck, daß in Städten über 300.000 Einwohnern ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden muß, wenn kein Kandidat beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht.

Trotz dieser gestiegenen politischen Bedeutung der Kommunen ist ihre finanzielle Abhängigkeit von der Landes- und Bundesebene noch relativ stark. Immer noch werden die meisten Steuern in Brasilien direkt vom Bund erhoben und erst dann mithilfe eines komplizierten Umverteilungsschlüssels an die Länder und Kommunen zurücküberwiesen. Gerade dieser Geldtransfer von oben nach unten ist bis heute das wirksamste Mittel, um politisch Druck auszuüben. Mit der geplanten Steuerreform von Wirtschaftsminister Moreira sollen die Munizipien finanziell auf eigene Füße gestellt werden. Die Einnahmen aus direkten Steuern sollen steigen, wodurch der Rücktransfer von Geldern aus der Bundeskasse an Bedeutung verliert. Mit einer solchen wirtschaftlichen Stärkung der Unabhängigkeit der Kommunen würde die Kommunalpolitik weiterhin Auftrieb erhalten.

## Gemeinden als Hoffnungsträger

Auch aus anderen Gründen scheint die Politik auf Gemeindeebene in Brasilien zunehmend an Interesse zu gewinnen. Die Möglichkeiten zur Veränderung der großen Linien der Bundespolitik sind ins Stocken geraten. Die hochgestellten Erwartungen an eine Verbesserung der sozialen Situation der breiten Unterschicht der brasilianischen Gesellschaft wurden rasch enttäuscht. Der Anlauf zu einer umfassenden Landreform 1986 unter der letzten Regierung Sarney ist unter dem massiven Gegenaufgebot der Landbesitzervereinigung gescheitert. Neue sozialpolitische Initiativen oder Konzepte zu einer Verminderung der krassen sozialen Unterschiede gibt es seit der Redemokratisierung 1985 nicht. Die Bundespolitik in Brasilien ist seit der Verabschiedung der Verfassung 1988 ausschließlich mit der wachsenden Auslands- und Binnenverschuldung, der Bekämpfung der Inflation

und der Wiedergewinnung wirtschaftlichen Wachstums beschäftigt.

Hinzu kommt, daß Korruptionsskandale gerade in den großen Haushalten der Gesundheitskassen und der Rentenversicherung die staatliche Sozialpolitik zusätzlich in Verruf gebracht haben. Das einzige schlüssige Konzept zur Reform des sozialen Bereichs scheint die Beseitigung von Unregelmäßigkeiten und das Stopfen dunkler Kanäle zu sein, durch die die Mittel bisher verloren gehen. Mit dem derzeitigen Korruptionsskandal um die dunklen Machenschaften des Präsidenten Collor ist auch diese Hoffung auf eine moralische Läuterung der Bundespolitik verloren gegangen.

Während die Politik auf nationaler Ebene ängstlich auf Inflations- und Wachstumsindizes starrt, zeichnen sich auf kommunaler Ebene ganz andere Veränderungen ab. Dazu haben wesentlich auch die Erfolge der linken Oppositionsparteien bei den letzten Kommunalwahlen 1988 beigetragen. Bei diesen Wahlen war es zu einem starken Linksrutsch gekommen, der vor allem dem Protest gegen die damalige Wirtschaftspolitik der Regierung zugeschrieben wurde. Die wichtigsten Provinzhauptstädte und mehr als hundert Städte des Hinterlandes wurden seit diesem Wahlsieg über die letzten vier Jahre hinweg von Repräsentanten linker oder mitte-links Parteien (PT, PDT, PSDB) geführt.

Vor allem nach der knappen Niederlage des linken Kandidaten Lula von der PT gegen den politischen Senkrechtstarter und Saubermann Collor de Mello (der im Moment eher für das Gegenteil steht) haben sich die Hoffnungen linker politischer Parteien zunehmend auf die kommunale Ebene verlegt.

## Das Beispiel São Paulo

Im Zentrum der Aufmerksamkeit bei der Kommunalpolitik stand dabei die PT-Bürgermeisterin Erundina von São Paulo. Sie und viele andere Bürgermeister der PT, PDT und PSDB haben zu zeigen versucht, daß Spielräume zur Veränderung der Politik, die auf nationaler Ebene längst verloren gegangen scheinen, genutzt werden können, um neue politische Akzente zu setzen.

Im Umgang mit knappen Ressourcen haben es viele Bürgermeister verstanden, ihre neuen Prioritäten kenntlich zu machen. Dabei mußten Schwerpunkte gesetzt werden. Die Kommunen sind nicht für alle städtischen Probleme gleichermaßen zuständig. Fragen der Sicherheit und der Kriminalität fallen nicht in ihren Kompetenzbereich. Für die Volksschulbildung aber sind die Gemeinden weitgehend verantwortlich.

Die Veränderungen in der Kommunalpolitik in São Paulo unter der Herrschaft der PT lassen sich etwa folgendermaßen nachzeichnen: Durch Umschichtungen im Haushalt wurden statt bisher einem Drittel nun die Hälfte der Gelder für soziale Bereiche ausgegeben. Die PT in São Paulo sah vor allem die Bereiche Transport, Gesundheit und Erziehung als prioritär an. Die Volksschulbildung ist in jeder Beziehung in einem katastrophalen Zustand in Brasilien. Die Lehrer werden schlecht bezahlt, die Unterrichtsmaterialien sind schlecht und die Schüler kommen nur unregelmäßig zum Unterricht. Durch die PT-Administration wurden 57 neue Volksschulen aufgebaut und 157 bestehende Schulen reformiert. Ähnliche Verbesserungen gab es auch im Gesundheitsbereich. Als Ergebnis sind die Volksschulen und Krankenhäuser der Stadt heute weit angesehener, als vergleichbare Einrichtungen des Landes oder des Bundes.

Einer der schwierigsten und konfliktreichsten Bereiche war in den letzten vier Jahren die Reform der städtischen Transportgesellschaft CMTC. Hier galt es, verschiedenen Zielen gerecht zu werden. Zum einen sollte die Versorgung mit öffentlichen Transportmitteln verbessert werden. Darin sah die PT ein vorrangiges Ziel ihrer sozial orientierten Ausgabenpolitik vor Investitionen in das Straßennetz. Von letzteren, so die Überlegung, profitieren hauptsächlich mittelständische Autobesitzer. Die Unterschicht aber ist auf die veraltete Busflotte angewiesen, die seit 1977 nicht aufgestockt und erneuert wurde. Ein vorrangiges Ziel war deshalb der Kauf von 2.200 neuen Bussen und ein möglichst billiges Tarifangebot für die Fahrgäste.

Eine weitere Herausforderung bestand im Umgang der Arbeiterpartei PT als Arbeitgeber mit den 26.000 Beschäftigten der Transportgesellschaft. Zum einen mußte sie ihrem selbst oft genug eingeforderten Anspruch gerecht werden, die Arbeiterrechte zu achten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, zum anderen versuchte sie, die schwierige finanzielle Situation der Gesellschaft nicht durch Entlassungen zu lösen.

Um die Dienstleistungen der Gesellschaft aber langfristig sicherzustellen und zu verbessern, mußte das Unternehmen auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten effizienter gestaltet werden. Die Auseinandersetzungen zwischen der Gewerkschaft und der Stadtverwaltung, die parteipolitisch demselben Lager angehören, haben oft zu Streiks und schweren gegenseitigen Beschuldigungen geführt und waren von vielen Konflikten geprägt.

## Umverteilung in den Gemeinden

Die neuen Akzente der PT-Administration in São Paulo beziehen sich sowohl auf die Einnahmen- wie Ausgabenseite. Eine der wichtigsten direkten Einnahmequellen der Präfekturen bildet die Grundstücks- und Gebäudesteuer IPTU. Sie macht zwischen 10 und 30 % der Kommunalhaushalte aus und ist damit einer der größten direkten Einnahmequellen. Gleichzeitig ist sie ein hervorragendes Mittel zur progressiven Staffelung der Beiträge nach dem Vermögenswert. Wie andere Bürgermeister auch, hat die Präfektin Erundina von São Paulo es sich zum Ziel gemacht, bei dieser direkten Steuer neue Zeichen zu setzen. Wer teure Immobi-



**PT-Bürgermeisterin Luiza Erundina mit Parteiführer Lula**

lien besitzt, muß nun progressiv mehr Gebäudesteuer bezahlen. Als die Steuerbescheide im Frühjahr 1992 verschickt wurden, kam es zu Protesten von Seite der Banken und Geschäftsinhaber an den teuersten Geschäftsplätzen São Paulos. Im Gegensatz zu den präsidentiellen Alleingängen Collors durch die Verkündung von Gesetzesdekreten auf Bundesebene hatte sich die Präfektin durch geschicktes Manövrieren die erforderliche Mehrheit im Stadtrat von São Paulo gesichert. Die neuen Sätze des IPTU wurden mit den Stimmen der Opposition verabschiedet.

Durch Zeichen dieser Art wurde der Anteil der Grundstücks- und Gebäudesteuer am Haushalt São Paulos, der 1989 bei 2,6% lag, kontinuierlich (1990: 6,7%; 1991:10,9%) auf voraussichtlich 11,1% in diesem Jahr gesteigert.[2] Der Anteil bei den Präfekturen von Porto Alegre und Rio de Janeiro, beide von der PDT regiert, liegt mit 13 bzw. 32% noch weit über diesem Satz.

Obgleich die städtische Wohnungsnot im Rahmen des kommunalen Budgets kaum behoben werden kann, hat die PT in São Paulo mit Hilfe dieser Einnahmen unter anderem 40.000 einfache Wohnungen bauen lassen. Auch an anderer Stelle sind die Metropolen zu Orten geworden, wo sich die Probleme der nationalen Politk am raschesten niederschlagen. Alleine in São Paulo sind derzeit 1,3 Mio Arbeitslose gemeldet. Das sind über 16% der arbeitenden Bevölkerung. Die rezessive Wirtschaftspolitik unter Präsident Collor hat viele Menschen von einer geregelten Arbeit in den Gelegenheitshandel auf den Straßen getrieben.

Eine Stadtverwaltung hat kaum Einfluß auf die Größe dieses Heeres von Straßenhändlern und Schwarzarbeitern. Ordnungspolitische Spielräume ergeben sich aber im Umgang mit den Konflikten zwischen den fliegenden Händlern, den sogenannten Camelôs, und den Geschäftsbesitzern. Auf den Straßen gibt es inzwischen nahezu alles zu kaufen, was auch in den Geschäften verkauft wird. Ladenbesitzer fürchten um ihren Umsatz, wenn genau vor ihrem Laden dieselbe Jeans für den halben Preis angeboten wird. Während der letzte Bürgermeister von São Paulo, der konservative Jânio Quadros, versuchte, die Stände der Händler durch verschärfte Kontrollen der Guarda Municipal aus der Innenstadt zu verdrängen, ist die linke Kommunalverwaltung eher tolerant im Umgang mit all denen, die ohne eine feste Beschäftigung sich auf dieses Gewerbe verlegt haben. Sie hat die Möglichkeit, dieses Gewerbe anzumelden, stark ausgeweitet, so daß jetzt 40.000 Straßenhändler in São Paulo angemeldet sind.

## Realos auf dem Vormarsch?

Schließlich hat sich auch die Einschätzung der Vertreter linker Politikkonzepte in der Bevölkerung gewandelt. Die linken Präfekten haben vor allem durch die größere Durchsichtigkeit der öffentlichen Administration und durch die Abwesenheit größerer Korruptionsaffären Pluspunkte im bürgerlichen Lager gesammelt. Wenn auch die Parteiaktivisten gerade aus São Paulo sich meist über die schlechte Presse der wichtigsten Zeitung "Folha de São Paulo" beschweren, von den Befürchtungen noch im Jahre 1988, daß die Stadt im Falle eines Wahlsieges der PT im Chaos versinken werde, ist heute nichts mehr zu spüren. Niemand bezweifelt heute mehr, daß eine PT-Administration sehr wohl einen Kurswechsel, keinesfalls aber eine Katastrophe für die Kommunalpolitik bedeutet.

Nicht nur die Linken haben die Städte verändert. Die Städte haben auch die Linke verändert. Wie auch immer die Rhetorik ist: die linken Kommunalpolitiker gehen als "Realos" aus den Bürgermeisterposten hervor. Ihre Anhängerschaft folgt ihnen dabei nicht immer auf diesem Weg. Vor allem der Anspruch der Arbeiterpartei PT, die Funktionsträger in den Kommunen durch die Parteibasis zu kontrollieren, ließ sich in der Realität nicht durchsetzen. Was von der Idee eines "Mehr an Demokratie" blieb, versucht die Präfektin Erundina nun in einer Neuordnung der Verwaltungseinteilung der Stadt umzusetzen. Durch die Schaffung gewählter neuer Subpräfekturen soll die Verwaltung der 15- Millionen-Stadt näher an die Bevölkerung herangeführt werden.

Im übrigen sind die Spielregeln der Kommunalpolitik dieselben wie auf Bundesebene: Obgleich die Direktwahl der Exekutivposten jeweils ein großer Erfolg sind, lebt der Alltag doch mehr von der Notwendigkeit, für die eigenen Gesetzesprojekte die notwendigen Mehrheiten bei den Stadträten zu erhalten. Neben den beschränkten finanziellen Möglichkeiten und politischen Kompetenzen der Kommunalpolitik hat deshalb die Suche nach politischen Mehrheiten in Stadträten die Bürgermeister linker Parteien wie PT, PDT und PSDB zu Kompromissen mit anderen politischen Richtungen gezwungen. Auch unter diesen Bedingungen scheint der Elan zu politischen Veränderungen in den Städten ungebrochener als auf der Bundesebene.

## Die Städte und die Nation

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit der brasilianischen Bevölkerung stehen weiterhin bundespolitische Themen, seien dies Korruptionsskandale oder die wirtschaftliche Situation des Landes. Auf nationaler Ebene werden nach wie vor die wichtigen Entscheidungen 'für Wirtschaft und Politik getroffen. Und die Auseinandersetzungen um die Bundespolitik können die Wahlentscheidung auf kommunaler Ebene überschatten.

Aber als Handlungsfeld zur Veränderung der städtischen Lebensbedingungen und vor allem als Hoffnungsträger für die Aufrechterhaltung des Glaubens, durch Politik Verbesserungen für die Menschen herbeiführen zu können, kommt der Kommunalpolitik in Brasilien schon heute entscheidende Bedeutung zu. Für die politische Klasse und die Parteiaktivisten ist deshalb der Ausgang der Kommunalwahlen im Oktober 1992 von entscheidender Bedeutung. Schließlich wird damit auch darüber entschieden, ob die neu entdeckten Spielräume der Politik auf kommunaler Ebene weiterhin genutzt werden können und vor allem ob die neuen Akzente als solche von den Wählern honoriert werden.

**Bruno Speck**

**Anmerkungen:**

(1) So etwa Hans Füchtner in seiner neuen Studie "Städtisches Massenelend in Brasilien", Mettingen 1991, wo er anführt, daß sich die Bezeichnung "Stadt" auf die administrative Klassifikation und nicht auf die Größe der Ansiedlung beziehe. Er schätzt, daß 1980 etwa 50% der Bevölkerung in Ansiedlungen über 20.000 Einwohnern lebten.

(2) Zahlen nach Veja São Paulo, 19. Februar 1992, S. 14

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 3.10.92 sind nicht eindeutig als Links- oder Rechtsrutsch einzuordnen. Im ersten Wahlgang konnten nur wenige Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erreichen. In den meisten Städten werden deshalb erst die Stichwahlen am 15.11 zwischen den beiden bestplazierten Bewerbern über die Besetzung der Bürgermeisterposten entscheiden. Die Bundespolitik hatte vor allem in Rio de Janeiro und in Salvador de Bahia Einfluß. Die Kandidaten der dortigen Gouverneure Leonel Brizola und Antonio Carlos Magalhaes, die als Favoriten galten, haben haushoch verloren. Der Grund ist wohl darin zu sehen, daß die beiden genannten Gouverneure dem inzwischen abgesetzten Präsidenten bis zuletzt die Stange gehalten haben. In São Paulo hat der Konservative Paulo Maluf die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nur knapp verpaßt. Am 15. November muß er gegen den zweitplazierten Kandidaten der Arbeiterpartei (PT) antreten.

Die Bilanz der PT im nationalen Durchschnitt scheint aber nicht schlecht. Ihre Kandidaten haben in einigen Provinzhauptstädten (Belo Horizonte, Goiania) im ersten Anlauf gewonnen und liegen in anderen (Porto Alegre, Rio de Janeiro) an erster Stelle bei der Stichwahl. Ihre Stellung in der Kommunalpolitik scheint die PT also - wenn nicht im Einzelfall, so doch auf nationaler Ebene - gefestigt zu haben. **B.S.**

# Der Volksaufstand und das Versagen der irakischen Opposition



Der Markt von Najaf nach den Bombardements

**Wer verlor den zweiten Golfkrieg - Saddam Hussein oder das irakische Volk, das sich am Ende der Kriegshandlungen gegen die Diktatur erhob? Fest steht inzwischen, daß die USA am Sieg der aufständischen Iraker über das Baathregime keinerlei Interesse hatten und daß sie das Weiterregieren eines gezähmten Saddam allen anderen Lösungen vorzogen. Der Autor des folgenden Beitrages zeigt, daß die USA sogar aktiv an der Schwächung der regimefeindlichen Kräfte des Irak mitgewirkt haben. So konzentrierten sie ihre Bombardements (wissentlich oder nicht) genau auf jene sich zurückziehenden Truppeneinheiten, die dem Regime Saddam Husseins gefährlich werden sollten.**

**Aber das Scheitern der Aufstände vom März 1991 hat auch interne Gründe - und diese internen Gründe sind das Kernthema des Artikels. Es gab zu dem Zeitpunkt, als die spontanen Rebellionen in organisierte Kanäle hätten geleitet werden müssen, keine handlungsfähige Opposition. Kommunisten, die Saddam-feindlichen prosyrischen Baathisten und die unter dem Dach des SAIRI- Bündnisses zusammengeschlossenen schiitischen Gruppierungen rieben sich verwundert die Augen, als die Aufstände losbrachen. Sie hatten es längst aufgegeben, auf die Erhebung des Volkes zu setzen und sich stattdessen zu Gesprächen mit Saddam hergegeben. Zum falschen Zeitpunkt die falsche Strategie, auf diesen Nenner bringt der irakische Autor das Dilemma, in dem sich die irakische Opposition seit etwa zehn Jahren befindet.**

**Wir geben den in englischer Sprache erschienenen Artikel beinahe in voller Länge wieder, weil wir ihn für einen wichtigen Fund halten. Er informiert so gründlich und zusammenhängend wie kein anderer von uns bislang entdeckter Beitrag über jene Vorgänge im März vergangenen Jahres, über die uns hierzulande nur Informationsfetzen erreichten. Und weil er bei der Suche nach den Ursachen für das Scheitern der irakischen Oppositionsbewegung weit in die Geschichte zurückgeht, kann er auch eine überaus plausible Erklärung anbieten.**

Nach der Niederlage des Irak im zweiten Golfkrieg im März 1991, erhoben sich die Kurden des nördlichen Irak und die Araber des Südens gegen das Baath-Regime. Zwei Wochen lang waren die Aufstände erstaunlich erfolgreich. Doch bereits Ende März waren sie niedergeschlagen und die Aufständischen zerstreut. Sie mußten über die nächstgelegene Grenze oder in die südlichen Sumpfgebiete des Irak fliehen. Diejenigen, die nicht fliehen konnten, wurden Opfer willkürlicher Massenexekutionen.

Bei der Suche nach den Ursachen für das Scheitern des Märzaufstandes muß man weit in die achtziger Jahre zurückgehen. Die irakische Opposition hatte in der Zeit des ersten Golfkrieges (1980-88) darauf vertraut, daß der Krieg unausweichlich eine revolutionäre Situation schaffen würde.

Bei ihrer Hoffnung auf einen Zusammenbruch im Irak unterschätzte die Opposition Saddam Hussein, dem es in erheblichem Maß gelungen war, einen neuen irakischen Patriotismus zu schaffen, eine Ideologie der nationalen Selbstverteidigung. Sogar viele Kurden und Schiiten sahen den Krieg als ihren Krieg an: Etwa 250.000 Kurden meldeten sich für die Salah al-Din Miliz, die die Armee bei der Aufgabe unterstützte, die Iraner nicht nach Irakisch-Kurdistan eindringen zu lassen; Bataillone, die in ihrer Mehrheit aus schiitischen Soldaten bestanden, bauten eine vergleichbare Verteidigung im Südosten auf.

Die Oppsition zog aus ihrer enttäuschenden Fehleinschätzung die falsche Konsequenz. Manche Fraktionen gingen dazu über, sich nach der Pattsituation und dem Waffenstillstand im Krieg 1988 und 1989 mit dem Baath-Regime zu verständigen, genau zu dem Zeitpunkt, als das Regime besonders schwach und verwundbar war. Dann, während der Golfkrise und dem zweiten Golfkrieg, ging die Opposition dazu über, ihren vorherigen Irrtum überzukompensieren, indem sie die Wirkung von Saddams Appellen an einen irakischen Patriotismus überschätzte. Die Opposition war daher auf die spontanen und im wahrsten Sinne des Wortes vom Volk ausgehenden Aufstände im März 1991 völlig unvorbereitet. In dieser mangelnden Vorbereitung liegen einige der Gründe für das Scheitern der Rebellion.

## Der erste Golfkrieg und die Opposition

Einer der erstaunlichen Aspekte des ersten Golfkrieges war die Fähigkeit Saddam Husseins, die Ideologie seines Regimes umzumodeln und in diese Ideologie sehr unterschiedliche Appelle an verschiedene Kräfte, von denen er Unterstützung erhoffte, aufzunehmen. Die Panarabische Ideologie der Baath-Partei half ihm natürlich, seine Pose als Verteidiger der Arabischen Nation gegen die persische Bedrohung ideologisch zu untermauern. Das war wichtig, als es darum ging, sich die Unterstützung anderer arabischer Länder zu sichern. Die Mächte, die am Persischen Golf interessiert sind, unterstützten alle in der einen oder anderen Weise den Irak. Die säkularen, modernisierenden Aspekte der Baath-Ideologie schienen geeignet, den politischen Islamismus Khomeinis neutralisieren zu helfen.

Gleichzeitig gelang es Saddam, sich die Loyalität einer großen Anzahl schiitischer Araber des Irak zu sichern und auch die Loyalität großer Teile der nichtarabischen, kurdischen Bevölkerung. Während des Krieges mauserte sich die Baath-Ideologie zu einer neuen Synthese des Arabismus, des Islamismus und vor allem des irakischen Patriotismus. Dieser Patriotismus, eine neue Erfindung, suchte tief in der Vergangenheit nach Helden wie Nebukadnezar, der das antike Palästina erobert hatte und Salah al-Din al-Ayubi, dem Kurden , der die Kreuzfahrer in Jerusalem herausgefordert hatte. Dieser Patriotismus entwickelte sich vor allem nach 1983, als der Krieg vom Angriffskrieg zum Verteidigungskrieg wurde. Wie auch die Politik der Baath- Regierung in der Vergangenheit war diese Ideologie des Patriotismus mit einer rücksichtslosen Kampagne gegen Dissidenten im Land verbunden. Eine dieser Maßnahmen war die Ausweisung von mehr als 250.000 Schiiten aus dem Irak.

Unter der organisierten Opposition kristallisierten sich als Antwort auf den Krieg drei Positionen heraus: 1) Proiranisch (einige kurdische und schiitische Gruppen) 2) Proirakisch (hauptsächlich die pro-syrische Abspaltung der Baath-Partei und eine Fraktion innerhalb der irakischen kommunistischen Partei (ICP) 3) Sowohl gegen den Iran als auch gegen den Irak (hier handelt es sich um die Hauptströmung innerhalb der ICP) .

Nur die **Abspaltung der Baath-Partei** unterstützte eindeutig die irakische Armee und das irakische Regime, aber sie bemühte sich nicht um ein Bündnis mit Saddam Hussein. Sie träumte von einem Putsch, der die "wahre" Baath-Partei an die Macht bringen würde, die sie zu repräsentieren vorgab.

Die **islamistischen Parteien der Schiiten** hatten traditionell das Hauptgewicht auf die religiöse statt auf die nationale Identität gelegt. Sie warteten auf die "Stunde Null" der "islamischen Erhebung" - ihre Version des Volksaufstandes. Der oberste Rat der islamischen Revolution im Irak (SAIRI, unter dem Vorsitz von Muhammad Bakr al-Hakim), eine Dachorganisation, die 1982 gegründet worden war und zu der auch die 'Organisation der islamischen Aktion' und die 'Bewegung der Islamischen Massen' gehörte, verfügte über wenig politische Erfahrung.

Ein anderer Bestandteil des SAIRI , al-Da'wa al-Islamiyya (Der islamische Ruf) bildete eine Ausnahme: Diese Organisation hatte schon 1977 Massendemonstrationen gegen das Regime angeführt und war 1979 wieder auf die Straße gegangen. Alle Islamisten nahmen im Krieg 1980-88 eine proiranische Position ein. Sie waren irrtümlich der Meinung, sie hätten in den Augen der Mehrheit der Schiiten eine religiöse Legitimität, die ein solches Bündnis rechtfertigte. Den Nationalismus bezogen sie nicht als Faktor in ihre Überlegungen ein. So konnte Saddam Hussein den Teil der Bevölkerung des südlichen Irak, der keine Sympathie für den radikalen Islam hegte, mit seinen Appellen ansprechen, die sich auf seinem neuen irakischen Nationalismus und der Verteidigung der Landesgrenzen gründeten.

Manche **kurdischen Parteien** unterstützten ebenfalls den Iran, aber auf einem anderen historischen Hintergrund. Die politischen Überlegungen der Kurden als großer, aber marginalisierter Nation innerhalb das Irak waren immer beeinflußt von der Notwendigkeit, auswärtige Unterstützung für ihren Kampf um Autonomie gegenüber Bagdad zu mobilisieren. In den frühen 70er Jahren nahmen sie das Geld und die Waffen des Schah an, um einen Stellvertreterkrieg zu führen, der das Baath-Regime in Bedrängnis bringen sollte. Allerdings ließ der Iran sie im Jahr 1975 ganz plötzlich fallen, womit Bagdad freie Hand hatte, sie mit einem blutigen Unterdrückungsfeldzug zu überziehen. Als diese Kurden sich 1980 erneut mit dem Iran verbündeten, vergaßen sie ihre frühere bittere Erfahrung, die sie von der demokratischen Bewegung des Irak isoliert hatte. Ebenso wie die Parteien der Schiiten zogen sie durch ihre Verbindung mit einem ausländischen Nationalismus zusätzliche Unterdrückung auf sich und entfernten sich dabei gleichzeitig von vielen ihrer eigenen Leute, die die nationale Verteidigung unterstützten.

Die **Kommunisten,** die früher die einflußreichste Oppositionspartei gewesen waren, waren sowohl gegen den Irak wie gegen den Iran und planten einen Volksaufstand, von dem sie 1985 zugaben, daß der Krieg ihn "verzögert" hätte. Daß diese Position schwer zu halten war, zeigte sich, als innerhalb der ICP und in linken Kreisen im Exil eine Minderheitsströmung auftauchte, die es für unsinnig hielt, den Volksaufstand anzuzetteln, solange das Regime "die Verteidigung des Vaterlandes" anführte.

So war keine der organisierten Oppositionsparteien in der Lage, eine Position zu formulieren, die einen Weg zur Abschüttelung des Joches der Tyrannei und des Krieges wies und die gleichzeitig an die Empfänglichkeit der Bevölkerung für eine nationalistische Ideologie anknüpfte. Das Feld des Nationalismus überließ die Opposition Saddam Hussein, der mit seinen patriotischen Appellen zur Verteidigung des Irak weite Kreise der Bevölkerung erreichte.

## Der Verschleiß des irakischen Patriotismus

Saddams patriotische Pose hatte die Opposition in Verwirrung gestürzt.

Während der Kriegsjahre hatte die Opposition keine Verbindung mehr zu den gößeren städtischen Zentren - Bagdad, Basra und Mosul - in denen fast die Hälfte der irakischen Bevölkerung lebt. Ihre organisatorischen Strukturen in den Städten waren weitgehend zerstört und in einigen Fällen völlig vernichtet. Die Kurden und die Kommunisten hatten immer noch Rückzugsgebiete in den nördlichen Bergregionen und einige Verbindungen zu kleinen Städten und zu den kurdischen Städten Sulaimaniyya und Arbil. Die Islamisten verfügten nur im Iran über eine organisierte Basis.

Vor dem iranisch-irakischen Krieg gab es viele Parteien in den Städten, vor allem in Bagdad, aber das Ausmaß der politischen und sozialen Unzufriedenheit war zu der Zeit gering. Als der Krieg vorbei war und die Unzufriedenheit im Lande zunahm, verfügten die Oppositionsparteien schlicht und einfach über keine verläßlichen Organisationsstrukturen mehr. Das Regime steckte in der Krise, aber die Opposition auch. Als das Baath-Regime die schwierigste Phase seit seiner Machtergreifung durchmachte, entschlossen sich die meisten Parteien zu einer Politik der Versöhnung.

Die Islamisten, die ihre Hoffnung auf die iranischen Panzer gesetzt hatten oder sogar soweit gegangen waren, sich den iranischen Basij-Einheiten anzuschließen, waren entsetzt über den Ausgang des Krieges. Teheran schränkte ihre Aktivitäten ein. Ihre Anhänger in anderen arabischen Ländern, wie z.B. Syrien, die bisher bei jeder iranischen Offensive ihre Koffer gepackt hatten, um in den Irak zurückzukehren, packten jetzt ihre Koffer, um in Schweden oder anderen europäischen Ländern Asyl zu suchen. Die Parteien der Kurden entschieden sich für eine Versöhnungspolitik und hofften, damit das Schlimmste verhindern zu können. Die ICP versuchte Bedingungen zu stellen: Jeder Dialog mit der Regierung sollte kollektiv und in der Öffentlichkeit geführt werden, eine Geste des guten Willens müsse ihm vorausgehen, zum Beispiel die Freilassung der politischen Gefangenen.

Bis ein paar Tage vor der Invasion in Kuwait waren die meisten irakischen Oppositionsführer emsig damit beschäftigt, sich zu überlegen, wie sie einen Handel mit dem Regime abschließen und gleichzeitig dabei ihr Gesicht wahren könnten. Sie hatten nicht wahrgenommen, daß nach dem Ende des ersten Golfkrieges der Patriotismus der Bevölkerung sich gewandelt hatte. Im Zuge der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in der Folge des Krieges gegen Iran und erst recht nach der Invasion in Kuwait entstand eine andere Art von Patriotismus, der in Opposition zum Regime stand. Die Menschen wollten diesen neuen Krieg nicht. Als er ausbrach, akzeptierten sie ihn ergeben, aber sie hofften, daß sie für die Zerstörungen zumindest mit dem Sturz von Saddam Hussein entschädigt werden würden.

Aus der Art, wie Saddam Hussein seine ideologische Kampagne in dieser Periode



**Am Ende des ersten Golfkrieges entsteht ein anderer Patriotismus: die Iraker setzen auf den Sturz Saddams**

führte, ließ sich erkennen, daß er eine Ahnung von dieser Stimmung der Bevölkerung hatte. Er versuchte verzweifelt, seine ideologischen Appelle mit einem neuen, geschickt formulierten islamischen Vokabular aufzufrischen. Er habe Khomeini 'besiegt', weil er als der 'Stellvertreter Gottes' gehandelt habe. Die Iraker hatten keinerlei Lust, diese Version zu schlucken, aber die Opposition war nicht in der Lage, dies zu erkennen. Überhaupt übersah sie, wie sehr die Unzufriedenheit der Massen angewachsen war. Für sie gab es allerdings auch kaum Möglichkeiten, die Stimmung der Bevölkerung auszuloten. Nur Fragmente politischer Nachrichten drangen dann und wann nach außen, aus denen die Oppositionellen vergeblich klug zu werden versuchten.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde durch die Wirtschaftskrise verstärkt. Ein Viertel der vier Millionen Arbeiter des Irak stand unter Waffen; die meisten von ihnen waren gewöhnliche Wehrpflichtige, die sich aufzulehnen begannen. Während des Kriegs gegen den Iran waren die Devisenreserven des Irak von 37 Milliarden $ auf weniger als 2 Milliarden geschrumpft. Für Importe mußten allerdings weiterhin jedes Jahr 11 Mill $ ausgegeben werden, hauptsächlich aufgrund der Notwendigkeit, 80 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs des Landes zu importieren. Zum ersten Mal während der Regierungszeit Saddam Husseins wurde es ein ernstes Problem, die Bevölkerung zu ernähren. Die Preise für Güter des alltäglichen Bedarfs schnellten in die Höhe, was nicht nur den Lebensstandard der ärmeren Bevölkerung, sondern auch den der Mittelschichten senkte. Nach der Invasion in Kuwait trat der damalige Wirtschaftsminister Sa'dun Hammadi im Fernsehen auf und erzählte den hungernden Irakern, die Besetzung Kuwaits würde das Land in die Lage versetzen, die enormen Auslandsschulden in zwei bis vier Jahren zurückzuzahlen. Manche der offiziellen Medien griffen dieses Thema auf, aber die Öffentlichkeit glaubte dieses Versprechen nicht. Vor allem wollte die Bevölkerung keinen neuen Krieg und äußerte sich auch gegenüber westlichen Reportern auf den Straßen Bagdads ganz ungehemmt in diesem Sinn. Die irakische Opposition im Ausland empfing Berichte, wonach es zu sozialen Unruhen gekommen war - in Basra, Mosul und dem Thawra-Distrikt in Bagdad. Mosul hatte im Krieg gegen den Iran die höchste Rate an gefallenen, jungen Offizieren zu beklagen gehabt, in Basra war die Zahl der zivilen Toten und der materiellen Schäden am höchsten gewesen. In Al-Thawra wohnten viele Studenten, die sich an die Spitze der Aktionen gegen die Einziehung von Wehrpflichtigen gestellt hatten. Jetzt verteilten Schüler aller Schulstufen in Bagdad handgeschriebene Flugblätter gegen den drohenden Krieg. Im November 1990 kam es zu einer großen Demonstration von Schülern und Studenten gegen die Regierung in Bagdad. Samir al-Shaikhly, der damalige Innenminister, ließ sich eine einfache Lösung einfallen. Er wollte zwei Millionen Bewohner der Hauptstadt evakuieren - ihm gelang die Evakuierung von einer Million Bagdader.

## Erschöpfung der Armee

In der Armee begann die Unzufriedenheit anzuwachsen. Seit 1977 war die Armee von einer Mannschaftsstärke von 140 000 auf etwa 1 Mio aufgestockt worden. Zusätzlich wurden 700 000 Zivilisten für begrenzte Zeit in die sogenannte Volksarmee rekrutiert. In der aufgeblähten Armee gab es nun zahlreiche Gegner der Regierung. Kurdische Stammesangehörige bildeten die Salah al-Din Truppen der Volksarmee; sie wurden von ihren Stammesführern mobilisiert, die dafür ein Kopfgeld erhielten. Was die reguläre Armee betrifft, bestanden ihre Kampftruppen zu 80 Prozent aus Schiiten, doch nur 20 Prozent der Offiziere waren Schiiten.

In der Zeit von 1973 bis 1980, als die persönliche Macht Saddams anwuchs, waren

Schlüsselpositionen in der Armee mit Angehörigen seines Clans aus seiner Heimatprovinz Tikrit besetzt worden. Diese Tikritis hatten es allerdings während des ersten Golfkrieges für nötig befunden, das Offizierscorps aufzustocken, um alle verfügbare militärische Erfahrung auszunutzen. Sie riefen sogar Offiziere aus dem Ruhestand zurück. Das hatte zur Folge, daß die Macht und der Einfluß der Tikritis zurückging.

In den höheren Rängen des Militärs bildete sich ein starker Anti-Saddam Block, doch äußerte er seine Kritik nur in sehr vorsichtiger und verschlüsselter Weise. Manche unterstützten die Invasion in Kuwait, aber nicht ihren Zeitpunkt: Der Irak hatte dem Westen Zeit gelassen, seine Streitkräfte während des Winters in Stellung zu bringen und eine Offensive zu starten, bevor die Hitze unerträglich wurde, eine Invasion im März hätte eine alliierte Gegenoffensive bis zum Winter verschoben. Andere lehnten die Invasion in Kuwait völlig ab. Nur eine kleine Minderheit ging davon aus, daß die Invasion ein Erfolg sein würde.

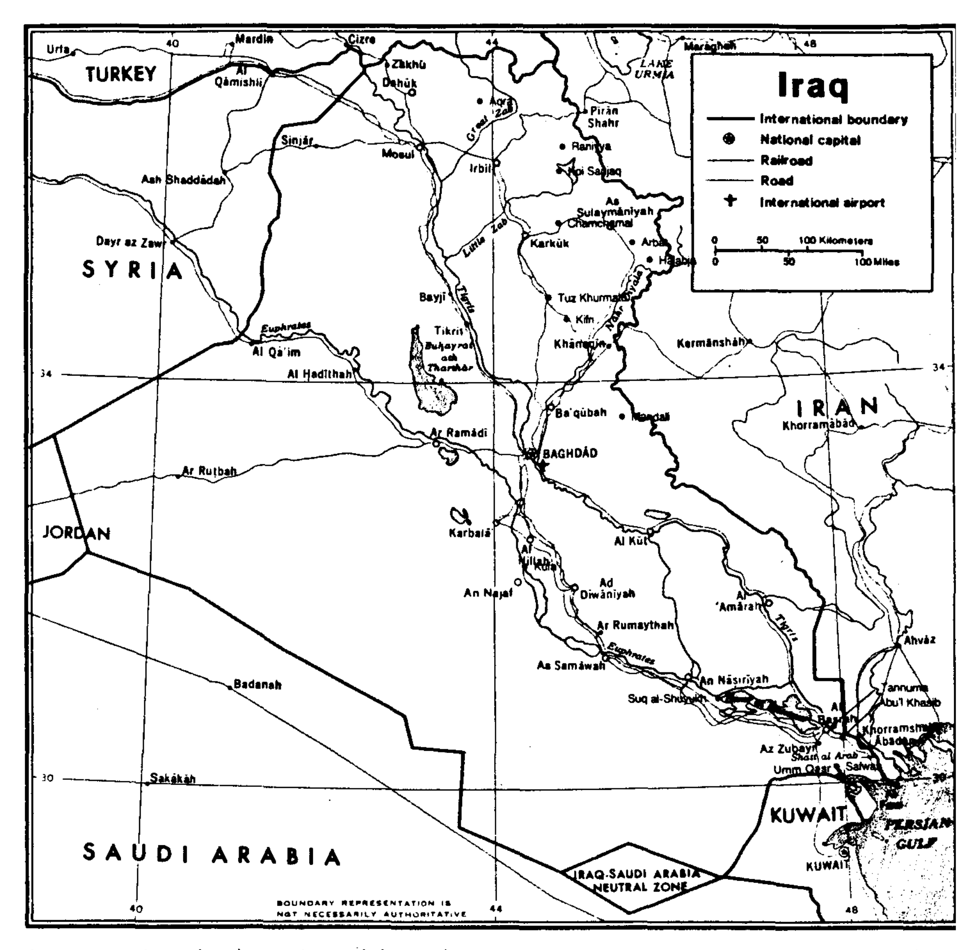
In der Anfangsphase ermutigte Saddam diese Diskussionen unter höheren Offizieren. Er hoffte, auf diese Weise könne er in Erfahrung bringen, ob die schönfärberischen Berichte, daß die Mehrheit der Offiziere ihren Führer unterstützte, der Wahrheit entsprachen. Doch kurz darauf kam es zu Exekutionen: Im November 1990 wurden laut kurdischen Berichten etwa 600 Offiziere umgebracht.

In den unteren Rängen des Militärs waren die Soldaten, die in manchen Fällen fast ein Jahrzehnt Krieg geführt hatten, schlicht und einfach erschöpft. Die Zahl der Desertionen nahm sprunghaft zu. Kurdische Oppositionsparteien im Irak schätzten schon vor dem Krieg die Zahl der Deserteure auf mehrere Tausend.

Der Revolutionäre Kommandorat, Iraks Regierung, gab das Dekret Nummer 11078 über Desertionen heraus, in dem befohlen wurde, daß Frauen, Kinder und andere Verwandte der Deserteure festgenommen werden sollten. Vertrauliche Richtlinien aus dem Generalstab forderten die ständige Überwachung verdächtiger Elemente in der Armee und, daß sie von allen wichtigen Kommandoposten ferngehalten werden müßten. Die Kommandeure der Einheiten wurden vor "negativen Haltungen der Soldaten" gewarnt, "insbesondere daß sie sich gegenüber kuwaitischen Zivilisten über Mangel an Nahrung beklagen oder sogar Waffen und Munition gegen Nahrungsmittel tauschen."

## Kriegsphantasien der Regierung, Blindheit der Opposition

Auf dieser nicht eben vielversprechenden Grundlage machte sich Saddam daran, seine widerstrebende Bevölkerung zu mobilisieren. Er berief sich wieder auf den irakischen Patriotismus und reicherte ihn mit einer starken Dosis islamischem Fanatismus an. Er wollte den Enthusiasmus der Araber entflammen, indem er sich als starker und entschlossener Führer gegen Israel profilierte.




Saddam mußte auch die Iraker überzeugen, daß der Westen unter dem Krieg zu leiden haben würde. Der Präsident war bereit, eine hohe Zahl irakischer Toter in Kauf zu nehmen, um den alliierten Gegnern Verluste in Höhe von 30.000 oder 40.000 Toten beizubringen.

Über Saddams Geisteszustand während des Countdowns zum Krieg und über die Umrisse seiner Strategie ist heftig spekuliert worden. Es sieht so aus, als sei er ernsthaft überzeugt gewesen, daß er in seinem vorangegangenen Abenteuer einen großen Sieg über Khomeini errungen habe. Das Protokoll eines geheimen Treffens höherer Offiziere innerhalb Kuwaits im Oktober 1990 zeigt, daß viele überrascht waren, daß der Präsident dort anwesend war - ein deutliches Zeichen, daß Saddam seinen Generälen nicht vertraute. Im Verlauf des Treffens behauptete Saddam, er habe von Gott den Befehl erhalten, Kuwait zu annektieren: " Gott sei mein Zeuge, Gott wünschte, daß geschehe was geschah", ..."unsere Rolle bei dieser Entscheidung war fast gleich Null."

Saddam sagte voraus, daß der Krieg mit alliierten Luftangriffen beginnen würde, und riet seinen Kommandeuren, *"für eine kurze Zeit bewegungslos in den Unterständen zu bleiben. Wenn ihr Euch so verhaltet, werden sie mit ihrem Bombardement nichts erreichen. Der Kampf im Landkrieg wird eine andere Sache sein. Im Landkrieg werden die Amerikaner nicht in der Lage sein, Kräfte aufzubringen, die so stark sind, wie Ihr es seid."* Schlußendlich, sagte er, würde sich die Macht des Öls durchsetzen. *"Wir haben zwanzig Prozent der Ölreserven der Welt, die Sanktionen werden aufgehoben werden, nicht weil wir schöne Augen, sondern weil wir Öl haben."*

Den Generälen blieb nichts anderes übrig als ihre Zustimmung zu murmeln. Aber auch für die Opposition war es schwierig, eine starke Gegenposition aufzubauen. Immerhin hatten sich alle Oppositionsgruppen gegen die Invasion und Annexion Kuwaits ausgesprochen und hatten den Rückzug der Iraker gefordert. Keine hatte ihre Hoffnung aufgegeben, daß Saddam abgesetzt werden könnte. Aber die meisten fürchteten, daß sie ihr moralisches Recht einbüßen würden, gegen das Regime aufzutreten, wenn sie den 'Irak nicht in seinem Kampf gegen den Westen' unterstützten. Nachdem der Luftkrieg am 19. Januar 1991 begonnen hatte, forderte Muhammad Bakr al-Hakim seine Anhänger in der Dachorganisation SAIRI dazu auf, sich in die sogenannten Rekrutierungkräfte, den militärischen Flügel seiner Organisation einzuschreiben. Er befahl jenen, die in der Nähe der iranischen Grenze zum Irak stationiert waren, "fest der US-Aggression entgegenzutreten." Auch die Kommunistische Partei verurteilte die US-Aggression.

Masud Barsani, der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei sprach sich sowohl gegen den Krieg als auch gegen den militärischen Aufmarsch des Westens aus. Die Kurdistan-Front, eine Koalition kurdischer Parteien mit der kurdischen Sektion der irakischen kommunistischen Partei, stellte alle militärischen Aktionen gegen die irakische Armee in Kurdistan ein, um nicht "der Armee einen Dolchstoß in den Rücken zu versetzen." Als sich die Lage so stark verschärfte, daß ein Massenaufstand bevorstand, hatten die Oppositionsparteien längst aufgegeben, irgendetwas dergleichen zu erwarten.



**Peschmerge nach der Einnahme Zakhos in irakisch Kurdistan**

## Das Volk steht auf

Wenn man davon ausgeht, daß Saddams 'Strategie' wirklich diejenige war, die er auf dem Treffen in Kuwait skizzierte - etwas Gegenteiliges ist nicht bekannt - so war sie ein gigantischer Irrtum. Die Luftangriffe, die wie er meinte, auf zwei oder drei Tage beschränkt sein würden, dauerten mehr als einen Monat. Die Israelis reagierten nicht. Die Europäer standen fest an Bushs Seite. Eine Ölknappheit trat nicht ein. Die Schlacht im Landkrieg, mit der Saddam so fest rechnete, fand nie statt. Stattdessen wurde die irakische Armee in die Flucht geschlagen. Sie hätte selbst dann nicht gekämpft, wenn sie den Befehl dazu erhalten hätte. Die Verwüstung des Landes übertraf alle Vorstellungskraft. Aus den Ruinen sprach Radio Bagdad vom Krieg als einer 'großen Leistung' und nannte den Rückzug 'heroisch'. Bagdads offizielle Version der Ereignisse erinnerte die Iraker an die Geschichte eines italienischen Generals, der bei al-Alamein von General Montgomery besiegt wurde. Als man ihn dafür tadelte, daß er großen Teilen seiner Streitkräfte erlaubt habe, sich dem Kampf zu entziehen, sagte er feierlich: "Ja, wir sind weggelaufen, aber wie Löwen." Die wehrpflichtigen Bauern, die den Großteil der irakischen Armee ausmachten, konnten sich dergleichen Ironie nicht leisten. Für sie endete die Flucht in einer Schlächterei, wie zum Beispiel auf der 'Straße des Todes' in al-Mutla.

Aus diesem Chaos erhob sich das irakische Volk gegen den Diktator. In den Wehen einer vernichtenden Niederlage auf dem Schlachtfeld strebte es nach dem Sieg innerhalb des eigenen zerstörten und unglücklichen Landes. Das war der 'Volksaufstand', zu dem während des ganzen ersten Golfkriegs jeder Oppositionsführer aufgerufen hatte, vom modernen Linken bis zum traditionsverhafteten Kleriker. Doch die meisten hatten schließlich die Hoffnung auf einen solchen Aufstand aufgegeben.

Als er dann schließlich im März 1991 doch ausbrach, war niemand auch nur im geringsten vorbereitet. Und er brach in einer Form aus, die sich mit den alten Oppositionsszenarien aus der Zeit des ersten Golfkrieges überhaupt nicht deckte. Die Armee, die ein Drittel ihrer Mannschaften verloren hatte, löste sich auf. Noch wichtiger war, daß auch die Geheimdienste sich in Auflösung befanden und plötzlich die Lage nicht mehr unter Kontrolle hatten. Der Volksaufstand, der sich seit 1988 anbahnte, wurde von den Soldaten und Offizieren, die den Schrecken von al-Mutla überlebt hatten, auf ihrem Rückzug ausgelöst.

Die ersten Funken der Rebellion sprangen in den sunnitischen Städten Abul Khasib und Zubair über, etwa sechzig bis siebzig Kilometer südlich von Basra. Das war am 28.Februar 1991, drei Tage bevor die irakische Armee in Safwan formell gegenüber General Schwarzkopf kapitulierte. Die Revolte breitete sich sofort in andere Städte aus, bis sich am zwanzigsten März schließlich die Bevölkerung von Kirkuk erhob.

Es ist nicht möglich, aufzuzählen, was in den größeren und kleineren Städten im einzelnen geschah, aber die zahlreichen verbotenen Zeitschriften aus dem Irak berichten von den Ereignissen in den verschiedenen Städten, die sich in jedem Fall sehr stark ähneln. Die Massen strömten auf die Straßen und protestierten gegen Saddam Hussein und die Herrschaft der Baath-Partei. Dann setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung, um das Rathaus und das Hauptquartier der Baath-Partei zu stürmen, das Gebäude der Geheimpolizei, das Gefängnis und die Garnison der Stadt (falls eine solche vorhanden war). Auf ihrem Weg schossen die Menschen auf jedes Plakat oder Wandbild des Diktators. Sobald die Aufständischen eine Stadt unter Kontrolle hatten, säuberten sie sie von Baathisten und Geheimpolizei. Das war der allgemeine Ablauf der Aufstände, aber im Detail gab es oft Unterschiede.

Gravierend war die fehlende Kommunikation zwischen den verschiedenen Aufstandszentren. Oft war es so, daß nicht nur nahegelegene Städte, sondern sogar verschiedene Stadtviertel innerhalb der gleichen Stadt nicht wußten, was in der anderen Stadt oder im anderen Viertel vor sich ging.

Selbst im Nachhinein ist es schwierig, die Bedeutung der Aufstände einzuschätzen. Viele der Beteiligten sind entweder tot oder halten sich heute in Saudi-Arbien oder Irak versteckt, sie haben Angst, daß ihre Familien mißhandelt werden, wenn sie nicht anonym bleiben. Vor allem in den ersten Tagen wurden die Aufstände von ganz normalen Leuten angeführt, deren Berichte von den Oppositionszeitungen oft ignoriert wurden. Die Lage ist sogar noch komplexer: Zuerst behaupteten die Oppositionsparteien, sie seien die Urheber dieser oder jener Erhebung, aber als die Aufstände scheiterten, distanzierten sie sich und behaupteten, diese Aufstände seien spontane Aktionen der Massen gewesen.

## Eine unvollständige Bilanz

Trotz dieser Probleme gibt es genügend Informationen, die es zulassen, den Verlauf der Aufstände in groben Zügen zu beschreiben, wobei ich den Irak in drei Zonen einteile: Der Süden, mehrheitlich schiitisch, der Norden, in dem die von Kurden bewohnten Gebiete liegen, und der Mittelteil, das heißt Bagdad und seine Umgebung, zusammen mit den Städten des sogenannten 'sunnitischen Dreiecks', das von Bagdad entlang des Tigris nach Mossul reicht und dann nach Westen an die syrische Grenze. Jede dieser Zonen hat nicht nur ihre eigene ethnische, religiöse und regionale Identität, sie unterscheiden sich auch - und das ist wichtig für die Analyse - durch den Grad des politischen Bewußtseins, den Zugang zu Informationen, die Organisationsfähigkeit und das militärische Kräfteverhältnis.

Der Aufstand im Süden nahm folgenden Verlauf: Der bewaffnete Aufstand war das erste, nicht das letzte Glied in der Kette. Nach der Revolte in Zubair und Abul Khasib griff Basra zu den Waffen, angeführt von den wütenden Soldaten auf dem Rückzug und gefolgt von einer Masse ebenso verbitterter Zivilisten.

"Man kann die irakische Armee nicht verantwortlich machen, denn sie hat nicht gekämpft. Saddam ist schuld," sagte Khalil Juwaibar, ein Panzerfahrer und einer der Soldaten, die Zubair verließen, um nach Basra zu gehen und dort das Feuer der Revolte zu schüren. Ein Offizier beschrieb die Stimmung in Zubair und Abul Khasib: *"Wir wollten uns zurückziehen und das verrückte Abenteuer beenden, als Saddam ankündigte, daß der Rückzug innerhalb von 24 Studen stattfinden würde. Dabei hatte er überhaupt kein formelles Übereinkommen mit den Alliierten getroffen, das die Sicherheit der Truppen auf dem Rückzug garantiert hätte. Es wurde uns klar, daß er wollte, daß die Alliierten uns niedermachten - er hatte die Republikanische Garde bereits in Sicherheit gebracht. Wir mußten unsere Panzer und Fahrzeuge zurücklassen, um Luftangriffen zu entgehen. Wir liefen hundert Kilometer zu Fuß in Richtung Irak, hungrig, durstig und erschöpft. In Zubair beschlossen wir, Saddam und seinem Regime ein Ende zu setzen. Wir schossen auf Saddams Plakate. Hunderte von Soldaten kamen in die Stadt und schlossen sich dem Aufstand an: Am Nachmittag waren wir schon Tausende. Zivilisten unterstützten uns, und Demonstrationen begannen. Wir griffen das Parteigebäude und das Hauptquartier des Geheimdienstes an. In wenigen Stunden breitete sich der Aufstand auf Basra aus. Genau um drei Uhr früh am ersten März."*

Die Revolte in Basra wurde zuerst von Muhammad Ibrahim Wali angeführt, einem irakischen Offizier, der Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Lastwagen zusammenführte, um das Rathaus, die Büros der Baath-Partei und das Hauptquartier des Geheimdienstes zu stürmen. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Basra unterstützte den Aufstand. Die meisten der aktiven Teilnehmer waren zwischen vierzehn und fünfunddreißig Jahre alt. Fast alle Soldaten beteiligten sich, einschließlich des 24.Panzerregiments, das bei Tannuma stationiert war. Unter den Gebäuden der Schuhfabrik Bata, gegenüber dem Sitz des Bürgermeisters, fanden sie ein geheimes Gefängnis. Hunderte von Gefangenen wurden befreit, manche riefen "nieder mit al-Bakr". Das bezog sich auf Ahmad Hasan al-Bakr, der 1979 als Präsident des Irak abgesetzt worden war.

Die spontane Rebellion in Basra hatte weder eine gutorganisierte Führung noch eine organisatorische Struktur, kein politisches oder militärisches Programm. Viele tapfere Soldaten beklagten sich darüber, daß Kanonen, Panzer und andere Waffen hier und dort verstreut waren, daß es keinen Plan gab, auf Bagdad zu marschieren und daß man keinen Kontakt zu Offizieren und Soldaten in anderen Einheiten hatte, die bisher noch nicht wußten, was in Kuwait vorgefallen war. Sie wußten lediglich, daß es einen Waffenstillstand gab. Als der erste Offizier, der ausgeschickt war den Aufstand niederzuwerfen, eine weiße Flagge hißte und sich in die Stadt begab, um sich dem Aufstand anzuschließen, wurde er verspottet und weggejagt.

Der Aufstand in Basra löste einen Aufstand im ganzen Irak aus. Als nächste Stadt erhob sich Suq al-Shuykh. Drei Gruppen von Bewaffneten griffen die Stadt an, sie wurden von den Hawr al- Hammar Stämmen aus dem Sumpfgebiet unter der Führung der Stammesführer Albu Hijam und Albu Gassid unterstützt. Fast alle Bürger liefen auf die Straße und beteiligten sich an der Schlacht um die Zentren der Macht. Abd al-Shabacha, ein Mitglied der Nationalversammlung und ehemaliges Mitglied der Baath-Partei, führte die Bewegung während der ersten Tage an.

## Verhängnisvolle Parolen

Als die Erhebung im Süden sich ausbreitete, wurde klar, daß sie entscheidende Schwachpunkte hatte. Erstens die geographische Lage des Südens nahe der Front, wo immer noch einige Einheiten der Republikanischen Garde stationiert waren. Zweitens waren die eingezogenen Wehrpflichtigen zwar zum Aufstand bereit, aber politisch unreif. Drittens schlossen sich die Islamisten in der Euphorie der ersten Erfolge der Bewegung an und gaben eine verhängnisvolle Parole aus: Herrschaft der Schia.

Schiitische Dissidenten aus dem Irak, die im Iran lebten, hatten den Aufstand aufmerksam beobachtet. Im Hauptquartier der Dachorganisation SAIRI in Khorramschar, wo die Anhänger Muhammad Bakr al-Hakims sein Bild zusammen mit dem Bild des verstorbenen Khomeini zeigten, sagte al-Hakim zu westlichen Reportern, er erwarte allgemeine Wahlen, in denen das irakische Volk seine eigene Regierung wählen würde. Er fügte hinzu, er habe nicht die Absicht, eine islamische Herrschaft zu errichten. Innerhalb des Irak sah die Sache anders aus: In Suq al-Shuykh wurden dort, wo vorher riesige Portraits von Saddam Hussein gestanden hatten, islamische Parolen und Plakate aufgehängt.

Die SAIRI-Veteranen bildeten zwar nur einen Teil der Kräfte, die die Städte im Süden unter ihre Kontrolle brachten, sie sprachen und benahmen sich aber, als ob sie das Sagen hätten. Das militärische Kommando von al-Hakim gab Direktiven aus, in denen es hieß, daß alle bewaffneten Kräfte im Irak sich der Befehlsgewalt von SAIRI unterwerfen sollten und die Anweisungen von al-Hakim befolgen sollten.

Nach Meinung von Doktor Muwafak al-Ruba'i, einem in London lebenden Führer der Da'wa-Partei, war das Ende der Intifada vorprogrammiert, als sich die in den Süden Zurückkehrenden mit Bildern von al-Hakim und Khomeini schmückten. Sie gaben damit dem Aufstand einen zu engen Charakter, als ob es sich um eine Familienangelegenheit handelte. Immerhin waren die Rebellen, so Al Ruba'i, eine bunt zusammengewürfelte Gruppe. Unter ihnen gab es die sunnitischen Militärs, Baathisten, Linke und Zivilisten aus allen Schichten der Bevölkerung.

Al-Hakim hätte wissen sollen, daß die Aussicht einer islamistischen Herrschaft für alle seine Verbündete in der Opposition (sowohl Kurden als auch Kommunisten oder arabische Nationalisten) ein Alptraum ist. Erst recht für Saudi-Arabien und die USA.

## Ein anderes Bild

Im Norden sah die politische Landschaft anders aus. Sulaimaniyya liegt mehr als tausend Kilometer von der Front entfernt. Da man aber dort über gute Verbindungen zu den nationalistischen und linken Parteien verfügte, war man besser in der Lage als in den meisten anderen Städten des Nordens, sich über die Vorfälle auf dem Schlachtfeld zu informieren. Der Masse der Kurden wurde schnell klar, was die Niederlage der Armee, die darauffolgende Auflösung des Geheimdienstes und der sich rasch ausbreitende Aufstand zu bedeuten hatten. Der Tag der Abrechnung war gekommen. Die Schlacht um Sulaimaniyya begann kurze Zeit nach dem Aufstand in Basra. Negative Reaktionen aus dem Ausland - die Angst der USA vor einer iranischen Intervention und



**Peschmerge in den Folterzellen des Gefängnisses von Dahuk, März 1991**

die Alarmsignale aus Ankara - waren noch sehr vorsichtig formuliert. Die Kurden eröffneten eine zweite Front und gingen dabei mit mehr Kühnheit, Geschick und Disziplin zu Werke als die Menschen im Süden.

Außerdem waren den bewaffneten Aufständen in den kurdischen Städten Straßendemonstrationen vorausgegangen, die manchmal mehrere Tage andauerten. Dort wurden deutliche politische Parolen formuliert. Demokratie für den Irak und Autonomie für Kurdistan. Die Kurden waren in der Lage eine breitere Einheitsfront zu bilden. Masud Barsani, der Führer der KDP, verhandelte mit den Salah al-Din-Milizen und Tausende strömten auf die Seite der Rebellen. Barsani pflegte auch wärmste persönliche Beziehungen mit vielen hochrangigen Kommandeuren der sechs regulären Armeedivisionen, die in Kurdistan stationiert waren.

Die Peschmerga verhielten sich taktisch klüger als es die Reste der wehrpflichtigen Armee auf ihrem Rückzug im Süden vermocht hatten. Nachdem sie den Einwohnern geholfen hatten, eine Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen, zogen sie sich zurück und ließen die Städte in der Hand örtlicher gewählter Verwaltungen. Mit dieser Haltung brachten sie folgendes zum Ausdruck: Erstens, daß die Städte nicht von außen, sondern von innen befreit worden waren, zweitens, daß man den Stolz der Militärs nicht verletzen sollte und drittens, daß die türkische Regierung keine Angst vor einer kurdischen Sezession zu haben brauchte. Diese Taktik trug Früchte, als der Aufstand sich lawinenartig ausbreitete und die Ölstadt Kirkuk erreichte, die nur drei Autostunden von Bagdad entfernt ist.

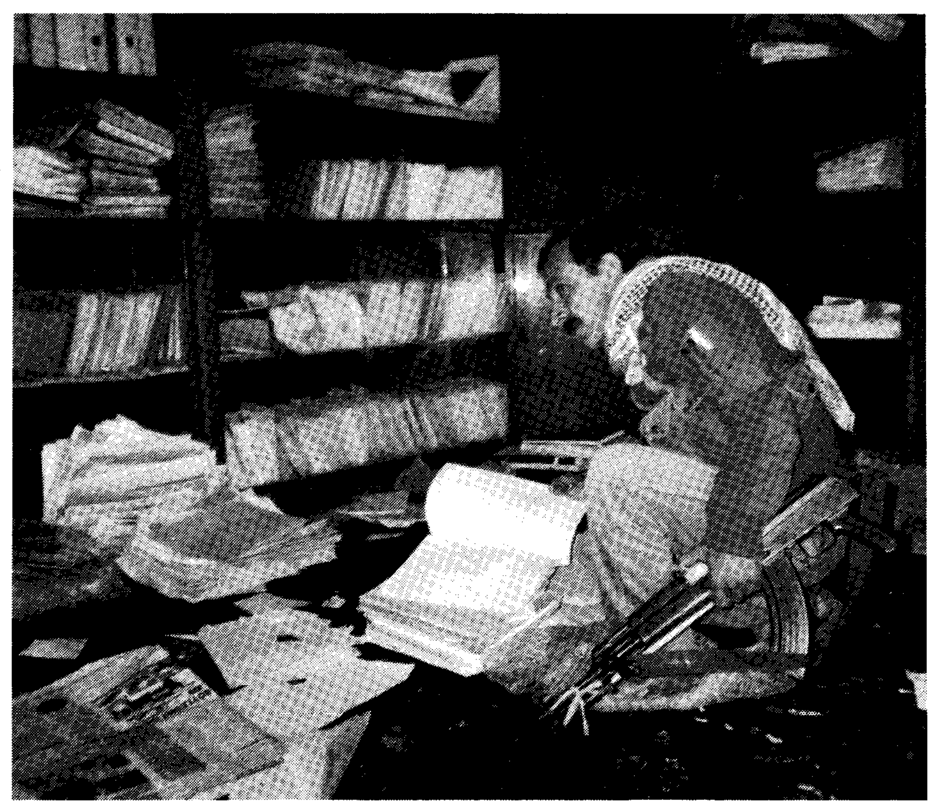
Mehr als fünfzigtausend Soldaten desertierten von ihren Einheiten, ohne dem Aufstand Widerstand zu leisten und man sah sie bald in den Straßen der kurdischen Städte, wo sie von kurdischen Familien begrüßt, bewirtet und untergebracht wurden. Die bewaffneten Aktionen der Peschmerga beschränkten sich streng darauf, nur Angehörige des Geheimdienstes und führende Kader der Baath-Partei zu bestrafen. Racheakte konnten zwar nicht überall verhindert werden, da der lang erwartete Augenblick gekommen war, wo das Volk seiner Wut Luft verschaffen konnte. Aber das Ausmaß der Vergeltungsakte war wesentlich geringer als im Süden.

## Der versäumte Brückenschlag

Was wurde aus dem mittleren Teil des Landes? Für einen dauerhaften Erfolg wäre es unerläßlich gewesen, daß die Massen in Bagdad den breiten Graben überbrückten, der den Norden vom Süden trennte, denn zwischen Norden und Süden gab es keinerlei politische, militärische oder organisatorische Koordination. Doch die Rebellen wurden enttäuscht. In Bagdad blieb alles ruhig.

Ein entscheidender Faktor war der fehlende Informationsfluß. Augenzeugen berichten, daß es äußerst schwierig war, sich innerhalb der Hauptstadt auch nur zu bewegen. Erst recht war es nicht möglich, über Land zu reisen. Informationen kamen nur langsam an. Die wirkliche Situation an der Front war in Bagdad, anders als in Basra und Sulaimaniyya, nicht bekannt. Ein Anhänger der Linken sagte, sie hätten erst nach fünf Tagen sicher sein können, daß in Basra ein Aufstand stattgefunden hatte. Die Bagdadis warteten darauf, daß der Aufstand zu ihnen käme. Diese trügerische Hoffnung wurde von manchen Oppositionsführern genährt, namentlich Talabani, der einen Angriff auf Mosul und dann auf Bagdad vorschlug. Al-Hakim verkündete auch im Radio, daß der Aufstand auf dem Weg nach Bagdad sei. Aus Interviews mit mindestens einem Dutzend Bewohnern Bagdads, die später den Irak verließen, läßt sich entnehmen, daß die Nachrichten entweder von den Oppositionsführern über Radio Teheran oder über BBC verbreitet wurden, daß sie übertrieben waren und manchmal nicht den Tatsachen entsprachen. Ein Dissident bemühte sich verzweifelt, durch ganz Bagdad zu fahren und alle Nachrichten über Rebellionen, zum Beispiel im Kadhimiyya- oder Thawra-Distrikt, in dem viele ärmere Schiiten wohnen, nachzuprüfen. "Jedes Mal, wenn ich dahin kam, wo angeblich so etwas stattfinden sollte, fand ich nichts", beklagte er sich.

Die Hauptursache der Passivität liegt allerdings in dem Mangel an Organisationsstruktur innerhalb der Hauptstadt. Nach Amara, nach Basra oder nach Nasiriyya konnte man leicht über die durchlässige Grenze zum Iran gelangen. Die Kurden konnten selbst in den schlimmsten Zeiten ihre Städte nach Belieben betreten und verlassen. Bagdad war eine traurige Ausnahme. Nur drei Parteien hätten theoretisch diese Lücke füllen können: Die Kommunisten, die Da'wa oder die prosyrische Abspaltung der Baath-Partei. Aber die Kommunisten hatten sich in die kurdischen Berge zurückgezogen und identifizierten sich sehr stark mit der kurdischen Sache. Von 1980 bis 1989 beschränkten sie sich auf eine Form des bewaffneten Kampfs, die unter irakischen Bedingungen am wenigsten effektiv war: eine guevaristische Konzeption des Guerillakrieges, bei der das Land die Städte erobern soll. Jeder Gedanke, bewaffnete Einheiten in den Städten zu bilden, wurde als häretisch oder antirevolutionär verworfen. Es wurde kein ernsthafter Versuch gemacht, Zellen in Bagdad zu organisieren. Als die Guerillabasen 1988 zerstört wurden und der Kampf auf dem flachen Land ein Ende fand, kamen die Kritiker dieser Form des bewaffneten Kampfs zu dem Schluß, daß der bewaffnete Kampf an sich vergeblich sei. Wolle man vorankommen, so müsse man mit dem Regime verhandeln.



**Nach der Auflösung des Geheimdienstes werfen Aufständische einen Blick in die Akten. Dahuk, März 1991**

Die Da'wa verfügte über genug Kraft und Erfahrung, um eine Struktur im Untergrund aufzubauen, aber sie war im Rahmen ihres naiven, islamischen Glaubens davon überzeugt, daß Vertrauen auf Gott, Vertrauen auf die iranischen Panzer bedeute. Sie verzich-



**Irakisch-kurdische Flüchtlinge nahe der Irakisch- Iranischen Grenze**

tete darauf, sich selbst auf den Aufstand vorzubereiten.

Die prosyrischen Baathisten setzten ähnliche Hoffnungen auf die Panzer aus Damaskus, die sie eines Tages nach Bagdad bringen würden. Die Folge davon war, daß kein einziger Oppositionsführer den vier Millionen Bewohnern von Bagdad ein Zeichen setzte. Hinzu kam, daß die radikalen islamistischen Slogans aus dem Süden erhebliche Unruhe auslösten. Ein schiitischer Dissident erzählt, daß sunnitische Verwandte in seinem Haus Unterschlupf suchten. Sie wollten sich vor willkürlichen Racheakten schützen, mit denen sie rechneten, wenn der Aufstand Bagdad erreichen würde. Solche Ängste waren nicht selten und haben Saddam sicher geholfen, seine Position, vor allem in den rückständigeren Gebieten des sunnitisch-arabischen Dreiecks, zu stärken. Das war sicher einer der Gründe für die verhängnisvolle Untätigkeit in Bagdad. Zwei andere Faktoren kamen hinzu: Zum einen hatte das Regime seine Sicherheitskräfte in der Hauptstadt konzentriert. Zum zweiten wurden fast eine Million Bewohner aus Bagdad vor Ausbruch des Krieges evakuiert.

## Die Niederlage

Ohne Unterstützung aus der Hauptstadt und ohne organisatorische, taktische und politische Koordination fielen die aufständischen Städte eine nach der anderen. Zwar wurden einige Städte im Süden vorübergehend zurückerobert, aber schließlich war der Aufstand vollständig niedergeschlagen. Die Oppositionsführer waren bestürzt über die Leichtigkeit, mit der die Reste der irakischen Armee das Regime retten konnten.

Es wurde ihnen klar, daß die USA lediglich Interesse daran hatten, die irakische Bedrohung für die Region zu reduzieren. Das erklärt, warum vorzugsweise die Einheiten bombardiert wurden, die sich auf dem Rückzug befanden und die eine entscheidende Rolle bei den Aufständen spielen würden. Es waren die gleichen Einheiten, von denen auch Saddam Hussein angenommen hatte, daß sie ihm gefährlich werden könnten.

Die Hälfte des irakischen Militärs befand sich auf dem kuwaitischen Kriegsschauplatz oder in der Nähe. Die andere, loyale Hälfte der Armee war in vier Gruppen aufgeteilt. Eine in Kurdistan (die sich ohne großen

Widerstand ergab), eine zweite in Mosul (sechs Divisionen), eine dritte in Tikrit, die die Aufgabe hatte, jeden Aufstandsversuch in Bagdad zu unterbinden und schließlich eine in Bagdad, die Angriffe von Aufständischen aus dem Süden abwehren sollte.

In den dreißiger Jahren hatte König Faisal gesagt, die irakische Armee sollte stark genug sein, zwei Meutereien zur gleichen Zeit niederzuschlagen. 1991 gruppierte Saddam Hussein seine Kräfte so, daß sie eine Bedrohung von drei Seiten abwehren konnten. Aus dem Norden, aus dem Süden und aus der Hauptstadt. Er ging davon aus, daß zumindest von einer der drei Seiten ein bewaffneter Aufstand ausbrechen würde. In dem Buch 'From the House of War' drückt der BBC-Korrespondent John Simpson Erstaunen darüber aus, wie Tikrit vor dem Krieg ausgesehen habe. Es war eine Festung im wahrsten Sinne des Wortes, obwohl es mehr als tausend Kilometer von der Front entfernt liegt. Die Sicherheitsmaßnahmen des Irak richteten sich also vor Kriegsausbruch hauptsächlich gegen innere Feinde. Die Taktik der USA, möglichst viele irakische Soldaten zu töten, war ganz im Sinne des Regimes. Obwohl Saddam den Krieg verlor, führte die Kriegsführung der USA auch zu einer Schwächung dieses Aufstands. Der Vernichtungsfeldzug befreite Saddam von den Teilen seiner Armee, die er nicht unter Kontrolle hatte und bewahrte ihm die loyaleren Divisionen.

Die westlichen und die arabischen Medien behaupteten von Anfang an, daß es sich um einen schiitischen Aufstand handelte. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch unkluge Übertreibungen einiger schiitischer Führer. Hinzu kam, daß die große Anzahl unnötiger Fememorde an Anhängern der Baath-Partei - in geringerem Maß im Norden, stärker im Süden - die Mehrheit der Parteikader dazu brachten, Saddam Hussein zu unterstützen. Diese Exekutionen waren eine klare Botschaft an die Mitglieder der Baath-Partei: man wollte sie tot, nicht lebend haben, und dementsprechend leisteten die Baathisten erbitterten Widerstand.

Die Opposition hätte nicht nur die Baathisten, sondern auch die Tikritis spalten müssen. Der Tikrit-Clan stellt nicht nur die führenden Kräfte im Staatsapparat, in der Partei und im Geheimdienst, sondern auch etwa 2000 höhere und mittlere Offiziere. In einer Armee, die auf ein Drittel ihrer früheren Größe reduziert ist, bildet diese Tikriti-Elite einen wichtigen Kern. Die Mitglieder dieser Elite sind nicht nur durch politische, wirtschaftliche und ideologische Bande miteinander verbunden, sie sind auch miteinander verwandt, was dieser Gruppe einen fast monolithischen Charakter verleiht.

Allerdings ist es aufgrund von politischen Differenzen manchmal zu Spaltungen gekommen, so zum Beispiel 1979, als Präsident Ahmad Hassan al-Bakr von Saddam Hussein abgesetzt wurde. Oder als 1989 Saddams Schwager und Verteidigungsminister Adnan Tilfah umgebracht wurde. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Opposition als Ganze besteht darin, solche Spaltungen zu vertiefen und ihnen eine politische Bedeutung zu verleihen.

Für die Nachbarn des Irak in der Region (natürlich mit Ausnahme des Iran) und für die USA sah die Situation aus, als sei man zu der Ausgangslage von 1980 zurückgekehrt, als der Iran seine Revolution exportieren wollte. Um diese Bedrohung zu reduzieren, war acht Jahre lang Krieg geführt worden. Gerade war ein zweiter Krieg zu Ende gegangen, dessen Zweck es war, das neue Ungleichgewicht zu beseitigen. Die Angst vor dem Islamismus veränderte die Haltung der Nachbarländer und des Auslands im allgemeinen. Vielleicht ist das der Grund, warum man den Aufständischen nicht erlaubte, sich die irakischen Waffen und Munition anzueignen, die die USA auf der anderen Seite des Flusses in Nasiriyya unter Kontrolle hatten.

Aufgrund ihrer Besonderheiten und ihrer inneren Widersprüche erhielten die irakischen Aufständischen keine nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland, auch nicht aus der Region, wenn man von der wenig hilfreichen, einseitigen Unterstützung aus dem Iran absieht. Für die meisten der herrschenden Eliten im Mittleren Osten ist die Vorstellung von Demokratie gefährlicher als die Panzer von Saddam Hussein, aber der irakische Aufstand war der erste Volksaufstand, den weder die arabische Opposition noch die arabischen Herrscher begrüßten. Die Herrschenden fürchteten, daß sich das revolutionäre Feuer ausbreiten könnte, und die Opposition fürchtete, daß hier ein Widerspruch zu ihrer eigenen, nach außen orienierten, antiwestlichen, nationalistischen Ideologie entstehen könnte. Die Frage, warum diese Differenz so unüberbrückbar und antagonistisch war, wäre Gegenstand einer gesonderten Untersuchung.

Die Aufstände wurden in Blut ertränkt. Die Szenen rascher Massenexekutionen zeigten der Welt einen Irak, der immer noch das Wunderland des Terrors ist. Aber die arabische Linke und philanthropische Liberale schlossen ihre Augen und Ohren angesichts der Not einer unterdrückten Nation. Die Angst vor einem demokratischen Demonstrationseffekt hinderte die arabischen Herrscher daran, den Aufstand zu unterstützen. Die Passivität der arabischen und der internationalen Linken aber ist unbegreiflich. Ihr bedauerlicher Irrtum war, daß sie die Sehnsucht des irakischen Volks nach Demokratie unterschätzten. Das führte dazu, daß es den USA und den anderen Westmächten überlassen wurde zu definieren, was unter Frieden und Demokratie zu verstehen sei.

**Übersetzung CN**

**Der englische Originaltext ist erschienen in 'Middle East Report', Mai/Juni 1992.**

# Die Spuren führen nach Teheran

## Über die Hintergründe des Mordes an Dr. Scharafkandi

**Ob der Mord an Dr. Scharafkandi, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, nun von libanesischen Hisbollah-Parteigängern verübt wurde oder nicht - für den Autor des folgenden Beitrages steht jedenfalls fest, daß die Verantwortlichen für das Attentat in fundamentalistischen Kreisen des Iran gesucht werden müssen. Schon seit einigen Jahren versuchen die Mullahs in Teheran, die kurdisch-iranische Opposition, die immerhin die stärkste organisierte regimefeindliche Kraft im Iran bildet, durch Mordanschläge auf ihre herausragenden Politiker zu schwächen. Auch dafür, daß für den Mord an Scharafkandi gerade Berlin gewählt wurde, hat unser Autor eine Erklärung parat.**

Das kann mir jederzeit passieren" hatte Dr. Said Scharafkandi in Schweden auf die Frage eines Journalisten geantwortet. Der hatte ihn gefragt, ob er denn nicht fürchte, das gleiche Schicksal wie sein Vorgänger Abdurrahman Ghassemlou zu erleiden, der 1988 in Wien ermordet worden war. Keine zwei Wochen später passierte es ihm, er wurde in Berlin, während er als Beobachter am Treffen der Sozialistischen Internationale teilnahm, erschossen.

Während - wohl auf Grund einer weitverbreiteten Agenturmeldung - die PKK wegen "innerkurdischer Rivalitäten" verdächtigt wurde, erklärte seine Partei, die "Demokratische Partei Kurdistan - Iran" von Anfang an, sie verdächtige die iranische Regierung. Gerade in den vergangenen sechs Monaten hatte es eine ganze Reihe politischer Morde außerhalb des Irans gegeben. Besonders die befreiten Gebiete Südkurdistans (Irak), in denen sich die Hauptquartiere der meisten iranisch-kurdischen Organisationen befinden, waren immer wieder Schauplatz - offensichtlich - iranischer Attentate geworden. Nach zwei Attentaten auf kurdische Führer im vergangenen Jahr fand im Mai dieses Jahres ein Bombenanschlag auf einen Kleinbus statt, der zu einer Hochzeitsfeier der DPK-I fuhr. Mehrere Businsassen starben, alle anderen wurden schwer verletzt. In Sulaimanyya gelang es Mitgliedern der KOMALA (Kommunistisch Partei Iran) mehrmals, eine Autobombe zu entdecken und zu entschärfen; doch auch gegen ihr Büro und ihre Fahrzeuge fanden drei Anschläge statt.

Nicht-offizielle Büros der Islamischen Republik Iran befinden sich an mehreren Stellen der befreiten Gebiete - überall da, wo die "Kurdische Islamische Bewegung" stark ist und sie decken kann. Die KIB, eine in Irakisch Kurdistan operierende Partei, konnte bei den ersten kurdischen Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres mit 5% der Wählerstimmen die 7% Hürde nicht überspringen und ist im Parlament nicht vertreten. Entlang der iranisch/irakischen Grenze konnte sie jedoch Ergebnisse bis zu 11% erreichen. Auffallend ist, daß diese eigentlich eher kleine Partei zum Teil besser ausgerüstet ist als andere Mitgliedsparteien der Kurdistan Front. Eben diese Partei war es auch, die sich im Juli dieses Jahres in Kifri - keinen Kilometer von der Demarkationslinie entfernt - Schießereien mit der "Patriotischen Union Kurdistans" geliefert hatte; etwa eine Woche nachdem die fundamentalistische iranische Presse eine mögliche Grenzänderung im Irak als unakzeptabel und gefährlich bezeichnet hatte.

Der Mord an Sait Scharafkandi, einer Persönlichkeit, die über sehr großes Ansehen in der gesamten kurdischen Opposition verfügte, bildet den vorläufigen Höhepunkt der iranischen Mordserie. Überraschend kommt diese Offensive für die Vertreter der verschiedenen kurdischen Gruppierungen nicht, sie passiert in einer Situation, in der die Kurden die stärkste organisierte Opposition im Iran darstellen. In Ostkurdistan (Iran) findet die Bevölkerung mehr als anderswo ein Ventil für ihren Unmut über die politische Repression und die nahezu auswegslose wirtschaftliche Situation (8 - 12 Mio. Arbeitslose - verschiedene Quellen; bis zu 70% Inflation). Dieser Unmut der Bevölkerung sowie die politischen Entwicklungen in den beiden Nachbarstaaten Irak und Aserbaidschan haben den Nordwesten des Iran mit Kurdistan und Aserbaidschan zur unberechenbarsten Region des ganzen Landes werden lassen. Während die aserische Opposition erst dabei ist, sich zu formieren, verfügen die Kurden schon über gewachsene Strukturen, die in den vergangenen Monaten immer größere Anziehungskraft gewannen für junge Leute und vor allem auch für Frauen, die unter der Repression des Mullahregimes am meisten zu leiden haben.

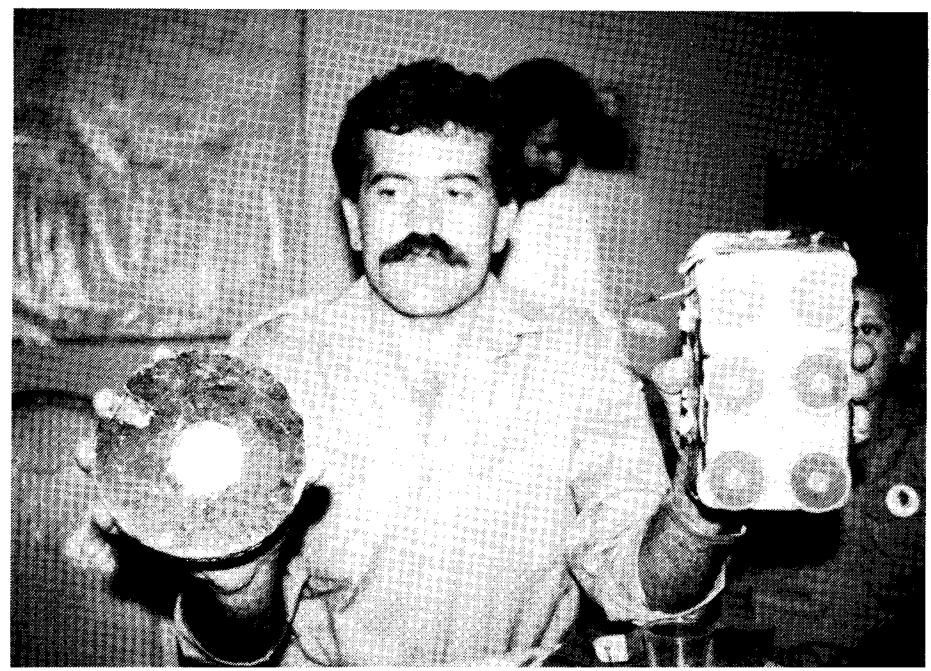
Innerhalb des Landes versuchen die Pasdaran allerdings zunehmend, militärische Auseinandersetzungen mit den Peschmerge der DPK-I zu vermeiden. Sie beschränken sich darauf, die Bevölkerung, die die Guerilla sehr stark unterstützt, zu terrorisieren und sind sehr darauf bedacht, direkten Kampfhandlungen mit den Peschmerge aus dem Weg zu gehen. "Selbst die Pasdaran sind kampfmüde", wird dieses Verhalten von den kurdischen Parteien kommentiert. Weiterhin wirkt sich wohl hier die Tatsache aus, daß die iranische Regierung versucht, am südlichen Abschnitt der Grenze zum Irak - also in der Gegend von Basra - durchgehend militärische Präsenz zu zeigen, um ihren Erklärungen, sie werde gegebenenfalls in den Konflikt zwischen irakischen Schiiten und dem Regime Saddam Husseins eingreifen, Nachdruck zu verleihen. So muß der Norden mit möglichst wenig Aufwand ruhig gehalten werden.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Attacken des Mullahregimes gegen herausragende Vertreter der kurdischen Opposition im Ausland logisch. Bleibt allerdings die Frage, warum für den Mord an Scharafkandi gerade Berlin gewählt wurde. Auch er hielt sich, wie andere ZK-Mitglieder bis Juli in Südkurdistan auf; warum also entschloß sich

der Iran hier, mitten in Europa, der westlichen Welt, an die sich die Regierung Rafsandjani doch gerade anzunähern versucht, seinen Umgang mit unbequemen Oppositionellen zu demonstrieren?

Die Vermutung liegt nahe, daß der Grund dafür gerade in dieser Annäherung zu suchen ist. Rafsandjanis Kurs, durch weitgehende Liberalisierung der Wirtschaft, Verminderung der staatlichen Kontrolle und Exportorientierung Wege aus der iranischen Wirtschaftskrise zu suchen, war vor den Wahlen in diesem Frühjahr auf erbitterte Opposition der fundamentalistischen Fraktion in der iranischen Regierung gestoßen. Die Wahl, die eigentlich klare Verhältnisse schaffen sollte, hat die Situation nur in Nuancen geändert. Noch immer ist es den Fundamentalisten möglich, Gesetzesentwürfe Rafsandjanis im Kabinett zu blockieren. Bis heute ist es zum Beispiel nicht gelungen, eine Anpassung der iranischen Banken an das internationale Bankensystem und die Einführung von Zinsen durchzusetzen. Ein Appell Rafsandjanis an die iranische Bourgeoisie im Exil, in den Iran zurückzukehren und dort zu investieren, wurde von Revolutionsführer Khameini persönlich im Radio schärfstens verurteilt. Die Verräter, so verkündete er, können bleiben wo sie sind, im heiligen Staat seien sie nicht erwünscht. Während Rafsandjani sich gezwungen sieht, bei der Durchsetzung seines Wirtschaftskonzeptes auf die iranische Bourgeoisie zurückzugreifen und die Wiederankurbelung der völlig heruntergekommenen Industrie - die Produktion war schon 1991 bis auf 30% der eigentlichen Kapazitäten gesunken - dem Privatsektor zu überlassen, beharren die Fundamentalisten, die die islamische Bürokratie kontrollieren, auf der Beibehaltung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft und damit ihrer eigenen Machtposition. Rafsandjani wird sein Konzept jedoch nur mit Hilfe ausländischer Unterstützung durchsetzen können.

Ibrahim Alizade, Sekretär der KOMALA, beschreibt das ökonomische Dilemma des Iran folgendermaßen: "Für den Iran steht es heute an, von dem System der Kriegswirtschaft herunterzukommen. Das heißt auch, die staatliche Kontrolle über die Verteilung der Investitionen zugunsten privater Initiativen zurückzuschrauben. Doch woher sollen diese privaten Initiativen kommen. Der Iran verfügt nicht über die Infrastrukturen, die Investitionen lukrativ erscheinen lassen könnten. Es heißt immer, daß der Iran zur Zeit des Schah ein sehr weit entwickeltes Land gewesen sei. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, daß damals aus politischen und geostrategischen Gründen Gelder in das Land gepumpt worden sind. Ökonomisch hat sich das schon damals nicht gelohnt. Die Industrien, die es hier gibt, sind strenggenommen Montagebetriebe. Der Iran als ölexportierendes Land ist heute nach den Schäden des Iran/Irak-Krieges nicht einmal in der Lage, seinen eigenen Bedarf an Öl



**Sichergestellte Autobomben von Attentatsversuchen in Irakisch-Kurdistan auf iranische Kurden**

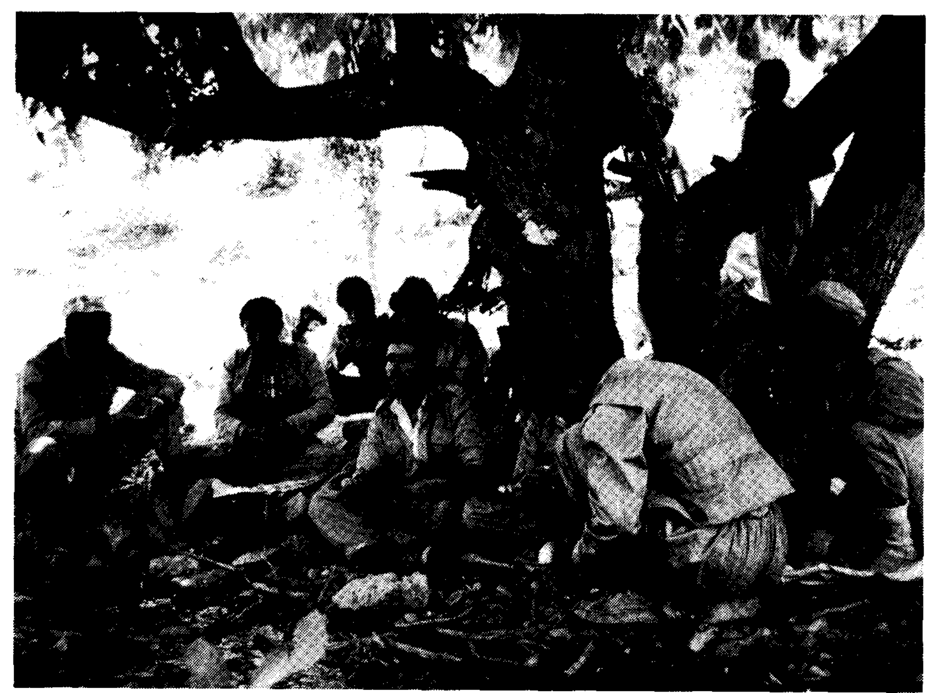
zu raffinieren. Die iranische Bourgeoisie legt ihr Geld im Handel an und ist nicht so leicht dazu zu bewegen, zu investieren. Um das Auslandskapital anzulocken, muß schon ein außerökonomischer Köder gefunden werden."

Mit dem Zugriff auf die jungen zentralasiatischen Republiken könnte die iranische Regierung wieder in den Besitz des von Alizade erwähnten Köders gelangt sein. Schon seit der Unabhängigkeit dieser Staaten befindet sich der Iran in einem erbitterten Wettlauf mit der Türkei um Einfluß auf die zahlreichen islamischen Republiken. Allgemein werden der Türkei trotz ihrer mehr oder weniger chronischen Wirtschaftskrise die besseren Chancen eingeräumt. Als NATO-Staat und assoziiertes EG-Mitglied verfüge sie über die organischeren Verbindungen zum Westen, d.h. zu westlicher Technologie und Finanzwesen, lautet die allgemeine Einschätzung. Sie sei daher besser in der Lage, auf dementsprechende Nachfrage der jungen Republiken zu antworten. Dem wäre sicher zuzustimmen, wenn "der Westen" als monolithischer

## Die kurdische Parteienlandschaft

Im Irak hatten sich 1988 acht kurdische Parteien und Organisationen zur **Kurdistan Front** zusammengeschlossen. Die **Demokratische Partei Kurdistan Irak** unter Leitung von Masud Barsani und die **Patriotische Union Kurdistan** unter Leitung von Celal Talabani sind mit Abstand die größten Parteien. Während die Demokratische Partei stärker feudal orientiert ist, rekrutiert die Patriotische Union ihre Anhängerschaft eher aus dem städtischen Kleinbürgertum. In der aktuellen Situation unterscheiden sie sich vor allem in bezug auf den Verhandlungs- oder Nicht-Verhandlungskurs gegenüber Bagdad. Hier ist es Talabani, der eher eine Loslösung von der irakischen Zentralregierung anstrebt. Die Wahlen im Mai 1992 spiegelten das Kräfteverhältnis innerhalb der Kurdistan Front auch sehr deutlich wider. Während sich die beiden großen Parteien je 50% der Wählerstimmen teilten, konnten die restlichen sechs die 7% Hürde nicht überspringen. Bei den kleinen Parteien handelt es sich um die **Demokratische Volkspartei**, eine ehemals moskauorientierte, heute eher sozialdemokratische Partei, zwei **Sozialistische Parteien**, die sich kurz vor der Wahl vereinigt hatten, die **Kommunistische Partei Irak - Sektion Kurdistan** und die marxistische **Partei der Werktätigen**. Die **Assyrische Demokratische Bewegung** ist ebenfalls Mitglied der Kurdistan Front. Die ebenfalls seit ca. zwei Jahren existierende **Islamische Bewegung Kurdistans** ist nicht Mitglied in der Front, hatte aber auch zu den Parlamentswahlen kandidiert.

Im Iran gibt es zwei große kurdische Organisationen. Einmal die **Demokratische Partei Kurdistan Iran**, die trotz der Namensgleichheit keine organische Verbindung zu der des Irak hat. Sie ist ideologisch nicht festgelegt. Ihr erklärtes Ziel ist das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden. Momentan führt sie den Partisanenkampf in den kurdischen Bergen. Die **KOMALA,** eine ehemals rein kurdische, marxistische Organisation, hatte sich vor einigen Jahren in **Kommunistische Partei Iran** umbenannt, da sie sich mehr über Klassen- als über nationale Zugehörigkeit definierte. Ein Teil der KOMALA, die sich im vergangenen Jahr spaltete, bildet heute ebenfalls in Irakisch-Kurdistan bewaffnete Kämpfer aus.



Peschmerge der DPK-Iran

Block betrachtet werden könnte. Doch die Interessen und Hegemoniestrategien der USA und Europas - und auch einzelner Länder innerhalb Europas sind gerade, auf den Mittleren Osten bezogen, alles andere als übereinstimmend.

Offensichtlich hat sich die USA nach Beendigung des zweiten Golfkrieges entschieden, die Türkei als "Tor nach Zentralasien" auszuwählen; gerade in den letzten sechs Monaten manifestiert sich diese Entscheidung in einer fast blinden Unterstützung der Türkei beim Kampf gegen kurdische Guerilla und Bevölkerung in ihrem eignen Land. Als ein weiteres Resultat von Golfkrise und -krieg können die USA enorme Wiederaufbaugewinne in Kuwait für sich verzeichnen, europäischen Firmen war es hier schwergefallen, ihren Teil vom Kuchen abzubekommen. Für Europa bot sich so der Iran - desolat wie er auch immer sein mochte - als Alternative zur USA-dominierten Türkei an.

Vor allen anderen hat die BRD schon seit einigen Jahren versucht, diese Alternative zu nutzen. Im Frühjahr 1991, als die Welt zwecks Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge und Sicherung des eigenen Einflusses im Irak in die Türkei eilte, verlegte sich der damalige Außenminister Genscher auf den Iran. Mit 300 Ausstellern war die BRD dann im Oktober 1991 der größte Aussteller auf der 17. internationalen Messe in Teheran. Die Kontakte, die Genscher schon fünf Jahre nach dem Schahsturz wieder aufgenommen hatte, wurden intensiviert. Die Höchstgrenze von Hermeskrediten in den Iran, die bis dahin 500 Mio. Dollar betragen hatte, wurde aufgehoben.

Die Einschätzungen der Rolle der BRD gehen bei der iranisch/kurdischen Opposition auseinander. Mustafa Hicri, nach dem Tode Sait Scharafkandis Vorsitzender der DPK-I, vermutete in einem Interview mit dem iz3w (vorhergegangene Nummer), die BRD werde sich nicht mit einem islamischen Regime einlassen. Ibrahim Alizade (KOMALA, s.o.) hingegen sieht die BRD als Partner für den Iran, der "einen zahlungskräftigen Partner braucht und von den USA nichts wissen will" geradezu prädestiniert.

Die Ermordung Scharafkandis gerade in der Bundesrepublik kann vor diesem Hintergrund mehr denn je als Tat der Fundamentalisten, die sowohl die kurdische Opposition als auch den Annäherungskurs Rafsandjanis an die BRD treffen wollten, verstanden werden. Umso interessanter stellt sich in diesem Zusammenhang die Haltung der deutschen Presse dar. Nur wenige kamen in ihrer Berichterstattung über das Niveau der Bild-Zeitung hinaus. Die prompte Erwähnung der PKK - für die es nicht den geringsten Grund gab - ließ die Kurden wieder als "barbarisches Volk, das sich gegenseitig umbringt" erscheinen. Eventuelle Verbindungen - direkte oder indirekte - mit der BRD wurden ausgeschlossen.

Die Diskussion über die deutsch-iranischen Beziehungen sollte aber, auch unabhängig von diesem aktuellen Ereignis verstärkt geführt werden. Sollte in dieser Analyse Rafsandjani als durchaus akzeptabler Reformer erschienen sein, so täuscht dieser Eindruck. Die iranische Bevölkerung hat momentan - um es mit den Worten eines kurdischen Guerillakommandanten zu sagen - "nur die Wahl zwischen dem Schlechten und dem Schlechteren."

**fb**

# In den Klauen der vier Tiger

## Vietnam im asiatischen Wirtschaftsraum

**Die Gründe für den Reformprozeß (Doi Moi) in Vietnam, die einzelnen Etappen der Umgestaltung der vietnamesischen Ökonomie zu einer Art sozialistischer Marktwirtschaft und die sozialen Folgen von Doi Moi waren die Themen unseres ersten Vietnamartikels im vorangegangenen Heft (Nr. 184). Der folgende Beitrag nimmt die Position Vietnams im asiatischen Wirtschaftsraum unter die Lupe. Die wesentliche These: Vietnams Öffnung nach Asien kommt einer Unterwerfung unter die Vormachtstellung der wirtschaftlich starken Länder der Region gleich.**

Mit dem Beitritt Vietnams (und Laos) zum "Vertrag zur Freundschaft und Zusammenarbeit" des "Verbandes der Staaten Südostasiens" ASEAN im Juli 1992 ist der Wechsel vom sozialistischen Lager ins kapitalistische Weltwirtschaftssystem auch formal vollzogen worden.

Der Vertrag war 1978 auf Bali zum Schutz gegen Vietnam während der Expansion nach Laos und Kambodscha geschlossen worden, wie die "Association of Southeast Asian Nations" (ASEAN - Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen und neuerdings auch Brunei) 1967 als Bollwerk gegen den Kommunismus in Asien gegründet worden war.

Der Annäherung hatte bisher die vietnamesische Besetzung Kambodschas entgegengestanden, die mit Vietnams Truppenabzug vom September 1989 und der Vereinbarung einer Friedensregelung durch die UNO vom Oktober 1991 von den Staaten in der Region als beendet betrachtet wird.

Das andere Hindernis waren 120.000 Flüchtlinge, die "boat people" in den Lagern der Nachbarstaaten, die von Vietnam jetzt zurückgenommen werden. [1]

Vietnams Öffnung inmitten einer Wachstumsregion läuft auf eine Unterwerfung hinaus - eine Unterwerfung unter Japans wirtschaftliche Vorherrschaft in der Region, unter die Expansion der "Neuen Tiger" Singapur, Hongkong, Taiwan und Süd-Korea und die aufstrebenden ASEAN Staaten, für die Vietnams Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und ein Absatzmarkt von 65 Mio. Menschen interessant sind. [2]

Vietnam paßt gut ins Konzept der regionalen Wirtschaftszone "ASEAN Free Trade Area" (AFTA), die zum 1.1.1993 in Kraft tritt, vergleichbar mit dem EG-Binnenmarkt oder dem Zusammenschluß der USA, Kanadas und Mexikos zur "North American Free Trade Area" (NAFTA). Das Land ist gut für arbeitsintensive Produktionen zu Billigstlöhnen und als "Flohmarkt" für den Absatz von Massenkonsumgütern geeignet. Die Rolle, die die Mittelmeerländer für die EG und Mexiko für die USA spielen, übernimmt Vietnam (und bald auch Kambodscha und Laos) für die ASEAN Staaten, besonders für Singapur, Malaysia und Thailand. [3]

Aber im Augenblick der Beendigung der Ost-West-Spannungen und der Entwicklung einer wirtschaftlichen Kooperation in der Region meldet die chinesische Regierung




Vietnam - offen für Getränke aus aller Welt

## Japans Langzeitstrategie

Die Wiederaufnahme der staatlichen japanischen Entwicklungshilfe für Vietnam seit April 1992, mit einer ersten Rate in Höhe von 30 Mio. US$, ist für Unternehmer das Startsignal, die ehrgeizigen Handels- und Investitionsprogramme für Vietnam, Laos und Kambodscha anlaufen zu lassen. Die Regierung in Hanoi hatte als letzte Barriere die Schulden Südvietnams aus der Zeit vor 1975 in Höhe von 157 Mio. US$ anerkannt.
Der Handel betrug 1991 bereits 709 Mio. US$, worin 4/5 des vietnamesischen Rohölexportes enthalten sind. Die Investitionen erreichten 1991 dagegen gerade 100 Mio. US$, 5 % aller japanischen Auslandsinvestitionen. Aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit der USA niedrig gehalten, jedoch in strategische Objekte von Immobilien, Infrastruktur und Forschungsprojekte investiert.
Alle japanischen Wirtschaftsuntersuchungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die spartanischen Jahre des Sozialismus in Vietnam vorüber sind und die Nachfrage von 65 Mio. Vietnamesen unendliche Absatzchancen für japanische Konsumgüter beschert. Außerdem sind vietnamesische Arbeiter gut ausgebildet, fleißig, nicht verwöhnt und billig. Und Vietnams zentrale Lage in der asiatischen Wachstumsregion hat auf japanische Unternehmer eine faszinierende Wirkung.
Unter den sechs Firmen, die sich um den Zuschlag für den Bau einer vietnamesischen Ölraffinerie bewerben, sind vier japanische Unternehmen. Im Juli 1992 haben Itoh & Co. und Mitsubishi Corp. den Zuschlag für offshore Ölbohrungen im Dai Hung (Großer Bär) Gebiet erhalten, in dem 1987 von VIETSOVPETRO Öl und Gas gefunden wurde.



**Der neue Exportschlager...**

den alten Führungsanspruch Chinas in Südostasien wieder an. China erhebt Gebietsansprüche auf das Spratly Archipel inmitten des Südchinesischen Meeres, und zwar wegen der Ölvorkommen. Das Archipel liegt von der chinesischen Insel Hainan doppelt so weit entfernt wie von Vietnam oder Malaysia, Brunei, den Philippinen und Taiwan, die alle Anspruch auf die Inselgruppe erheben. [4]

Auf der ASEAN Außenministerkonferenz im Juli 1992 in Manila traten daher die ökonomischen Kooperationsvorhaben zunächst wieder in den Hintergrund, zugunsten der alten Sicherheitsstrategie aus den Zeiten der Ost-West-Konfrontation. Die ASEAN Staaten sprachen sich einstimmig für die Präsenz von US-Streitkräften in der Region aus, die sich im Zuge der Ost- West-Entspannung in der asiatischen Region zunächst als überflüssig erwiesen hatte.

Aber die Fronten verlaufen heute anders als in den alten Zeiten. Der russische Außenminister Andrei Kosyrow bot den ASEAN Staaten eine militärische Zusammenarbeit an, um im asiatisch-pazifischen Raum kein "Vakuum zu schaffen, das ein anderer füllt." Moskau möchte die Stützpunkte in Vietnam, besonders den Marinestützpunkt Cam Ranh Bay, behalten. Im Einklang mit den ASEAN Staaten bevorzugt Vietnam jedoch jetzt eine Präsenz der USA. Daher konnte US- Außenminister James Baker den ASEAN Staaten trotz des Abzugs von US-Truppen von den Philippinen ein fröhliches "come back" präsentieren, Seite an Seite mit Rußland, dem Nachfolgestaat des langjährigen Rivalen in der Region: *"Unser Abzug von Clark und Subic Bay bedeutet, daß es keine dauernden US-Stützpunkte in Südostasien mehr geben wird. Aber diese Entwicklung hat nicht unser Interesse und unsere Verpflichtung für die Sicherheit der ASEAN verändert."* [5]

## Die Umstellung auf Privatwirtschaft und Auslandskapital

Die wirtschaftliche Schwäche der ehemaligen Sowjetunion, aber auch die politische Lockerung durch Perestroika, im Gegensatz zu Vietnams "Doi Moi" (Erneuerung), die sich in der Anfangsphase auf eine Liberalisierung der Wirtschaft beschränkte, haben zu einer Entfremdung zwischen den Bruderstaaten geführt. Mit der Einstellung der jährlichen Hilfe von 1 Mrd. US $ und der

## Hongkongs Immobiliengeschäfte

Handel mit Rohstoffen und Halbfertigwaren und Investitionen in Immobilien in Saigon mit hohen Steigerungsraten bestimmen das Verhältnis der Kronkolonie zu Vietnam. Anfänglich standen dem die 61.000 "boat people" in den Lagern Hongkongs im Wege, die jetzt durch die Abkommen vom Oktober 1991 und Februar 1992 mit EG-Mitteln in Höhe von 130 Mio. US$ repatriiert werden sollen, wenn nicht freiwillig, dann gewaltsam. Denn: "Wenn wir schließlich die Frage der Repatriierung der "boat people" gelöst haben, dann werden sich mit Sicherheit die Handelsperspektiven zwischen Hongkong und Vietnam mächtig verbessern", so der Chef der vietnamesischen Handelsvertretung Huynh Minh Hue in Hongkong.
Der Handel hat sich seit 1989 mehr als verdoppelt und betrug 1991 551 Mio. US$. In den ersten beiden Monaten 1992 stieg er nochmal um 47 %, wodurch Hongkong nach Singapur und Japan zum drittgrößten Handelspartner aufrückte. Der Handel ist äußerst lukrativ, denn 93 % aller Vietnamimporte werden wieder reexportiert!
Obwohl der vietnamesische Staat, auch nach der neuen Verfassung vom April 1992, am Bodenmonopol festhält, setzen Hongkongs Geschäftsleute auf Immobilien, wie Hotels, Nobelsiedlungen und sogar ein Kasino, fast ausschließlich in Südvietnam. Viele Investitionen, Ende 1991 in Höhe von 515 Mio. US$ für 103 Projekte, werden von den "Hoa" getätigt, den ab 1978 ausgewiesenen und geflüchteten chinesischstämmigen Vietnamesen. Aber es sind auch viele "falsche ausländische Teufel" im Geschäft, das sind zu Strohmännern aufgebaute Verwandte von Saigoner Clans in Hongkong, die Subventionen und Vergünstigungen für Investitionen in Hongkong und Vietnam kassieren. Angeheizt wird das Geschäft durch intensive Werbung. So wurde im August 1992 mit Star-TV aus Hongkong vertraglich geregelt, daß in Vietnam täglich 24 Stunden kostenlos Kung Fu Unterhaltung ausgestrahlt wird, unter der Bedingung, daß darin Werbespots für Produkte aus Hongkong gesendet werden können.

Umstellung des Handels auf Weltmarktpreise und Devisenkurs seit dem 1. Januar 1991 ist der Warenaustausch 1991 rapide geschrumpft. Trotzdem und deswegen stand Vietnam in Moskau 1991 mit 1,9 Mrd. US $ für gelieferte Produkte, wie Ölerzeugnisse, Kunstdünger, Stahl und Baumwolle, in der Kreide, aber mit 700 Mio. US $ bereits im kapitalistischen Westen. Der Bedarf an Devisen ist unermeßlich. Ende 1991 reichten die knappen Devisen von 100 Mio. US $ gerade für die Importe für drei Wochen. [6]

Daß die Wirtschaft 1991 nicht ganz zusammengebrochen ist und die Ablösung von der ehemaligen Sowjetunion so glimpflich verlief, ist auf die Umstellung auf privatwirtschaftliche Initiative und privates Unternehmertum zurückzuführen, das 1991 40 % der industriellen Produktion und fast 70 % des Handels bestritt. Reis, noch vor der Liberalisierung importiert, wurde zum Exportschlager. Er stammte zu 90 % aus privatem Anbau.

Ohne soziale Abfederung schlug die Einführung des Marktmechanismus jedoch verheerend auf die Bevölkerung durch, vor allem auf Lohnabhängige und Arbeitslose. (Hierzu ausführlich der Vietnam-Artikel in Heft 184).

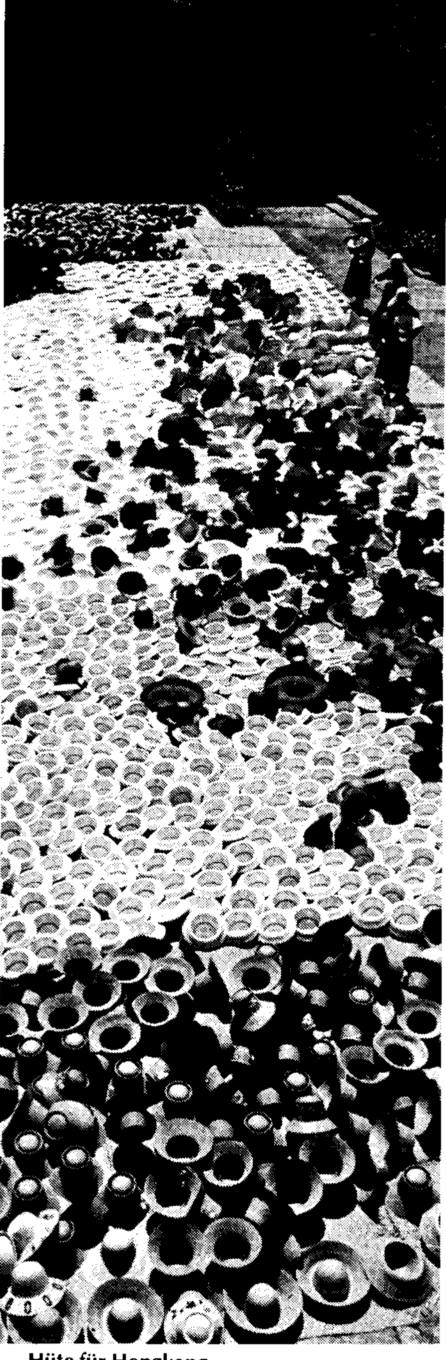
Die Investitionen aus dem Ausland haben kaum eine Veränderung bewirkt. Taiwan, Hongkong und Frankreich brachten bis Ende 1991 das meiste Kapital für Investitionen ins Land, gefolgt von Australien und Rußland, insgesamt 1,2 Mrd. US $. Bis Ende des ersten Quartals 1992 waren insgesamt 2,8 Mrd. US $ für 397 Projekte bewilligt worden. Durch neue Anträge wird bis Ende 1992 ein Niveau in Höhe von 8,5 Mrd. US $ erwartet. Von diesen Beträgen gehen jedoch 26% in den Bereich Hotels und Tourismus, 25 % in Agrarunternehmen und 24 % in die Ölförderung. Nur 12 % werden für industrielle Verarbeitung und Fertigung aufgewandt. Mit der Einführung liberaler Investitionsgesetze, die auch Joint Ventures mit privaten vietnamesischen Firmen gestatten, strömt vor allem Kapital von chinesischen Investoren aus Taiwan und Hongkong ins Land, die in Vietnam eine Alternative zu Hongkong sehen, das 1997 an China zurückfällt. Viele Länder zögern noch aus Rücksicht auf das US Embargo gegen Vietnam oder aus Angst vor einer Verstaatlichung, wenn die Wirtschaftsschwäche überwunden ist und die Parteiführung den verlängerten Übergang zum Sozialismus für beendet erklären sollte. [7]

## Die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung

Produzieren für den Export und Exportieren für harte Währung heißt die neue Devise. Seitdem im Mai 1991 alle Quoten für den Export, die Preisstruktur und der Wechselkurs freigegeben wurden, nahm der Export bis Ende 1991 gegenüber 1990 um 38 % auf 1,6 Mrd. US $ zu. Die Importe sanken in derselben Zeit aus Devisenmangel um 27 % auf 2,1 Mrd. US $. Rohöl machte 1991 ein Drittel des Exportes aus, bei einer um 50 % gesteigerten Förderung auf 3,9 Mio. t, zu vier Fünftel nach Japan exportiert. Dem folgte 1 Mio. t Reis für 150 Mio. US $, ein Rückgang gegenüber den beiden Vorjahren um ein Drittel der Menge und um 50 % an Devisen durch Preisverfall, wodurch Vietnam nach den USA, Thailand und Pakistan an vierter Stelle der Weltrangliste von Reisexporteuren stand. Kohle, Fisch, Holz, Kaffee, Tee, einige Textilwaren und kunstgewerbliche Produkte, die früher in die Sowjetunion und nach Osteuropa geliefert wurden, finden jetzt hauptsächlich durch die Handelsschleuse von Singapur ihren Weg in den Weltmarkt. Die drei Haupthandelspartner Singapur, Japan und Hongkong steigerten im ersten Quartal 1992 ihren Umsatz mit Vietnam um weitere 25 % auf 425 Mio. US$ gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. [8]

Die Rolle, die Vietnam in der Arbeitsteilung der asiatischen Region spielen soll, wird in den Etagen der Konzerne in Singapur, Hongkong und Tokio bestimmt: das Land hat gutausgebildete und sehr billige Arbeitskräfte, es liegt im Zentrum einer Wachstumsregion, und 65 Mio. Menschen, durch lange Befreiungskriege und rigorosen Sozialismus auf Entbehrung eingestellt, aber des Konsumverzichts überdrüssig, bilden einen ungeahnten Markt für den Absatz von Konsumgütern.

Lohnkostenintensive Produktion von Bekleidung und Elektronik wird bereits aus den "Schwellenländern" der Region, auch "Newly Industrialized Countries" (NIC) genannt, nach Vietnam verlagert. Die Regierung hat im Mai 1992 dem Druck ausländischer Unternehmer nachgegeben und die Minimallöhne für Facharbeiter von 50 US $ auf 35-20 US $ monatlich gesenkt, je nach Standort des Unternehmens. Sie beklagten



**....Hüte für Hongkong**

### Die Handelsschleuse Singapur

Im Jahre 1991 erreichte der Handel mit Singapur 900 Mio. US$, andere Quellen geben sogar über 1 Mrd. US$ an. 27 % des gesamten vietnamesischen Außenhandels lief über Singapur. 50 % aller Ausfuhren aus Vietnam, Kambodscha und Laos wurden über Singapur abgewickelt. Damit stand Singapur als der bisher größte Gegner und schärfste Kritiker Vietnams unter den ASEAN Staaten im Vietnamgeschäft an erster Stelle. Dafür waren 1990 das Handels- und Investitionsembargo aufgehoben und Botschafter ausgetauscht worden. Im Vergleich dazu fielen die Investitionen bescheiden aus: Für die Herstellung von Bier, Zigaretten, Verpackungen, Druckereierzeugnissen, Fischprodukten, Textilien, aber auch für Wirtschaftsuntersuchungen wurden im Jahr 1990 48,46 Mio. US$ ausgegeben. Aber es kam zu etlichen Wirtschaftsabkommen, die Singapurs Vorsprung in Wirtschaftsbeziehungen zu Vietnam sichern. Z.B. können Singapurs Speditionen selbst in Vietnams Häfen operieren und Frachtgeschäfte im Lande abschließen. Die Umkehrung der Beziehungen geht soweit, daß Premier Vo van Kiet seinem Kollegen Lee Kuan Yew die schmeichelhafte Rolle eines Wirtschaftsberaters für Vietnam angeboten hat. Lee Kuan Yew ließ daher bei seinem Besuch in Vietnam im April 1992 keine Gelegenheit aus, sich als Lehrmeister in Sachen nachgeholter Entwicklung aufzuspielen und Vietnams Misere als Legitimation für Singapurs Wirtschaftskurs zu nutzen.



"Des Konsumverzichts überdrüssig".

Wettbewerbsnachteile, weil ihr Minimallohn über dem von einheimischen Betrieben lag, die in den seltensten Fällen ihre Minimallöhne einhalten und miserabel zahlen. Damit liegen die Löhne in Vietnam um ein Drittel bis um die Hälfte niedriger als in den südchinesischen Provinzen Guangxi und Guangdong. [9]

In Saigon wurde bereits 1989 ein Interessenverband von privaten Unternehmern gegründet. Die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften gilt jedoch unverändert als subversiv. Kritiker, auch innerhalb der Partei, fordern, daß die Fixierung auf Besitzstrukturen und Machtmonopole als Gütezeichen von Sozialismus aufgegeben wird und stattdessen demokratische Freiräume für die Bevölkerung eröffnet werden, um ein Gegengewicht zum vordringenden Kapitalismus zu schaffen. So schrieb der greise Parteifunktionär Nguyen Khac Vien vor dem VII. Parteitag im Juni 1991 in einem offenen Brief an die Parteileitung: *"Von dem Augenblick an, da die Marktwirtschaft regiert, wird Profit König und von Menschlichkeit keine Rede mehr sein...das Volk muß sich in einer demokratischen Front zusammenschließen, als Gegengewicht und zur Verteidigung von...sozialer Gerechtigkeit, um angemessene Bezahlung der Arbeiter zu garantieren, große soziale Ungleichheiten zu vermeiden, Erziehung und Gesundheit zu sichern und die Kultur zu verteidigen."* [10]

**Heinz Kotte**

**Anmerkungen:**

1) In Malaysia: 12.500, Thailand: 13.000, Indonesien: 20.000, Hongkong: 61.000, nicht gerechnet die Transitflüchtlinge auf den Philippinen u.a. Ländern der Region. Vgl. Auswertung des 1991-Reports der "Asian Development Bank", in: Bangkok Post (BP), Bangkok, 20.4.92

2) In den ASEAN Staaten betrug das Durchschnittswachstum 1991 6 %, i.e. Malaysia 8,6 %; Thailand 7,5 %; Indonesien 6,4 %; Philippinen -1 %. Das Wirtschaftswachstum Vietnams wird 1991 mit 2,4 % angegeben, darin enthalten ein Industriewachstum von 5,3 %. Vgl. BP, 1.11.91

3) Die AFTA-Region umfaßt 325 Mio. Einwohner und verfügte 1991 über ein Handelsvolumen von 300 Mrd. US$. Auf dem Gipfeltreffen der ASEAN Staaten im Januar 1992 wurden zum 1.1.1993 Vorzugszölle für 15 Warengruppen und eine Reduzierung von Zöllen auf 50 % für alle Warengruppen in den kommenden 15 Jahren bis 2008 beschlossen. Vgl. Asia Week (AW), Hongkong, 28.8.92, S. 19 f

4) Bei einem chinesischen See- und Luftangriff im März 1988, in dem 72 Vietnamesen getötet wurden, sind sechs Inseln besetzt worden, auf die Vietnam Anspruch erhebt. China hält seitdem 10 Inseln besetzt, Vietnam noch 21, die Philippinen 8, Malaysia 3, Taiwan 1; auch Brunei und sogar Indonesien erheben Anspruch auf das Archipel. Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 13.8.92, S. 14-17

5) Zitiert nach: Süddeutsche Zeitung, München, 23.7.92; FEER, 6.8.92, S. 8-9

6) Mitte 1992 hat Rußland eine gewisse Fortsetzung der wirtschaftlichen, finanziellen und wissenschaftlich-technischen Kooperation zugesichert, wie die Fertigstellung des Wasserkraftwerkes Hoa Binh in Nordvietnam, Entwicklungskredite, eine Verkaufsmesse in Ostrußland u.a.. Vgl. zu den Daten FEER, 14.5.92, S. 56-58; Handelsblatt (HB), Köln, 12.6.92

7) FEER, 14.5.92, S. 56-58; HB, 12.6.92

8) FEER, 14.5.92, S. 56-58; BT, 12.6.92; SOAA, Juli 92, S. 344-366

9) SOAA, Mai 92, S. 258-273

10) "Südostasien Informationen" (SOAI), Bochum, Nr.2, (Juni) 91, S. 15 f

## Taiwans Investitionsboom

Obwohl Taiwan keine diplomatischen Beziehungen zu Vietnam unterhält, steht Taiwans Handel ganz vorn und die Investitionen an erster Stelle, vermittelt vom taiwanesischen "Rat zur Entwicklung des Außenhandels" in Saigon. Und obwohl China Airlines Vietnam nicht anfliegen, reisten 1991 monatlich 6000 Taiwanesen nach Vietnam. Der Handel betrug 1990 bereits 237 Mio. US$ und wird für 1992 mit über 300 Mio. US$ angesetzt. Ende Juni 1992 hatten 500 taiwanesische Firmen und Joint Ventures 743 Mio. US$ aus Taiwan investiert und produzierten Textil und Bekleidung, Schuhwaren und elektrische Geräte oder verarbeiteten Nahrungsmittel.

Einige Unternehmen haben sich auf Immobilien verlegt, wie die "Frank International Investment Corp. of Taiwan", die mit drei vietnamesischen Teilhabern im Saigoner Vorort Thu Duc für 70 Mio. US$ 100 Bungalows, 50 Villen, Tennisplätze und einen 18-Loch Golfplatz für Wirtschaftsmanager und Diplomaten baut. Da die Anlage mitten in einem 525 ha großen und mit viel Mühe wiederaufgeforsteten Naturschutzgebiet gebaut werden soll, haben vietnamesische Umweltschützer Protest angemeldet.

Firmen aus Taiwan sind auch an der Finanzierung von Wirtschaftssonderzonen beteiligt, Enklaven in Saigon, Da Nang, Haiphong und auf der Insel Phu Quoc, in denen ausländische Unternehmen unter günstigen Bedingungen ausschließlich für den Export produzieren. An der 300 ha großen Exportzone von Tan Thuan bei Saigon sind zwei taiwanesische Firmen zu 60 % beteiligt.

Die Cathay Investment & Trust und Taipe Business Bank bereiten Niederlassungen in Vietnam vor, und der International Corporation und Development Fund, Taiwans staatliche Entwicklungsbehörde, hält die ersten 15 Mio. US$ Kredite für die Ausstattung mittlerer Unternehmen mit taiwanesischen Maschinen bereit. Die staatlich verfügte Zurückhaltung im Kapitalgeschäft geschieht aus Rücksicht auf "harmonische Beziehungen" zu den USA, denn Präsident Bush hat erst Mitte 1992 im Wahlkampf texanischen Rüstungsfirmen die Lieferung von F-16 Jagdbombern im Wert von 6 Mrd. US$ an Taiwan versprochen, worauf französische Firmen mit dem Verkauf von 60 Mirage-2000 Flugzeugen im Wert von 2,6 Mrd. US$ nachzogen. Das sind Geschäfte, die das Auftrumpfen Chinas in Südostasien fördern und die neue Allianz Chinas mit den alten und neuen Gegnern der USA und des Westens im Nahen Osten beflügeln.

# Vom Wohlstand und Mißstand der Nationen

## Interview mit Elmar Altvater

**Spätestens seit Ulrich Menzel vor gut einem Jahr in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau seine Idee einer Treuhandschaft der OECD-Staaten über die Länder der 'Dritten Welt' einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt hat, ist offensichtlich, daß nicht nur die Soli-Bewegung, sondern auch ein immer größerer Teil der Entwicklungstheoretiker der Orientierungslosigkeit anheimfällt.**
**Eine der wenigen Ausnahmen in diesem Trauerspiel ist der Berliner Polit-Ökonom Elmar Altvater, der mit seinen letzten Publikationen gezeigt hat, daß man sich nicht zwangsläufig der normativen Kraft des Faktischen beugen muß, nur weil es in den letzten Jahren noch schwieriger geworden ist, kapitalismuskritische Positionen aufrecht zu erhalten.**

**Die Auflösung der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft, die beschleunigten Differenzierungsprozesse in den Ländern der 'Dritten Welt' sowie die 'verlorene Dekade' der achtziger Jahre haben scheinbar den Wissenschaftsbetrieb verunsichert. Die Fraktion jener, die keine Alternative zum Bestehenden sehen und deshalb lieber mitmachen, anstatt um eine kritische Position zu kämpfen, jedenfalls wächst. Gibt es eine Krise der Entwicklungstheorie?**

**Altvater:** Ja natürlich gibt es eine Krise in der Entwicklungstheorie. Einige haben diese Krise soweit vorwärtsgetrieben, daß sie überhaupt jede Entwicklungstheorie aufgegeben haben - wie etwa in deutschen Landen Senghaas oder Menzel - aber auch in anderen Ländern ist dies nicht viel anders.

Das Problem besteht heute darin, daß die Ordnung, die etwa Präsident Bush der Welt versprochen hat, immer auch zugleich eine Drohung der Chaotisierung einiger Teile der Welt darstellt. Man kann in der Welt von heute, die eine kapitalistische ist, nicht gleichzeitig überall Ordnung, Wohlstand, Industrialisierung, Modernisierung und all diese anderen schönen Vokabeln, die die entwicklungstheoretischen Paradigmata bestimmt haben, realisieren. Der Wohlstand, die Modernisierung hier ist immer verbunden mit einer Entmodernisierung, einer Deindustrialisierung, auch einem Rückschritt - sozial, politisch, kulturell, ja, man kann sogar sagen menschlich - woanders in der Welt. Diese Zuspitzung, die wir in den vergangenen 40, 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht erlebt haben, diese Zuspitzung wird die nächsten Dekaden kennzeichnen.

Dafür gibt es bislang kaum theoretische Ansätze, man muß sie entwickeln; man kann nicht sagen, die Theorien sind gescheitert und die Schlußfolgerung ziehen: "Macht es so, wie wir es gemacht haben, dann wird es Euch auch einmal so gehen, wie den Europäern." 'Lernt von Europa' als Stichwort. Das geht natürlich überhaupt nicht. Aber um zu zeigen, warum es nicht geht, muß man gerade theoretische Anstrengungen unternehmen, damit man wieder politische Konzepte entwickeln und dann auch praktisch sinnvoll tätig werden kann.

**Also muß der Rekurs auf demokratische Werte, Menschenrechte und die historischen Verdienste der Zivilgesellschaft, wie er zur Zeit von einigen Vertretern der entwicklungstheoretischen Community betrieben wird, eher als ein Diskurs der Hilflosigkeit betrachtet werden, weil die großen Konzepte fehlen?**

**Altvater:** Ja, es ist ein Diskurs der Hilflosigkeit und gleichzeitig einer der Lüge und des Selbstbetrugs. Denn es ist nicht möglich, die Zivilisierung - der Traum, den man meint hier in Europa und vielleicht auch in den USA, obwohl ich da recht skeptisch bin, nach '89 verwirklicht zu haben - jetzt auch überall sonst in der Welt Wirklichkeit und Wahrheit werden lassen. Das ist ein Selbstbetrug, der auch nur deshalb zustande kommt, weil die guten Leute, die diese These vertreten, nicht die Anstrengung der Begriffsbildung unternommen haben. Begriffe bilden heißt auch begreifen lernen, und begreifen ist doch etwas sehr praktisches.

Ich glaube, daß diese Diskurse der Zivilisierung des Kapitalismus sehr, sehr kurz greifen. Denn die Zivilisierung ist immer auch verbunden mit einer Entzivilisierung des Kapitalismus. Dies erleben wir nicht nur in den Ländern der sog. Dritten Welt, oder in den Ländern des realen Sozialismus, wo sich am Ende des Sozialismus eine entsozialisierte Gesellschaft herausgebildet hat, eine Art Mafia-Kapitalismus, der alles andere als zivilgesellschaftlich ist. Solche Tendenzen erleben wir auch in den hochentwickelten Ländern Europas und Amerikas. Kapital heißt natürlich auch Fortschritt, Innovation, Wohlstand; aber es heißt auch Gleichgültigkeit gegenüber der Natur, Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen.

Es ist egal, ob man Müll verschiebt, Drogen verkauft und damit ganze Gesellschaften unterminiert, oder mit Menschen handelt oder Waffen verschiebt, mit denen dann überall in der Welt fürchterliche Kriege ausgefochten werden, und man wäscht die Hände in Unschuld. Das ist egal, und deshalb ist dieser Kapitalismus kein ziviler. Er hat zivile Seiten, das sei unbestritten, aber er hat auch diese entzivilisierenden Tendenzen, und die darf man nicht unter den Tisch fallen lassen, sonst belügt man sich selbst und die anderen.

**Ihr neues Buch, das trägt den Titel 'Der Preis des Wohlstands' und wird Ende September diese Jahres erscheinen. Verglichen mit dem programmatischen Titel ihrer letzten Veröffentlichung - 'Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus' - läßt 'Der Preis des Wohlstands' wenig Schlüsse auf den Inhalt zu. Können Sie kurz skizzieren, worum es in Ihrem neuen Buch geht und aus welchen Beweggründen heraus Sie es verfaßt haben?**

**Altvater:** Also der Titel ist nicht von mir, den hat der Verlag - ich würde fast sagen - verbrochen. Ich wollte das Buch 'Vom Wohlstand und Mißstand der Nationen' nennen

und zeigen, daß die Kehrseite des Wohlstands der Mißstand ist, genauso wie der Reichtum die Kehrseite der Armut ist. In allen armen Ländern gibt es auch reiche Klassen und in den reichen Ländern gibt es fürchterlich arme, da muß man nur die jüngsten Unruhen in Los Angeles Revue passieren lassen oder einen Spaziergang durch Manhatten in New York machen. Das Buch ist der Versuch, die Debatte, die im Vorfeld und im Verlauf der Nachbereitung der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung geführt wurde - theoretisch aufzubereiten und Fragen des Zusammenhangs von Umwelt und Entwicklung so zu stellen, daß man auch zu neuen Kategorien gelangt. Denn die ökologische Dimension ist heutzutage nicht mehr aus der Theoriebildung auszuschließen, es sei denn um den Preis, daß man nichts mehr in dieser Welt begreift.

Vieles, was wir als Migrationsprobleme, als Armut heute diskutieren, oder die Urbanisierungsprozesse in der Dritten Welt, die Bevölkerungsexplosion, die immer wieder erwähnt wird, ist ein ökologisches Problem, ist nicht nur ein soziales Problem. Man muß Begriffe bilden, die dieser sozialökologischen Realität Rechnung tragen. Diese Begriffe müssen zwei Sachverhalte abbilden: Zum einen, daß Umwelt sich als gesellschaftliches Naturverhältnis konstituiert; zum anderen, daß Gesellschaft, Entwicklung, Industrialisierung, Wachstum, Ökonomie usw. immer auch eine ökologische Dimension haben, die man viel zu lange vernachlässigt hat.

Dieses Zusammenbringen, das ist die eigentliche theoretische Aufgabe heute und das Anliegen dieses Buches. Das Buch endet - so kann man es vielleicht etwas hochgestochen sagen - mit einem Appell in Richtung einer 'solaren Revolution'. Weil nach allem Hin und Her und allen theoretischen und auch empirischen Analysen dessen, was heute in der Welt passiert, nur eine Schlußfolgerung bleibt: Entwicklung der Menschheit, sowohl hier in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern und den Ländern des ehemaligen Sozialismus, ist nur möglich, wenn sich die Menschheit auf eine andere energetische Basis stellt. (D.h. Formen ökonomischer und sozialer Organisation entwickelt, die es ihr ermöglichen, sich über weniger Energieumsatz zu reproduzieren, die Red.) Dies geht freilich nicht, indem man in der Wüste, der Sahara, Solarzellenanlagen aufbaut, dann den Strom massenhaft nach Europa exportiert und ansonsten so weiter macht wie bisher. Um die energetische Basis einer Gesellschaft zu verändern, muß man auch die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, das geht nicht anders. Die Industrialisierung war eine solche Veränderung, weil sie sich auf die fossilen Energieträger stützen konnte, was vorher nicht der Fall war. Dadurch hat sich die gesamte Gesellschaft in zweihundert, dreihundert Jahren total umgewälzt. Nur fürchte ich, daß für eine solare Umstellung der Gesellschaft nicht so viel Zeit bleibt.

**In 'Der Preis des Wohlstands' setzen Sie der zunehmenden Fragmentierung innerhalb der Entwicklungstheorie die Notwendigkeit einer globalen Theorie entgegen. Auf welchen ideengeschichtlichen Grundlagen muß eine solche globale Theorie beruhen, und welches Erkenntnisinteresse liegt ihr zugrunde?**

**Altvater:** Das Erkenntnisinteresse ist Emanzipation - ein Begriff, der ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Emanzipation bedeutet einen Gewinn an Freiräumen für die Gestaltung der Zukunft, für die Gestaltung des menschlichen Lebens gegenüber den ökonomischen und anderen Zwängen. Diese Emanzipation kann aber nicht - und das ist etwas, was wir neu konzipieren und denken müssen - als zusätzliche Naturbeherrschung begriffen werden. Nein, es muß eine Anpassung, eine, wie es Ivan Illich schon in den 70er Jahren genannt hatte, eine 'Konvivialität', eine gleichwertige Form des Zusammenlebens der Menschen mit der belebten wie der unbelebten Natur, gefunden werden. Nur so kann überhaupt Emanzipation begründet werden.

Auf welche theoretischen Stränge in der Geschichte sich das stützt, ist sehr schwer zu sagen. Ich glaube, daß man heute theoretisch nur produktiv sein kann, wenn man zunächst einmal eklektisch ist, d.h., wenn man aus den verschiedensten theoretischen Ansätzen 'Versatzstücke' heraussucht und sie neu komponiert. Es geht nicht mehr, daß man z.B. sagt, ich beziehe mich auf Friedrich List, der ist wichtig für Entwicklungstheorie. Es geht auch nicht, daß man sagt, ich bin Marxist, ich beziehe mich auf Marx.

Es muß vielmehr darum gehen, moderne Theorien kritisch-reflexiv aufeinander zu beziehen und dann neue Begriffe zu bilden. Nicht auf diese oder jene Linie theoretischer Art sich zu stützen, kann heute die Aufgabe sein, sondern man muß wirklich - das hat zwar einen negativen Beigeschmack, aber ich sage es trotzdem - eklektisch vorgehen. Diese Art von Eklektizismus kann aber immer nur ein Durchgangsstadium sein und muß darin resultieren, daß neue theoretische Konzepte entwickelt werden, die dann auch in sich selbst wieder stimmig sind und damit natürlich auch wieder den Eklektizismus verlieren.

**Eklektizismus hin - neue theoretische Konzepte her. Trotz alledem war im Vorfeld des WWG in München immer wieder zu hören, daß allein von der Öffnung der OECD-Märkte für Waren der Dritten Welt entscheidende Entwicklungsimpulse zu erwarten seien. Ist es also doch das klassische Konzept der 'invisible hand', das den Wohlstand der Nationen mehrt?**

**Altvater:** Zum Teil sicherlich, aber die Strukturen des Weltmarktes sind so, daß dieses Resultat mit Sicherheit nicht herauskommen wird. Ich bezweifle, daß die OECD-Welt wirklich den Protektionismus gegenüber der Dritten Welt aufgeben wird - das wäre tatsächlich ein Paradigmenwechsel. Das große Problem besteht in etwas anderem als in diesem Angebot. Die 'invisible hand' des Marktes, die stellen wir uns immer auf dem Warenmarkt vor. Da wirkt sie und hat vielleicht ihre positiven Seiten.

Aber 'Markt' bedeutet auch Geldmarkt, Kapitalmarkt. Da sind die Beziehungen ganz andere als invisible. Erstens sind es dort große Institutionen, die mit gewaltigen Summen operieren. Wenn es nicht möglich ist, daß Schuldner sich auch entschulden können und in eine Falle geraten, haben wir die Abhängigkeit, die wir seit dem Ausbruch der Schuldenkrise sehen. Und der zweite Markt, auf dem die 'invisible hand' gerade bei denjenigen, die am meisten diese Ideologie vertreten, gar nicht wirksam wird, ist der Arbeitsmarkt. Nach dem Motto: Wir sind für die Freiheit des Handels und des Wandels, wir sind aber gegen die Freiheit der Arbeitskräftemigration. Da müßte man auch dieses Problem dem freien Markt überlassen. Dann hätten wir tatsächlich offene Grenzen für alle. Da sind aber diejenigen, die immer marktliberal von der Freiheit des Handels reden, die härtesten Protektionisten.

Ich bin gegen die Theorie von der 'invisible hand'. Man muß sehen, daß Märkte ihre positive Funktion in bestimmten Grenzen haben. Aber man muß gleichzeitig immer sagen, ohne Regulation, ohne politischen Eingriff, ohne soziale Bewegungen läßt sich eine Entwicklung in kapitalistischen Marktwirtschaften nicht positiv gestalten.

**Das Interview führte**
**Frank Sträter**

# Teurer, süßer, bunter...

## Die Neuregelung des EG-Bananenmarktes

**So preiswert wie in der Bundesrepublik können Bananen sonst nirgends in der Europäischen Gemeinschaft erstanden werden. Ein Grund für das niedrige Preisniveau von Bananen in der BRD (im Durchschnitt sind Bananen in den anderen EG-Staaten etwa doppelt so teuer) ist das Privileg Deutschlands, Bananen unbegrenzt und ohne Zollaufschlag importieren zu dürfen. Bis zum 1. Januar 1993 müssen aber die unterschiedlichen Bestimmungen in den EG-Mitgliedstaaten für die Einfuhr von Bananen vereinheitlicht werden, da an diesem Datum der gemeinsame Binnenmarkt etabliert werden soll. Die wahrscheinlichen Folgen für die Anbauländer und die BananenproduzentInnen und die Regelungen, die eigentlich zu treffen wären, werden im folgenden Beitrag diskutiert.**




Bisher gliedert sich der EG-Bananenmarkt in vier Gruppen. Erstens in Länder mit unbeschränkter Einfuhr und ohne Importzoll. Diese Regelung gilt nur für die Bundesrepublik. Konrad Adenauer hatte dieses Bonbon für Westdeutschland als Nicht-Kolonialland 1957 ausgehandelt. Zweitens in Länder mit unbeschränkter Einfuhr, die auf Bananen aus Lateinamerika (sogenannte Dollar-Bananen) einen Importzoll von zwanzig Prozent erheben. Diese Abmachung wurde in den Verträgen von Lomé IV ausgehandelt und gilt für die Benelux-Staaten, Irland und Dänemark. Drittens in Länder, die einerseits Bananenimporte aus den mit der EG assoziierten Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) bevorzugt behandeln und andererseits die Einfuhr von Dollar-Bananen mengenmäßig festgelegt haben (sogenannte Importkontingente). Die betreffenden Länder (Großbritannien, Frankreich und Italien) gewähren aufgrund der Lomé-Zusatzabkommen bevorzugte Lieferbedingungen, kostendeckende Preise und eine zollfreie Einfuhr. Und viertens in Länder mit eigener Produktion. Griechenland (auf Kreta), Spanien (auf den Kanarischen Inseln), Portugal (auf Madeira und den Azoren) und Frankreich (in den französischen Überseegebieten). Die Einfuhr aus Drittstaaten in diese Länder ist mengenmäßig beschränkt.

Am 31. Juli 1992 hat die EG-Kommission einen Vorschlag für eine 'Gemeinsame Marktorganisation' für den Bananenhandel vorgelegt. Im Herbst 1992 wird der EG-Ministerrat über diesen Vorschlag beraten und beschließen. Der Kommissionsvorschlag enthält zwei Bestimmungen, die den Bananenhandel neu regeln sollen. Erstens soll auf Bananeneinfuhren aus Mittel- und Südamerika (sogenannte Nicht-Präferenzländer) zwanzig Prozent Zoll erhoben werden (ist nur eine für die BRD neue Regelung), bei gleichzeitig mengenmäßiger Beschränkung dieser Einfuhren. Zweitens soll es Ländern erst dann möglich sein, Dollar-Bananen zu importieren, wenn sie eine Mindestmenge von AKP- und EG-Bananen im eigenen Land anbieten.

Die Neuregulierung des EG-Bananenmarktes hat auch die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung auf den Plan gerufen. Ihre VertreterInnen wehren sich vor allem gegen Überlegungen, den Bananenhandel zu liberalisieren (was vor allem die bundesdeutsche Regierung fordert). Eine Weltbankstudie aus dem Jahr 1990 hatte bei einer Aufhebung der mengenmäßigen Importbeschränkungen aus den Staaten Mittel- und Südamerikas einen Rückgang der Exporte aus AKP-Staaten um etwa fünfzig Prozent errechnet, da deren Produktion nicht konkurrenzfähig sei. Eine ähnlich gelagerte Studie der Welternährungsorganisation (FAO) prognostiziert bei einer Liberalisierung des EG-Bananenmarktes eine noch schlechtere Situation für die Produzenten der AKP-Länder.

Diesen Verdrängungswettbewerb will die Dritte-Welt-Bewegung verhindern. Und falls dies nicht möglich ist, so sollten zumindest Fonds geschaffen werden, die den Bananenpflanzern in den Anbauländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik Mittel zur Verfügung stellen, um sich auf 'konkurrenzfähige' Produkte umzuorientieren bzw. um für den internen Markt produzieren zu können. Ähnlich lautende Vorschläge unterbreitete die EG-Kommission in ihrem Konzeptvorschlag vom 31.7.92. Der sieht die Einrichtung eines 'Beihilfefonds zur Entwicklung und Diversifizierung' genauso vor wie 'Strukturhilfen und eventuell Kompensationen für Einkommensverluste'.

Diese Vorschläge der EG-Kommission

haben dazu geführt, daß der Teil der Solidaritätsbewegung, der sich mit dem Bananenhandel beschäftigt (Liberación, AG Nica-Bananen) die Kontingentierung (mengenmäßige Begrenzung) für Bananen aus Lateinamerika und die Mindestabnahmeforderung für Bananen aus AKP-Staaten der EG-Kommission mitträgt.

Das Motiv der Solidaritätsbewegung ist die Annahme (oder Tatsache), daß die ProduzentInnen in der Karibik "in kleinen Familienbetrieben meist dauerbeschäftigt sind und den Europäern vergleichbare Löhne sowie Sozialleistungen erhalten" bzw. daß den AKP-Staaten "kostendeckende Preise" (im Zusatzabkommen zu Lomé IV) zugestanden werden.

Doch Vorsicht ist geboten bei diesen Vorschlägen. Zwar ist der Handel mit Dollar-Bananen zu 65% in den Händen dreier großer Konzerne (United Brands Co. (29%), Standard Fruit (21%) und Del Monte (15%)). Ein eingeschränkter Absatz von Dollar-Bananen in der Europäischen Gemeinschaft (aufgrund einer Ausweitung von AKP- und EG-Bananen durch eine garantierte Importmenge) wird neben Arbeitsplätzen bei den Großkonzernen auch zahlreiche kleinere, unabhängige Produktionseinheiten in Mittel- und Südamerika gefährden. Denn in den achtziger Jahren hatten sich die Bananenmultis verstärkt aus der Produktion zurückgezogen und sich auf die Vermarktung konzentriert.

Schon seit längerem sind unabhängige ProduzentInnen in Mittel- und Südamerika bestrebt, vorbei an den Multis ihre Bananen an die VerbraucherInnen zu bringen. Ihre Verhandlungsposition gegenüber den Konzernen verstärkte sich seit 1990 dadurch, daß im Zuge der Öffnung der osteuropäischen Staaten das Vermarktungsmonopol der Bananenmultis in einigen lateinamerikanischen Ländern von europäischen Fruchthandelsfirmen in Frage gestellt wurde. Bekanntestes Beispiel ist die Firma Fyffes mit Sitz in Irland, die 1990 begann, in Honduras Bananen von unabhängigen Produzenten zu einem fünfzig Prozent höheren Preis aufzukaufen. Sie ist gleichzeitig bereit, die für die Verbesserung der Infrastruktur nötigen Kredite zu gewähren. Fyffes will auf diese Weise an neue ProduzentInnen herankommen, da die Firma ihren Markt (bisher Irland und Großbritannien) auf den Kontinent ausweiten will. Inwiefern die kleinen ProduzentInnen unter diesen Umständen von einer Abhängigkeit in die andere kommen, bleibt eine offene Frage. Die 'Asociación Nacional de los Productores Independientes' in Honduras, eine Gruppe, die vierzig unabhängige Produzenten umfaßt, ist sich der Problematik durchaus bewußt. Für sie hat aber die Ablösung von der Tela Railroad Co.(einem Tochterunternehmen der United Brands Co.) einen so hohen Stellenwert, daß sie bereit sind, jede Hilfe anzunehmen.

Das honduranische Beispiel steht stellvertretend für die Anstrengungen vieler unabhängiger mittel- und südamerikanischer KleinproduzentInnen. So gesehen greifen die Gleichsetzungen AKP-BananenproduzentIn = sozial abgesicherte Arbeitsplätze = schützenswert einerseits und Bananenanbauer in Mittel- und Südamerika = Multi = verdammenswert andererseits zu kurz. Die Forderung an die EG müßte deshalb auch nicht lauten 'garantierte Importmengen für AKP- und EG-Bananen', sondern 'freie Einfuhr für die Bananen, die unter sozialen und ökologischen Mindestbedingungen (beispielsweise nach Richtlinien der Internationalen Organisation für Arbeit, ILO) produziert werden'.

**Uwe Göde**




**Literatur:**

Liberación (Werkstatt für Entwicklung und Frieden e.V. in Lehrte) begrüßt Pläne der EG-Kommission zur Neuregelung des Bananenmarktes (Pressemitteilung vom 11.8.92)

Wolfgang Kessler; Billige Bananen kommen teuer zu stehen. Warum der freie Welthandel ein Verbrechen gegen die Menschheit sein kann, in: Publik Forum Nr. 17/1992 S.5ff

Thiele, Stefan; Alles Banane in Costa Rica. Wie selbständige Bauern zu Plantagenarbeitern werden. in: blätter des iz3w Nr.184 S.30ff

Markus Wittmer; Bananenmarkt: Aufbruch in die neunziger Jahre. I3W-Dokument Nr. 4, 15.8.1991

Ingeborg Wick / Pedro Morazán (Südwind, Siegburg) EG-Bananenstreit, Liberalisierung auf Kosten der Kleinen. Nachgedruckt in epd-Entwicklungspolitik 17/92 (September)

# Hinter Schleiern - Eine Prinzessin wartet nicht auf den Märchenprinz

Hauptfigur in der 260 Seiten langen Schilderung ist Sultana, eine unter mehreren hundert Prinzessinnen aus dem Clan der al-Saud, der Herrscherfamilie, die Saudi-Arabien von dem Zeitpunkt seiner Entstehung an regiert hat. Sultana berichtet über ihr Leben, in dem sie immer und immer wieder auf die Tatsache gestoßen wurde, daß die Männer bestimmen und die Frauen sich zu fügen haben.

1956 wurde sie geboren. Wie sie meint, war sie die letzte große Enttäuschung ihres Vaters, der sich leidenschaftlich Söhne gewünscht hatte, dem Gott nach Ali, dem Ältesten, jedoch nur noch Töchter bescherte; zehn waren es an der Zahl, und Sultana war die jüngste von ihnen. Schon sehr früh lernte sie, was es heißt, in einem Land als Frau aufzuwachsen, das nur Männer achtet. Wenn Sultana ihren Vater sah - und das geschah nicht allzu oft, denn er unterhielt vier Familien - beschäftigte er sich ausschließlich mit Ali, der sein ganzer Stolz war. Die Töchter hatten lediglich unterwürfig zu sein und zu lernen, wie sie ihren Herren am besten die Wünsche von den Augen ablesen konnten. Sultana, als Nesthäkchen von ihren älteren Schwestern verwöhnt, fügte sich nicht in diese Rolle. Stattdessen begehrte sie auf, wo sie nur konnte - sehr zum Mißfallen ihres Vaters und ihres herrschsüchtigen Bruders. Dieser Zug sollte ihr ihr Leben lang anhaften. Er erklärt unter anderem, warum es sie drängte, ihre Geschichte zu erzählen: Im Rahmen der ihr zu Verfügung stehenden Mittel wollte sie gegen die Mißachtung der Frauen in Saudi-Arabien ankämpfen.

Als sie sechzehn Jahre alt war, beschloß ihr Vater, die aufmüpfige Tochter möglichst gewinnbringend zu verheiraten. Es war ein außerordentlicher Glücksfall für das Mädchen, daß der auserwählte Ehemann - Karim - eine gewinnende Ausstrahlung besaß und noch keine Dreißig war. Die Regel sah anders aus: Je hübscher ein Mädchen aussah, desto älter war der Mann, den sie erhielt. Denn die Väter waren darauf aus, durch vorteilhafte Heiraten ihre Geschäftsverbindungen zu verbessern. Und ein Kandidat in den Fünfzigern, der es in der Wirtschaft schon zu etwas gebracht hatte, besaß deshalb natürlich bessere Chancen als ein jüngerer Mann, der sich seine Existenz erst aufbauen mußte. Zunächst waren Sultana und Karim miteinander glücklich. Sultana brachte drei Kinder zur Welt und war davon überzeugt, einen für saudische Verhältnisse emanzipierten Gatten zu haben. 1980 jedoch kam das Erwachen: Ihr Mann teilte ihr mit, daß er sich entschlossen habe, eine zweite Frau zu heiraten. Im Grunde stellt die Mehrehe in den reicheren Schichten nichts ungewöhnliches dar. Doch Sultana hatte das Gefühl, abgeschoben zu werden - sie war ihrem Mann nicht mehr gut genug. Mit aller Kraft kämpfte sie gegen die beabsichtigte zweite Ehe an und schreckte dabei auch vor Erpressung nicht zurück. Ihre mutige Strategie hatte Erfolg: Karim sah von seinen Eheplänen ab. Dennoch hatte Sultana die Achtung vor ihm verloren. Die Verbindung war nun nicht mehr erfüllt von Liebe, sondern bestand lediglich aus Gründen der Konvention. Heute, mit sechsunddreißig Jahren, fühlt sich die Erzählerin einsam - so, wie sie es als Kind tat, als sie erkennen mußte, daß ihr Vater nie ein gleichwertiges Wesen in ihr sehen würde.

Obwohl Sultana ihr eigenes Leben einigermaßen im Griff hatte, liest sich das Buch wie ein Jahrzehnte dauernder Alptraum. Denn ihr Weg war gesäumt von Menschenopfern - allesamt Frauen, die den Reinheitsidealen der Männer nicht gerecht wurden. So wurde z.B. ihre achtzehnjährige Freundin Nadia von ihrem Vater ertränkt, weil man ihr nachgewiesen hatte, wiederholt fremde Männer angesprochen zu haben. Samira sperrte man auf Jahre in die Finsternis, weil sie eine Liebesbeziehung zu einem Amerikaner unterhalten hatte: "Ihr Onkel hatte im obersten Stockwerk seiner Villa eine Zelle für sie eingerichtet. Dazu hatte er die Fenster eines Raumes mit Zementblöcken vermauern und die Wände mit Isoliermaterial abdämmen lassen, damit man sie nicht schreien hörte. Um ihr das Essen in die Zelle schieben zu können, wurde unten ein Stück aus der Türe herausgesägt und für die Exkremente ein Loch in den Boden gemeißelt". Es könnten noch unzählige Beispiele angeführt werden, die die Opferrolle der Frauen dokumentieren. Doch schon diese zwei reichen, um einen Eindruck zu vermitteln.

Sultanas Name ist im Übrigen nicht Sultana. Wie sie in Wirklichkeit heißt, verrät sie aus Sicherheitsgründen nicht. Die Niederschrift ihrer Lebensgeschichte hat die Amerikanerin Jean P. Sasson übernommen, die seit über zehn Jahren in Saudi-Arabien lebt und mit der Araberin eng befreundet ist.

Gefreut hat mich bei der Lektüre des Buches, daß ein Unterschied gemacht wurde zwischen der saudischen, vom Beduinenleben geprägten Mentalität und dem Islam. Der Sexismus, der im Land der zwei heiligen Schreine vorherrscht, hat größtenteils nichts mit der Religion zu tun, die dem Mann zwar die Vormundschaft über die Frau zubilligt, dies aber nicht als ein Recht auf absolute Herrschaft und Unterdrückung versteht. Vielmehr haben die männlichen Anhänger des Propheten im Laufe der Zeit den Koran so interpretiert, wie es ihnen am genehmsten war. Und inzwischen reicht die Selbstgefälligkeit vieler reicher Saudis gar so weit, daß sie die Keuschheit ihrer Frauen und Töchter mit Argusaugen bewachen, sich selbst aber an ausländischen Dienstmädchen vergehen und auch Kinder vergewaltigen. Im Anhang an die Erzählung sind einzelne Koransuren zusammengestellt, die die Stellung der Geschlechter im Islam dokumentieren. So kann frau ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Das Buch ist ein Bestseller, der sich mit dem Erfolg von Betty Mahmoody's "Nicht ohne meine Tochter" vergleichen läßt. Doch anders als Mrs. Mahmoody beschreiben Jean Sasson und Sultana das Leben in einer islamischen Gesellschaft ganz ohne Rassismus und westliche Ignoranz.

**Nivien Saleh**

**Jean P. Sasson (Hrsg.): Ich, Prinzessin aus dem Hause al-Saud. Ein Leben hinter tausend Schleiern. 2. Aufl., München 1992. 288 Seiten. Preis: DM 38.-**

# Die Einsamkeit der Dritten Welt - Wege aus der Krise des Südens?

Noch nie war die "Dritte Welt" so allein gelassen" schreibt Helmut Thielen in seiner Einleitung (S. 5). Der Autor verspricht "ökonomisch-ökologische Wege aus der Krise des Südens" aufzuzeigen. Eine sicherlich nicht leichte Aufgabe. Zu Beginn wird eindrücklich und faktenreich die Misere der sog. Entwicklungsländer beschrieben. Sodann konzentriert sich Thielen auf die Situation der Landwirtschaft. Er geht darin auf Distanz zu "entwicklungspolitischen Verfechtern von Modernisierung und Industrialisierung verschiedenster Couleur" (S. 55) und untersucht die Fehlentwicklungen hinsichtlich der politischen Machtverhältnisse, Agroindustrie und Ökologie. In einem weiteren Schritt entwirft Thielen seine "neue Perspektive": die rural-ökologisch zentrierte Entwicklung. Dieses Konzept läßt sich wie folgt umreißen:

- Abschied vom Modell der westlichen Industrieländer einer gelungenen Entwicklung
- weitestmögliche Rücknahme der Ressourcenplünderung und Schwerpunktsetzung auf eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft
- Bewahrung und Entwicklung der ländlichen Räume
- umfassende Agrar- und Umweltpolitik (incl. notwendiger Agrarreformen)
- Entwicklung von Industrien für einfache Investitionsgüter und Massenkonsumgüter
- Forschung und Entwicklung von einfachen, "alternativen" Technologien
- gemischte Eigentumsformen sowie Basisdemokratie als politische Rahmenbedingungen des Staates
- Binnenmarktentwicklung, Technologieautonomie und Kooperation mit ökonomisch Gleichen als außenwirtschaftspolitisches Programm (vgl. S. 165/166).

Diese Forderungen sind alles andere als neu, aber Thielen entwickelt sein Konzept sehr differenziert unter konsequenter Berücksichtigung der Umweltproblematik. Problematisch wird es allerdings, wo Thielen versucht sein Konzept in die entwicklungstheoretische Debatte einzuordnen. Zunächst beschreibt er in einem eigenen Kapitel die neueren Strategien der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und der für Lateinamerika (CEPAL). Dabei bevorzugt Thielen das Konzept der ECA, das seinem eigenen Konzept am ähnlichsten ist. Zum "Cepalismo", dem Entwicklungskonzept der CEPAL geht er allerdings auf Distanz. Der CEPAL hält er v.a. zwei Dinge vor. Erstens sei ihre Alternative "Staat oder freies Spiel der kreativen (Markt-)Kräfte" (S.127) falsch. Es müsse vielmehr "ein anderer Staat", der mit "Dezentralisierung, kommunaler Selbstverwaltung und Unterstützung gesellschaftlicher Basis-Initiativen" (S.123) ernst macht, gefordert werden. Zweitens vermißt Thielen die Forderung nach einer Agrarreform, die die CEPAL für "machtpolitisch nicht durchsetzbar" (S.125) hält. Das signalisiere eine "Bindung an das herrschende Machtgefüge von Großgrundbesitz, nationaler Bourgeosie und Oligarchie sowie transnationale Kapitalinteressen und politische Kontrolle durch die USA" von Seiten der CEPAL (S.129). Thielen wirft auch Autoren aus der bundesdeutschen entwicklungstheoretischen Debatte wie Senghaas, Menzel, Altvater, Hurtienne, Messner, Mármora u.v.m. vor, sie würden die Notwendigkeit der Agrarreform vernachlässigen. Es handele sich bei den Ansätzen dieser Autoren um eine "postmoderne Variante von Modernisierungstheorie" (S.156). Sie würden die kapitalistischen Spielregeln akzeptieren und das Problem der ländlichen Entwicklung marginalisieren. Außerdem würden sie die Ökonomie als "rein sachlich-technischen Systemzusammenhang" (S. 139) betrachten, ohne die politischen Momente und die sozialen und ökologischen "Nebenwirkungen" (S. 139) zu sehen.

Die Vorwürfe von Thielen schießen weit über ihr Ziel hinaus. Weder sind sie für alle Autoren gültig, noch sind sie immer haltbar. So kreidet er den Autoren an, sie würden notwendige Agrarreformen "ausklammern oder rein instrumentell betrachten" (S.7). Weiter hinten im Buch schreibt Thielen allerdings selbst, daß Messner und Senghaas "beide auf durchgeführte Agararreformen als Bedingung des relativen Erfolges südostasiatischer Entwicklungsländer" (S.161) verweisen und auch Altvater das "Ausbleiben der Agrarreformen als entscheidendes (sic!) Entwicklungshindernis in Brasilien" ausmacht. Damit führt der Autor seinen Vorwurf des Ausklammerns von Agrarreformen selbst ad absurdum. Der Vorwurf einer rein instrumentellen Sichtweise reduziert sich damit auf den Einwand, daß diese Autoren seiner radikalen Orientierung auf ländliche Entwicklung nicht folgen, sondern sich auch bzw. wesentlich auf die industrielle Entwicklung konzentrieren.

Ein weiterer Schwachpunkt des rural-ökologischen Ansatzes ist die fehlende Analyse des industriellen Sektors. "Da es in den Schwellenländern und auch in den kleineren Ländern Lateinamerikas Industrien gibt, ist es richtig, sie für binnenzentrierte Entwicklung umzustrukturieren" (S. 131/132), schreibt Thielen. Da es Industrien nun einmal gibt, sollen diese umstrukturiert werden. Aber wie, mit welchem Erfolg und v.a. was die Bedingungen der Umstrukturierungen sind - denn "für Veränderungen der Produktion ebenso wie der ungleichen Weltmarktintegration scheidet eine radikale und rasche Umstellung aus" (S. 104) stellt Thielen an anderer Stelle fest - darüber zerbricht sich der Autor nicht den Kopf. Das aber machen eben die von ihm kritisierten Autoren.

Thielens Konzept der rural-ökologisch zentrierten Entwicklung ist kein Ausweg aus der Krise. Positiv zu bewerten ist sein idealtypischer Ansatz für die ländliche Entwicklung, der noch einmal die Bedeutung von Agrarreformen betont. Da das Buch auch die aktuelle entwicklungstheoretische Diskussion aufgreift und reichlich Schaubilder und Graphiken enthält, ist es zum Einstieg in die Diskussion geeignet.

**uju**

**Helmut Thielen: Die Einsamkeit der Dritten Welt. Ökonomisch- ökologische Wege aus der Krise des Südens, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1992, 251 S., DM 24.-.**

# Odranoel - Eine Zustandsbeschreibung der internationalistischen Linken

Der Sammelband dokumentiert Debatten und Diskussionsbeiträge von mehreren Seminaren, die seit 1989 von den PIZZAs (Projektgruppe für internationale Zusammenarbeit und zukunftsorientierte Aktion) veranstaltet wurden.

An lauschigen Orten wie Borkum trafen sich Leute, die im Häuserkampf in Zürich, in der Solibewegung, oder in der DKP ihre politische Sozialisation erlebten. Texte aus Knästen wurden angefordert. Hinzu gesellten sich eingeladene Gäste aus Lateinamerika. Es ging um eine Bilanz, um einen Ausblick nach dem Scheitern sozialistischer Gesellschaftsmodelle unter Einbeziehung der eigenen Biographie. Das Buch hat keinen roten Faden oder zentrale Thesen, zu unterschiedlich ist der politische Hintergrund der AutorInnen. Trotzdem ist es spannend zu lesen. Warum?

Es fällt die radikale Offenheit auf, mit der die eigene Geschichte auf die Bühne der Öffentlichkeit gezogen wird. Im ersten Teil des Buches ist eine Diskussion der VeranstalterInnen dokumentiert. Keine ideologische Nebelwerferei oder taktisches Geplänkel bestimmen die Diskussion, sondern eine Kultur des offenen Disputs und schrankenlosen Denkens. Nicht Jahreszahlen, wie 1917, stehen im Vordergrund, sondern persönliche Erfahrungen. Die dichte Diskussionsatmosphäre kann leider kaum in einer Rezension eingefangen werden. Wer aber anfängt zu lesen, wird zwangsläufig nicht nur in einer der Personen Bruchstücke seiner eigenen politischen Geschichte wiederbegegnen.

Hier will ich mich auf die Kernaussagen von Gaby Gottwald und Thomas Fatheuer beschränken, die beide aus der Internationalismusbewegung kommen und am Schluß bzw. am Anfang der inhaltlichen Beiträge des Sammelbandes stehen. Für beide gibt es kein klares Modell und keine klare Zielvorgabe mehr. Die Linke hat verloren. Die Krampfparole "Auf zum letzten Gefecht!" wurde durch eine historische Metaphysik der Sicherheit nach dem Leitbild "Wir werden siegen", die jede Gedankenpore durchdrang, gestützt. Bekanntlich ist damit nun Schluß. Das von Max Weber analysierte "stahlharte Gehäuse", das beseitigt werden sollte, ist inzwischen elektronisch medial verschalt. Es ist nicht durch einen neuen Sturm auf die Bastille oder das Winterpalais zu stürzen. Thomas Fatheuer setzt noch eins drauf: "Es kommt vielmehr darauf an, nicht mehr siegen zu wollen." Für ihn brauchen wir keine neue Utopie sondern eine Aufwertung der Gegenwart. Dabei argumentiert er mit Foucault. "Der Heroismus politischer Identität hat seine Zeit gehabt. Wer und was man ist, danach fragt man nur, wenn es sich aus den Problemen ergibt, mit denen man sich herumschlägt: wie soll man sich beteiligen, Partei ergreifen, ohne sich übers Ohr hauen zu lassen? Eher eine Erfahrung mit, einen Versuch mit... als ein Engagement für.." Ein alter Kernsatz aus anarchistisch-libertärer Tradition ist wohl zentral für zukünftige linke Strategien: Der Weg muß das Ziel bereits beinhalten.

Eher praktisch argumentiert dagegen Gaby Gottwald. "Alte" Strukturen und Parteien sind ihrer Meinung nach für eine Rekonstruktion linker Zusammenhänge nicht mehr geeignet. Ziel grüner Politik ist nach Gaby Gottwald die eigene Etablierung und nicht mehr die radikale Veränderung der Gesellschaft. Sie sind allenfalls als punktuelle Bündnispartner zu gebrauchen. Die PDS wird sich an ihrem Erbe die Zähne ausbeißen und die Radikale bzw. Ökologische Linke sind Resultat von Zerfallsprozessen innerhalb der Grünen und wesentlich durch Einzelpersonen bestimmt. Für sie sind folgende Punkte konstitutiv für eine Erneuerung: Zunächst ist für sie eine Abkehr von der etablierten Stellvertreterpolitik und einer Politik der eigenen Interessenvertretung von unten unabdingbare Voraussetzung. Veränderungen sollten sich zudem nicht am Durchschnittsbewußtsein orientieren, sondern politische Radikalität aufbauen, die aber vermittelbar sein muß und potentielle Bündnispartner außerhalb des eigenen Sumpfs ansprechen sollte.

Erstaunt reagierten die LateinamerikanerInnen in den Seminaren auf die politische Situation der bundesdeutschen Linken, die in ihrer schwarzen Lederkluft am Strand von Borkum die Gäste zu manch ironischer Bemerkung hinrissen. Die Tupamara Yessie Macchi bringt es auf den Punkt: "Das wenige, was ich beobachtete, war für mich allerdings so exotisch wie für euch ein Sonnenuntergang in Havanna. Die Linken wollen die Gesellschaft verändern, haben aber mit den normalen Leuten nicht den geringsten Kontakt."

Es wird deutlich: Alte Hierarchien und Denkgewohnheiten liegen hinter uns, wir sind in einem Analyseprozeß, vor uns die Spuren neuer Bewegungen und Ereignisse. Ob dieser Prozeß aber mit oder ohne uns voranschreitet, ist noch lange nicht entschieden.

Die Beiträge analysieren allesamt die "moderne Not" der Linken, ohne sie dabei in eine postmoderne Tugend umzudeuten oder in neurotisch-zynisches Gelächter zu verfallen. Das Buch ist empfehlenswert für Leute, die noch Mut zum Weiterdenken haben.

Ach halt, und wer ist Odranoel? Ein abgerissener Cowboy, der in ein brasilianisches Restaurant kommt, in dem der ehemalige Tupamaro Fernández Huidobro mit Freunden sitzt. "Ich finde Bücher und Zeitungen in den Mülleimern, manchmal kaufe ich welche", so Odranoel. "Ich ziehe ein Buch einem Essen vor. Ich bin nicht geboren um zu essen. Ich bin geboren um zu lesen und zu schreiben". Als die ehemaligen Tupamaros ihm etwas zu essen anbieten, faßt er Mut und bestellt "Caxasa" (Maisschnaps), weil, wie er sagt, "der Caxasa zwar den Körper zerstört, aber die Seele des Dichters belebt". "Warum rebelliert das brasilianische Volk nicht, wo es doch so stark zu leiden hat", fragen die Gäste. Weil Hunger den Körper, den Verstand und den Geist schwächt", antwortet Odranoel essend. Eleuterio Fernández Huidobro hat ihm seinen Text gewidmet.

**gelu**

**PIZZA (Hrsg.) ODRANOEL.**
**Die Linke, - zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1992, 284 Seiten, DM 24,-**



PROHIBIDO DISCREPAR (Anders Denken verboten) ist ein Video über den Ausnahmezustand in Sevilla während der EXPO-Eröffnung. Während der spanische König bei der Eröffnung der Weltausstellung mit Referenz an Kolumbus das "Zeitalter der Entdeckungen" pries und den Besuchern aus aller Welt eine "Reise durch Zeit und Raum" versprach, endete die Reise vieler KritikerInnen im Gefängnis. Der Film sorgt dafür, daß die Geschichte derjenigen nicht ungehört bleibt, die nicht zu Tisch gingen, als der spanische König das Festbankett eröffnete, mit dem die Regierung den "Völkermord" vor 500 Jahren feiert. Das Video (VHS) liegt in einer deutschen (12 Min.) und in einer spanischen Version (22 Min.) vor.

**Ein Film von Carlos Bernal und Linda Helfrich, Verleih: WUS - World University Service, Goebenstr. 35, 6200 Wiesbaden, Leihpreis DM 45,-, Verkauf DM 99,-**



EL ORO NEGRO (Das schwarze Gold) heißt ein Video über die Zerstörung des ecuadorianischen Teiles Amazoniens und den Marsch der Indianerorganisation OPIP "Für Land und Würde". Wenn vor knapp 500 Jahren Conquistadores durch Amazonien zogen, auf der Suche nach "El dorado" dem wahnsinnigen Traum aus Gold, dann benehmen sie sich gegenüber den dort lebenden "indigenen Nationen" nicht grundlegend anders, als die heute mit der Ausbeutung des "Oro Negro" des schwarzen Goldes beschäftigten Öl-Multis. Am 22. April 1992 brachen ungefähr 2000 Menschen der Ethnien Quechua, Shiwar, Ashuar und Zapparo auf einen 500 km langen Marsch auf um ihre Landrechte und die Veränderung der Verfassung Ecuadors einzufordern. Die Anerkennung Ecuadors als multikulturellen und plurinationalen Staat. Nach 23 Tagen erreichen sie die Hauptstadt Quito und werden von dem Präsidenten empfangen. Doch der Marsch ist noch lange nicht zu Ende.

**Ein Film von Güsel Özkan und Ludger Pfanz, Video VHS, 40 Min, Verleih: Autofocus, 5, Oranienstr. 45 1000 Berlin 61, Leihpreis DM 35,-, Kaufpreis DM 150,-**



Mit der Verhaftung von Abimael Guzman, dem legendären Führer der peruanischen Guerillaorganisation "Der Leuchtende Pfad", ist dem peruanischen Militär und dem mit Notstandsgesetzen regierenden Präsidenten Fujimori Mitte September diesen Jahres ein Coup gelungen. Drei Monate nach der Verhaftung des Führers der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) wurde der Chef des Sendero Luminoso inhaftiert. Ob nun im November Wahlen und eine verfassungsgebende Versammlung stattfinden werden, darf man angesichts des militärischen Erfolges mit Hilfe der Notstandsgesetze eher skeptisch beurteilen. Wer über den Sendero, aber v.a. über ihren Führer Guzman etwas lesen will und nicht auf ausführlichere Beschreibungen und Analysen zurückgreifen möchte dem kann man die kurzweilige Reportage des englischen Journalisten Nicholas Shakespeare empfehlen. Shakespeare reiste vermutlich 1989 (leider hat der Verlag das Entstehungsjahr der Reportage dem Leser unterschlagen) nach Lima, Ayacucho und anderen Orten in Peru. Er puzzelt die teilweise dürftigen Ergebnisse aus Gesprächen mit ehemaligen Schulfreunden, Kollegen, Lehrern von Guzman und anderen Personen zu einer biographischen Skizze über Guzman zusammen, die sich 1979 nach einem kurzen Knastaufenthalt von Guzman verliert. Am Schluß der Reportage ist es ihm gelungen, ein Gespräch mit Dr. Efrain Morote Best, dem vermeintlichen ideologischen Ziehvater von Guzman, zu bekommen. Morote wurde schon des öfteren beschuldigt, der eigentliche Führer des Sendero zu sein. In dem Gespräch sagt er, daß Guzman zwar wichtig für den Sendero, aber nicht unersetzlich sei. Wenn diese Auskunft des intimen Kenners heute noch zutrifft, dann wird der Sendero weiterkämpfen und Fujimori hat einen Grund mehr, den Übergang zu demokratischen Verhältnissen aufzuschieben.

**Nicholas Shakespeare: Guzman, Kellner Verlag, Hamburg 1991, 62 Seiten, DM 9,80**



Der letzte verzweifelte Versuch, den Guevarismus bzw. die Focusguerilla wieder aufleben zu lassen, kam in Chile Anfang der 80er Jahre zustande. Angespornt durch eine aktive Volksbewegung gegen die Diktatur bildeten sich verschiedene kleine Gruppen aus Resten der alten Linken (MIR) und der 1983 gegründeten "Frente Patriótico Manuel Rodríguez" (FPMR), um den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Aber schon Mitte der 80er Jahre waren sie wieder zerschlagen. Darüber konnten auch spektakuläre Aktionen wie der Anschlag auf die Wagenkolonne Pinochets nicht hinwegtäuschen. Für das Buch "Die Nacht wird Sterne haben" bildet diese Niederlage der Linken den Hintergrund. Es sind sehr persönlich gehaltene Biographien aus dem chilenischen Widerstand, von Maria Puschner eingeleitet und aus Tonband-Interviews zusammengestellt.

In Chile ist die Diktatur inzwischen von einer demokratisch gewählten Regierung abgelöst worden, aber noch sind viele Politische Gefangene aus der Zeit der Diktatur in Haft. Das Erschrecken und die Berichte über Repression und Folter bilden den ersten roten Faden. Der zweite handelt von dem Krieg, den sie nicht gewinnen konnten. Die internen Kämpfe und Spaltungen, der Zusammenbruch von Weltbildern ist gleichfalls erschreckend. Jahrelang auf den Sieg mit der Waffe in der Hand eingeschworen, entschied 1985 das Zentralkomittee in einem Positionspapier, den bewaffneten Kampf "an die zweite Stelle zu setzen", sprich auszusetzen. Und trotzdem dokumentiert dieses Buch Texte von Menschen, die den Mut zur Veränderung nicht aufgegeben haben. Ohne hohles Pathos erzählen sie ihren Lebensweg. "Diese Jahre werden nicht umsonst gewesen sein. Diese Jahre werden nicht ewig sein...."

**Maria Puschner: Die Nacht wird Sterne haben, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1992, 183 S., DM 19,80**



In dem Buch **Wilde Kälte, Die Entdeckung Europas 1492** liest der Autor Helmut Reinicke die abendländische Expansionsgeschichte gegen den Strich. Seine Beschreibung des europäischen Imperialismus doziert nicht und will auch nicht vom "Besseren" lehren - es ist eine negative Deskription dessen, was heute als unerklärliche Grausamkeit retrospektiv vernebelt wird und dennoch sich kontinuierlich in den Grundlagen der modernen Gesellschaften reproduziert hat: Denn die Angst davor, in die Barbarei zurückzufallen, schwingt noch in den aktuellen Beschwörungen der zivilen bürgerlichen Gesellschaftsordnung mit. Erst in der geschichtlichen Analyse der Dynamik von Produktivkräften kapitalistischer Expansion und deren theoretische Vorwegnahme geschärfte Blick vermag das Zurückschlagen der imperialen Gewalt in das alte Europa zu dechiffrieren.

**Helmut Reinicke: Wilde Kälten, Die Entdeckung Europas, IKO Verlag, 196 Seiten, DM 26,80. Bestellungen an: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1**



Die Venezolanerin Christina Policastro ist eine Autorin, die nicht nur für die intellektuelle Elite ihres Landes schreiben will, sondern für eine breite Leserschaft. Genau das will auch die Hauptfigur ihres bislang einzigen in deutscher Sprache erschienen Romans "Das Haus der Tugenden", der venezolanische Schriftsteller Jacobo Dalton. Und Dalton hat es geschafft. Wie nur wenige lateinamerikanische Schriftsteller "erreicht er mit seinem Werk ein großes Publikum der verschiedensten Breitengrade". Dafür liebt ihn Helena, die selbstbewußte Journalistin (mit Zügen der Autorin?), seine Lebenspartnerin. Und darum beneidet ihn sein Freund Francisco, ebenfalls Schriftsteller, der ihm Helena ausspannen will. Die Erzählung bewegt sich mal in der Nähe, mal weitab dieses thematischen Kernes (vielleicht ist das Thema auch ganz ein anderes?), springt vom Verstehbaren zum Nichtverstehbaren, mal rekonstruierend (z.B. die Biographie Jacobo Daltons), mal assoziierend, und knüpft ein Geflecht aus einer Vielzahl von Handlungssträngen. Eine sich in wochenlangem Todeskampf windende Hexe, eine Prostituierte mit der Sehergabe und Neigung zu mystischer Extase, eine Frau, deren Lockruf aus Meergeruch Daltons Vater von England nach Amerika brachte, sind ebenso wichtige Figuren wie die modernen selbstbewußten Frauen, die Daltons Lebensabschnitte begleiten. Für LeserInnen, die Lust auf Mystisch-Märchenhaftes haben, bereit sind, sich Bildern und Stimmungen zu überlassen und die sich darüberhinaus für's moderne Venezuela interessieren, genau die richtige Lektüre.

**Christina Policastro: Das Haus der Tugenden, Roman, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 163 S., DM 28,-**





Huda al Hilali ist eine Grenzgängerin zwischen zwei Kulturen. Einen Abschnitt ihrer Jugend verbrachte sie in der Bundesrepublik, 17-jährig kehrt sie in den Irak zurück, den sie 29-jährig (endgültig?) zugunsten ihrer Wahlheimat Deutschland verläßt. Seither pendelt sie in ihren Empfindungen und Gedanken zwischen ihren beiden Ländern. Heimweh ist ihr Lebensschicksal. "Wenn ich nach Bagdad zurückgeflogen wäre, hätte sich an meinem Zustand kaum etwas geändert. Ich wäre genauso von Sehnsüchten geplagt worden und hätte immer wieder davon geträumt, in Deutschland zu sein". (Hilali über sich, S.169) Seit 1984 läßt sie interessierte Deutsche an ihren Erinnerungen an den Irak teilhaben. Sie gibt Erzählabende. Mit der Veröffentlichung "Von Bagdad nach Basra" hat sie einige ihrer Geschichten erstmals einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.

Ihre Geschichten handeln vom alltäglichen Leben im Irak, von dem Menschen hierzulande in der Regel überhaupt nichts wissen. Im Mittelpunkt stehen die Frauen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen, in der Familie und außerhalb. Aber das sind keine heilen kleinen Welten, in die uns Hilali führt. Zwei von den fünf Geschichten des Bandes fallen in die Zeit des ersten Golfkrieges. Und jede Frau, die da vorkommt, weiß, daß sie die nächste sein kann, die über einen gefallenen Sohn oder Gatten trauern muß.

Die Frauen in Hilalis Geschichten, einige eng an der eigenen Mutter angelehnt, sind traditionell und fügen sich in hergebrachte Rollenmuster. Bei aller Konventionalität jedoch sind sie gefühlvoll und menschlich. Diese Sympathie läßt es zu, daß man es schafft, sich in sie hineinzuversetzen. Und genau das will Hilali mit ihren Erzählungen erreichen.

**Huda Al-Hilali, Von Bagdad nach Basra. Geschichten aus dem Irak. Mit einem Vorwort von Freimut Duve. Palmyra-Verlag, Heidelberg 1992, 190 Seiten, DM 29,80**



"Gibt es einen gesellschaftlichen Zustand, der einer Art verhängnisvoller Unausweichlichkeit verwandt ist?" Diese Frage beschäftigt nicht nur den Generaldirektor des staatlichen Textilunternehmens in Tlemcen (Algerien), dessen Bemühungen beim Aufbau einer Seidenraupenzucht immer wieder durch Sabotage und Mißwirtschaft duchkreuzt werden. Die Figuren in Mimounis Erzählungen stehen alle hilflos gesellschaftlichen Prozessen gegenüber, die ihr Geheimnis nicht preisgeben. Die aufgeblähten bürokratischen Apparate funktionieren alle irgendwie, nur nicht so, wie sie sollen. Das Ergebnis ist Chaos. Die Menschen, die etwas vebessern wollen, zerschellen an der Trägheit des eingespielten Gefüges. Andere versuchen mit minimalen Reibungsverlusten durchzukommen, so wie der Polizeichef, der es aufgegeben hat, sich über Versorgungsengpässe bei Milchpulver aufzuregen und der nun gelassen seine Dienstzeit für die Besorgung von knappen Gütern nutzt.

"Ich begreife nicht, wie mir geschieht"... Dieser Ausspruch des jungen Parkwächters könnte auch aus dem Munde aller anderen Figuren aus Mimounis Erzahlungen kommen. Der junge Parkwächter jedenfalls muß tatenlos zusehen , wie die seltenen Pflanzen seiner geliebten städtischen Gartenanlage allmählich verdorren und wie die schwarze Aphrodite, die Statue im Herz des Parkes, regelmäßig von Unbekannten verschandelt wird. Aufgrund der nicht funktionierenden Wasserversorgung der Stadt läßt sich das erste, aufgrund der achselzuckenden Gleichgültigkeit des Vorgesetzten, der als Agraringenieur massiv unter seiner Überqualifikation leidet, läßt sich das zweite nicht verhindern.

Auf dem falschen Posten befinden sich in Mimounis Geschichten die meisten Funktionsträger des Systems, und die ganz kleinen Angestellten, die sich auf dem richtigen befinden, und die ihr ganzes Leben einer stupiden Tätigkeit widmen, werden irgendwann ausgetrickst oder funktionslos, wie der Bahnhofsvorsteher des kleinen Provinznestes, der jahrelang mit einer Gewissenhaftigkeit, die kein hoher Funktionär aufbringt, seinen Job ausgeübt hat. Er muß erleben, wie seine Routinetätigkeiten zum Selbstläufer werden: der Zug, den er ankündigt, für den er die Schranke herunterläßt, verkehrt nicht mehr.

Mimouni erzählt geradlinig, knapp, verzichtet auf orientalische Schnörkel und paßt sich auch in der Sprache seinem Thema an. Wo alles ausweglos erscheint, ist bekanntermaßen viel Humor, und besonders gelungen sind die Witze, über die man gar nicht ausgelassen lachen kann. Tatsächlich bleibt einem beim Lesen von Mamounis Erzählungen das Lachen im Halse stecken.

**Rachid Mimouni, Hinter einem Schleier aus Jasmin, Rotbuch Verlag, Berlin 1992, 160 Seiten, DM 28,-**

# Besetzung soll billiger werden

## Ein Gespräch mit M.Warschawski über die Situation in Israel

Am 3. Oktober sprach Michel Warschawski, Mitarbeiter des Alternativen Informationszentrums Jerusalem, in Berlin über die neue israelische Regierung Rabin. Vor einem kleinen Kreis von Interessenten warnte er davor, übertriebene Hoffnungen in die Regierung Rabins zu setzen, denn: Die Labour Party war mit dem Wahlversprechen angetreten, den besetzten Gebieten einen gewissen "Autonomie"status zuzugestehen und die Siedlungspolitik zu stoppen. Tatsächlich aber handelt es sich nach Warschawski bei den Vorstellungen der israelischen Regierung um nichts anderes als um eine effektivere und gleichzeitig auch billigere Form der Okkupation. Wie die "Autonomie" von Gaza und der Westbank letztendlich aussehen wird, werden erst die anstehenden Verhandlungen zwischen israelischer Regierung und palästinensischen Vertretern in naher Zukunft zeigen.

Mit dem Autonomieversprechen nimmt die neue Regierung Rücksicht auf die Stimmung einer breiten Bevölkerung, die, statt von einem "Groß-Israel" zu träumen, das Geld, das die Siedlungspolitik und die massive Militärpräsenz in den besetzten Gebieten kostet, lieber in die Lösung der dringendsten sozialen Probleme fließen sehen möchte.

So hat die Ankunft der äthiopischen und dann der russischen Emigranten den Wohnungsmarkt in Israel an seine Grenzen gebracht. Im Mai 1991 waren es 250.000 Zuwanderer, im Oktober laut Warschawski schon 500.000.

Professoren, die die Straße kehren: In der Rosh Hoshana (Neujahrs)-Ausgabe von 1991 erklärte die Jerusalem Post dieses Bild zu einem der typischsten des vergangenen Jahres. Die Immigranten sollten die Arbeitsplätze der Palästinenser übernehmen, so hatte die Regierung in der Theorie für Arbeitsplätze "gesorgt". Was die Wohnungssuche anging, da proklamierte der Staat die Selbstregulierung des Marktes und nannte diese Methode "direct absorption". Die Neuankommenden erhielten ein Übergangsgeld, dann mußten sie sehen, wie sie zurechtkamen. Für die, die keine Freunde oder Familie in Israel haben, ist das ein großes Problem. Ein Problem, das auch gesellschaftlich noch nicht gelöst ist und mit dazu beigetragen hat, daß die Regierung und auch die Armee nach einer anderen Form der Kontrolle der besetzten Gebiete suchen.

Etwas anders sieht es mit dem deklarierten Siedlungsstop aus. Davon sind die sogenannten strategischen Siedlungen ausdrücklich ausgenommen. Die zur Zeit im Bau befindlichen 11.000 Gebäude sollen noch fertiggestellt werden und das staatliche Projekt Großjerusalem würde letztendlich 15 - 20% der Westbank umfassen. Damit kann von einem Siedlungsstop keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, alle Projekte werden durchgeführt und die jetzige Regierung siedelt in den besetzten Gebieten mehr Menschen an als ihre Vorgängerin.

Nun sind die Leute, die sich bereit erklären, in den besetzten Gebieten zu leben, nicht unbedingt fanatische Siedler. In Hebron zum Beispiel - und hier provoziert die jüdische Siedlung besonders, denn sie befindet sich mitten in palästinensischem Gebiet, direkt neben dem Stadtzentrum - leben sie unter Flutlicht, hinter Stacheldraht, bewacht von einer ihnen sehr feindlich gesonnenen Umwelt. Sie verlassen die Siedlung, um nach Jerusalem zur Arbeit zu fahren, auf eigens für sie gebauten Straßen. Bewaffnet, aber immer wieder mit Steinen und Molotowcocktails attackiert. Die sich bereiterklärten, unter diesen Bedingungen zu leben, haben sich oftmals durch die extreme Inflation und die Explosion der Mieten in Israel dazu gezwungen gesehen. Natürlich sind die Mieten und die Lebenshaltungskosten in den Siedlungen wesentlich niedriger.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, warum Rabin sich vom Falken, der er war, in eine Taube verwandelt haben soll. Aber es ist zu vermuten, daß die sozialen Probleme Israels die Regierung zu pragmatischen Zugeständnissen, auch an die Palästinenser, gezwungen hat. Einige wenige Verbesserungen hat es gegeben: die angekündigte Ausweisung von elf palästinensischen Aktivisten wurde zurückgenommen und Ausweisungen prinzipiell gestoppt. Palästinensische Häuser werden im Rahmen von Kollektivbestrafungen nicht mehr gesprengt, versiegelte Häuser wieder geöffnet. Die Gruppe der 18 bis 26jährigen Palästinenser wird nun aller Voraussicht nach endgültig die Erlaubnis erhalten, innerhalb der grünen Grenze zu arbeiten. Doch daß die neue Regierung sich zugute hält, 800 palästinensische Gefangene entlassen zu haben, ist ein propagandistischer Scherz. Nach Warschawski ist das ungefähr die Zahl derer, die aus den unterschiedlichsten Gründen sowieso monatlich aus der Haft entlassen werden müssen.

Und 800, das sind 800 von 15.000. An der Menschenrechtssituation hat sich nichts geändert. Der Staat bedient sich weiterhin der "Antiterrorgesetze", die noch aus der Zeit des britischen Mandats stammen. Jede Form von palästinensischer Aktivität oder Organisierung, aber auch jede Form von jüdischer Unterstützung, selbst der Versuch, Kontakt aufzunehmen, wird als Unterstützung der PLO, als Angriff auf die Existenz des Staates Israel gewertet und kann entsprechend geahndet werden.

Tikva Parnass, eine weitere Mitarbeiterin des Alternativen Informationszentrums erzählte uns im Oktober 1991 von einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Israels, nach der bei Angeklagten, die aufgrund des Verdachtes, gegen die "Antiterrorgesetze" verstoßen zu haben, einsitzen, "ein adäquates Maß an psychischer und physischer Gewaltanwendung" angebracht und erlaubt sei, da dies die einzige Form einer möglichen Schuldzuweisung sei. Der oder die Angeklagte muß dazu gebracht werden, sich mit der PLO zu identifizieren, da für Gesinnung schwerlich Zeugen zu finden sind. Folter ist also die offiziell für legitim erklärte Verhörmethode. Dieser ist der oder die Angeklagte bis zu vier Monaten ausgesetzt, das ist die rechtlich festgelegte Dauer der Untersuchungshaft. Die Menschenrechtsorganisation Bet'selem/Jerusalem erhielt auf ihre Anfrage, was denn das genaue Maß der noch erlaubten Folter wäre, keine Antwort.

**Birgit Schmidt**

**"Rücksichtslos billig" - Kinderarbeit in der Dritten Welt**
Arbeitstagung des DGB-Bildungswerkes in Kooperation mit Terre des hommes vom 27.-29.11.92 in Bad Kreuznach
Infos und Anmeldung:
DGB-Bildungswerk, Adresse s.o.

**Kooperativenkaffee statt Bonzenkaffee**
Seminar der Kaffee-Kampagne El Salvador vom 20.-22.11.92 in Hamburg
Infos und Anmeldung:
El Rojito
Große Brunnenstr. 74
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/3906898

**Abschied von der Völlerei - Voraussetzungen für einen radikalen ökologischen Wandel**
Tagung der Gesellschaft für politische Ökologie am 14.11.92 in Stuttgart
Infos und Anmeldung:
GPÖ
Rieckestr. 26
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/282033

**500 Jahre Unterdrückung und Widerstand**
am 31.10./1.11.1992 Abschlußtreffen der nationalen Schweizer Kampagne im Pfarreizentrum St. Johannes, Würzenbach, Luzern. Referate, Ateliers, Filme sowie Lateinamerika-Fest und Gottesdienst.
Tagungsgeld für beide Tage DM 40,-
Detaillierte Informationen beim Kampagnebüro:
Tel.: 041 - 31 52 43

**Rassismus, Theorie und Alltag in der bundesrepublikanischen Fremde**
Ein Seminar der Afrikanischen Union Hamburg vom 19.-22. 11.1992 in der Ev. Akademie Hamburg.

Themen:
* Politische und kulturelle Diskriminierung Afrikas
* Rassismus als Eckpfeiler der Marginalisierung Afrikas
* Der institutionalisierte Rassismus am Beispiel der Schulbücher und des Ausländergesetzes
* Bi-kulturelle Ehen
u.a.

Die Veranstaltung enstand in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., der GEW Hamburg, der Ev. Akademie Hamburg und Sokoni e.V. Hamburg. Schirmherrschaft hat die Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

TeilnehmerInnenbetrag:
30 DM für LohnempfängerInnen 15 DM für SchülerInnen, StudentInnen und Arbeitslose

Schriftliche Anmeldung bei
**Afrikanische Union in Hamburg e.V.**
**Nernstweg 32**
**2000 Hamburg 50**
**Tel.: 040 / 3 90 28 75**

**Nationalismus - Nationale Identität - Nationale Befreiungsbewegungen**
Seminar des Arbeitsschwerpunktes Rassismus im BUKO am 21./22.11.92 in Nürnberg.
Infos und Anmeldung:
H.J. Schmitt
Brückenstr. 23
8500 Nürnberg
Tel.: 0911/336943

**Wirtschaft, Umwelt, Demokratisierung - Gemeinden als Vorreiter?**
Seminar des Gustav-Stresemann-Instituts vom 8.-11.11.92 in Bonn.
Infos und Anmeldung:
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
Langer Grabenweg 68
5300 Bonn 2
Tel.: 0228/8107-172

**Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus**
Theologische und kirchliche "Entjudungsprogramme" in der NS-Zeit.
Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 18. - 20.11.92 in Schmitten/Oberursel.
Infos und Anmeldung:
Evangelische Akademie Arnoldshain
Martin-Niemöller-Haus
6384 Schmitten 1
Tel.: 06084/400

**Dritte Welt in Europa**
Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 6.-8.11.92 im Schlößchen Schönburg/Hofgeismar.
Infos und Anmeldung:
Evangelische Akademie
von Kurhessen- Waldeck
Schlößchen Schönburg
Postfach 1205
3520 Hofgeismar

**Annual General Meeting der Alliance of Northern People for Environment & Development vom 25. - 28.11.92 in Budapest**
Arbeitsgruppen zu den Themen Frauen, Ost-West-Beziehungen, EG-Binnenmarkt, 500 Jahre Kolonialismus, UNCED.
Infos und Anmeldung:
W.E.E.D.
Berliner Platz 1
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/696479

**Rundreise zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion der AG "KDV im Krieg" und der DFG-VK Hessen vom 2. - 15.11.92**
Veranstaltungen an verschiedenen Orten der BRD und Österreich zu den Themenschwerpunkten Israel/Palästina, Südafrika, ehemaliges Jugoslawien, USA (Golfkrieg) und 2. Weltkrieg.
Infos:
DFG/VK Hessen
Vogelsbergstr. 17
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/431440

**Gescheiterte Befreiung? Eine Bilanz von Nationalismus und Sozialismus in der "Dritten Welt"**
Symposium der Volkshochschule Saarbrücken am 14.11.92, 9.30 - 19.30 Uhr
Infos:
Volkshochschule Stadtverband Saarbrücken
Postfach 199
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681/506485

**Nicaragua 1992 - Das Land denen, die es bebauen**
Ein Seminar der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden vom 6.-8.11.92 in Düsseldorf.
Infos und Anmeldung:
AGG e.V.
Rheinweg 34
5300 Bonn1
Tel.:0228/234021

**6. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der 3. Welt**
Eine Tagung des DGB-Bildungswerkes e.V. vom 14.-15.11.92 in Köln
Infos und Anmeldung:
DGB-Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Postfach 10 10 26
4000 Düsseldorf 1

## Zeugen der Anklage

Die Zeitschrift 'Die Brücke' veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Grünen im Europaparlament ein Tribunal gegen die Flüchtlings- und Immigrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Angeklagt wird die Verletzung der Menschenwürde und Menschenrechtsverletzungen.

Zeit und Ort:
5./6. Dezember 1992 in Köln

Programm:

5.12.92, 12.00 - 20.00 Uhr

- Begründung der Anklageschrift:
  - historische und rechtliche Aspekte der "Nationalstaatsdoktrin" (Christopher Pollmann)
  - Nationalismus und Rassismus (Oliver Tolmein und Heleno Sana)
  - Ökonomie und Rassismus (Shala Blum)
- Kreuzverhör zur Anklageschrift: Anhörung von ZeugInnen zur Verletzung von Menschenrechten in der BRD

6.12.92, 10.00 - 13.00 Uhr

- Beratung des Urteils in Arbeitsgruppen zu den Themen
  - Perspektiven für politische Rechte, Selbstverwaltung und kulturelle Autonomie
  - Europa 1993: Nationalstaaten contra "offene Grenzen"
  - "Asylmißbrauch": "Kriegsflüchtlinge" contra "Wirtschaftsflüchtlinge"
- Urteilsverkündung

Anmeldung und Bezug des Kongreßreaders bei

**Die Brücke (Redaktion Frankfurt)**
**Cornelia Wilß**
**Günthersburgallee 31**
**6000 Frankfurt 1**
**Tel. 069/ 499 01 29**
**Fax: 069/ 493 06 07**

## Schutz für Journalisten in Türkei - Kurdistan

Die seit acht Jahren andauernden Auseinandersetzungen zwischen kurdischer Guerilla und staatlichen Sicherheitskräften haben im Südosten der Türkei bisher mehr als 4.000 Menschenleben gefordert. Journalisten und Redakteure in dieser Region leben besonders gefährlich, da sie nicht nur den Gefahren des Krieges ausgesetzt sind, sondern auch Opfer hinterhältiger Morde werden können, die von Todesschwadronen unter dem Namen 'Konter-Guerilla' vollstreckt werden.

Seit Beginn dieses Jahres richteten sich von den 160 'Hinrichtungen' 10 gegen Journalisten, zumeist Mitarbeiter von Zeitungen unter kurdischer Leitung. Bisher letztes Opfer in dieser traurigen Bilanz ist der Schriftsteller und Journalist Musa Anter. Der Vierundsiebzigjährige wurde am 20. September 1992 auf dem Rückweg von einer Kulturveranstaltung gegen 20 Uhr 30 in Diyarbakir auf offener Straße erschossen. Er hatte vier Bücher über die kurdische Frage veröffentlicht und schrieb als Kolumnist für die Zeitung 'Özgür Gündem' (Freie Tagesordnung).

Neben diesen 'extralegalen' Hinrichtungen existiert eine Reihe 'legaler' Maßnahmen, um die Presse mundtot zu machen, obwohl offiziell in der Türkei keine Zensur stattfindet. Während für die 80er Jahre der Istanbuler Journalistenverein 26 Gesetze ermittelte, die eine Beschneidung der Pressefreiheit enthielten, entstand 1991 kurzfristig der Eindruck, die Situation könne sich verbessern: eine Reihe von Gesinnungsparagraphen wurden aus dem Strafgesetz gestrichen, knapp 30 Chefredakteure kamen nach mehr als 10 Jahren Haft aus den Gefängnissen.

Das neu geschaffene 'Anti-Terror-Gesetz machte jedoch die Hoffnungen wieder zunichte: Dubiose Straftatbestände - wie etwa die 'Separationspropaganda' - können zu drastischen Geld- oder Haftstrafen führen, Publikationen können eingestampft, Redaktionen und Druckereien geschlossen werden.

Der internationale Protest gegenüber den türkischen Behörden nimmt erst seit kurzer Zeit Gestalt an. Um diesen zu intensivieren, hat Medico International eine 'Initiative Schutz für Journalisten in Türkei-Kurdistan' ins Leben gerufen, die sich vor allem (aber nicht nur) an Vertreter der schreibenden Berufe und deren Verbände richtet. Breit unterzeichnete Aufrufe sollen sich - auch durch Veröffentlichung in türkischen, kurdischen und deutschen Zeitungen - an die Öffentlichkeit, v.a. aber an die Regierung in Ankara wenden. Zudem sollen Partnerschaften zu gefährdeten KollegInnen und/oder türkischen Redaktionen aufgebaut werden.
Weitere Informationen sind erhältlich bei:
**Medico International**
**Obermainanlage 7**
**6000 Frankfurt/Main 1**

## Internationale Frauenkonferenz in Thailand

Vom 25. November bis 1. Dezember 1992 werden ca. 150 Frauen aus Frauengruppen und gewaltfreien Basisorganisationen der ganzen Welt in Bangkok zusammenkommen, um ihre unterschiedlichen Erfahrungen im Alltag und im Kampf gegen Armut, Militarismus und sexuelle Ausbeutung auszutauschen. Ziel ist es, eine Vernetzung von Frauengruppen und einzelnen Frauen zu fördern. Nach den drei vorangegangenen Konferenzen in Europa wurde diesmal Bangkok als Tagungsort gewählt, da hier die Ausbeutung von Frauen aufgrund des immer mehr expandierenden Sextourismus besonders stark ist. Neben der sexuellen Unterdrückung stehen aber auch u.a. Themen wie Rassismus, gewaltfreie Erziehung, sowie Wege zu einer ökonomischen Unabhängigkeit auf dem Programm. Um die Flugkosten der TeilnehmerInnen aus ärmeren Ländern sowie die Kosten der Vorbereitung der Konferenz decken zu können, bittet die Heidelberger Initiative 'Frauen überwinden Gewalt' um Spenden auf folgendes Konto:
**370 509 3686 Ökobank Frankfurt/ Main**
**BLZ 500 901 00**
**- Stichwort: Frauenkonferenz -**
Weitere Informationen über die Konferenz könnt ihr anfordern bei:
**Ulla Eberhard**
**c/o Graswurzelwerkstatt**
**Scharnhorststr. 6**
**5000 Köln 60**
**Tel.: 0221/ 76 58 42**





## Waffenausfuhrverbot in der Schweiz?

Am 24. September wurde in der Schweiz eine Volksinitiative für Abrüstung und ein generelles Waffenausfuhrverbot zur Abstimmung im Bundesrat eingereicht. Das Initiativkomitee, zu dem neben der zuständigen Arbeitsgemeinschaft auch die Sozialdemokratische Partei und der Christliche Friedensdienst gehören, unternahm damit einen zweiten Anlauf: Auf den Tag genau vor 20 Jahren hatte eine ähnliche Initiative die Mehrheit im Bundesrat nur um 8000 Stimmen verfehlt.

Statt dessen wurde 1973 ein revidiertes Kriegsmaterialgesetz in Kraft gesetzt, welches Waffenexporte in Krisen- und Spannungsgebiete sowie Länder, welche die Menschenrechte verletzen, verbietet. Daß dieses Gesetz die Schweizer Exporte nicht begrenzen, geschweige denn unterbinden konnte, geht aus einer Liste hervor, die die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) kürzlich zusammenstellte: Danach exportierte die Schweiz widerrechtlich in den vergangenen 20 Jahren für ca. 3,4 Mrd. Franken Kriegsmaterial in die erwähnten Gebiete, wobei diese Summe lediglich die registrierten Exporte umfaßt.

Grund genug also für die neuerliche Volksinitiative.

**Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW)**
**Postfach 20, 3000 Bern 6**
**Tel.: 031 / 22 71 22**
**Fax: 031 / 22 77 94**




## Empörung über US-Bundesgericht

Politiker, Rechtsanwälte und Wissenschaftler aus einer Reihe von lateinamerikanischen Staaten haben einstimmig die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court) der USA verurteilt, derzufolge ausländische Straftäter von US-Agenten in dem jeweiligen Land gefangengenommen werden können, um sie dann in den USA vor Gericht zu stellen. Ein Beispiel für die US-amerikanische Praxis ist die Entführung des mexikanischen Arztes Humberto Alvarez Machain, dem vorgeworfen wird, an der Folterung und Ermordung eines Mitarbeiters der US-Antidrogenbehörde DEA beteiligt gewesen zu sein.

Im Mittelpunkt der Kontroverse steht die Frage, ob die Entführung eine Verletzung des internationalen Rechts bzw. bestehender Auslieferungsverträge darstellt. Der Supreme Court verneint diese Frage, aber die meisten Beobachter sind anderer Ansicht: Asorubal Aguidar, venezolanisches Mitglied des Interamerikanischen Gerichtshofes sagt beispielsweise, daß die Entführung "konträr zu den meisten Prinzipien des Rechts" verläuft, die Souveränität anderer Staaten verletzt und ausländische Botschaften in den Vereinigten Staaten kompromittiert; Daniel Ortega - ehemaliger Präsident Nicaraguas - bezeichnete die Entscheidung gar als Beispiel für die 'Neue US-Kriegsordnung'.

Mexiko hat als Antwort auf die Entführung Machains weitere Aktivitäten von Mitarbeitern der DEA innerhalb seines Staatsgebietes untersagt; Bolivien will diesem Beispiel folgen. Karibische Politiker, die befürchten müssen, daß ihre Staaten zur wichtigsten Drehscheibe des internationalen Drogenhandels avancieren, drücken bereits eine viel stärkere Betroffenheit darüber aus, daß ihre Souveränität ein zweites Mal verletzt werden könnte, diesmal jedoch nicht von Kriminellen, sondern durch ihren mächtigen Nachbarn im Norden.

Morris King - Außenminister von Barbados - hat den Spieß umgedreht und nachgefragt, ob andere Länder denn ebenso berechtigt seien, US-Bürger in den USA zu kidnappen, um sie im Ausland vor Gericht zu stellen, und Carlos Sosa - Präsident des honduranischen Parlaments - sieht in dem Gesetz lediglich einen Versuch, nachträglich die Entführungen von Manuel Noriega, Alvarez Machain sowie des honduranischen Drogendealers Ramon Matta zu legalisieren. Die Kontroverse über die Entscheidung des Supreme Court wird in jedem Fall einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und den lateinamerikanischen Staaten im Wege stehen und der Befürchtung einer US-Hegemonie in dieser Region wieder Nahrung geben.

Unbeeindruckt davon nahmen - laut Bericht von Inter Press Service - die US-Grenzbehörden bei Naco im Norden Mexikos den Mexikaner Teodulo Romulo Lopez fest.

## Befürchtung einer 'Hexenjagd' in Peru

Mit großer Erleichterung wurde von der Mehrheit der peruanischen Bevölkerung die Festnahme und Verurteilung des Anführers der Aufstandsgruppe 'Sendero Luminoso' (Leuchtender Pfad) und Personen des Führungskaders aufgenommen. Allein für die Zeit seit Anfang 1990 gehen - nach Angaben der Nationalen Menschenrechtsorganisation Perus - 2.500 politische Morde auf das Konto des Leuchtenden Pfades, die hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung gerichtet waren. Die Informationsstelle Peru in Hamburg macht aber - anläßlich einer Anhörung der Unterkommission Menschenrechte des Bundestages zur Lage der Menschenrechte in Peru - darauf aufmerksam, daß unter der Regierung Fujimori ebenso Menschenrechte der Bevölkerung massiv verletzt werden: So sind - bis Ende August 1992 - 493 Personen als 'verschwunden' angezeigt worden, von denen nicht einmal ein Drittel wieder aufgefunden wurde. Demgegenüber stiegen die Generäle Valdivia und Rabanal Portila in die höchsten Ränge des Heeres auf, beide verantwortlich für das Massaker an den Bauern in Cayara im Mai 1988 bzw. für die Ermordung der Insassen des Gefängnisses von Lurigancho im Juni 1988. Die zunehmende Beschuldigung von Peru-Solidaritätsgruppen als angebliche Unterstützer des 'Sendero' ist nach Einschätzung der Informationsstelle ein Anzeichen dafür, daß die Verurteilung Guzmans nur der Auftakt zu einer "Hexenjagd" sein könnte, die weitere Opfer auf seiten der Bevölkerung kosten würde. Daher ist die vordringlichste Erfordernis an die deutsche und europäische Politik, wirksame Kontrollen der Menschenrechtspolitik Perus herbeizuführen.

**Informationsstelle Peru**
**Nernstweg 32/33**
**2000 Hamburg**



**medico report 17**
**Auf der Suche nach dem neuen Südafrika**
Bedeutet das politische Ende der klassischen Apartheid auch das Ende der ökonomischen? Wie können westliche NGO's den Prozeß der ökonomischen Entwicklung Afrikas begleiten? Welche Rolle müssen die südafrikanischen Gewerkschaften einnehmen? Wie kann die Wirtschaftspolitik Südafrikas umstrukturiert werden? Behindert oder befördert die Politik der Strukturanpassung die wirtschaftlichen Beziehungen der afrikanischen Länder untereinander? Welche Strategien der Entwicklung existieren überhaupt? Auf 65 Seiten wird diesen Fragen nachgegangen. Die Texte und Diskussionen sind Auszüge aus Beiträgen für eine internationale Konferenz, die unter dem Titel 'Südafrika im Wandel - eine Herausforderung für Europa' am 22./23. Januar 1992 in Rotterdam stattfand.
**Bestellung:**
**medico international,**
**Obermainanlage 7,**
**6000 Frankfurt/Main 1,**
**Tel.: 069 - 49 90 04 1/2**

---

**Informationsdienst südliches afrika Nr. 3-1992**
Südafrika: Verhandlungen ausgesetzt * Haushalt wie gehabt * Die Opfer der Macht - Jugendliche zwischen den Fronten * Mit Stock und Peitsche-Strafpraktiken aus dem 19. Jahrhundert * Erziehung zu Abhängigkeit und Protest * Mosambik: Alarmierender Bericht über Schulsituation * Zimbabwe: Soziale Folgen der Strukturanpassung * Dürre im Südlichen Afrika: Dürre, Hunger und Politik * Kurzgeschichte von Anibal Aleluia/Mosambik * Namibia: Deutsch-Namibische Entwicklungszusammenarbeit * Arbeitslosigkeit * Schwierige Beseitigung von Minen * Windhoeker Streiflichter * Angola: Morde an Dissidenten - Savimbi läßt Kritiker verschwinden * Geschichten aus der Baixa - Literarischer Sonderfall Angola * Diskussion: Wende in der Entwicklungspolitik - Anmerkungen zur Menschenrechtskonditionalität * Rezensionen * Zeitschriftenschau * SADCC-Brief: Südafrika und die Region * Inwasa - Informationen aus Wirtschaft und Arbeitswelt im Südlichen Afrika

---

**KALENDER**
**Soy Latinoamericana / Ich bin Lateinamerikanerin - Nicaragua '93**
"Hinter der offiziellen Geschichte Lateinamerikas verbirgt sich nicht nur eine Geschichte des allgemeinen Widerstands, sondern auch die Erinnerung der Frauen an ihre Leiden und ihre Auflehnung. Diese Geschichte 'aufzudecken', den vergangenen und gegenwärtigen Stimmen der Frauen Lateinamerikas Gehör zu verschaffen - daran arbeiten viele Frauen in Lateinamerika, und dies ist auch eines der Anliegen dieses Kalenders." Bilder und Texte zur Situation lateinamerikanischer Frauen.
**Zu bestellen bei:**
**Helga Vandirk,**
**Borngasse 7,**
**6253 Hadamar,**
**Tel.: 0 64 33 - 62 95.**
**Preis: DM 12,50, ab 10 St. DM 12,-**

---

**BOLIVIA 95, Mai / Juni 1992:**
Der 9. Kongreß: Die verwickelte Suche nach einem neuen revolutionären Subjekt * Die Bevölkerungsentwicklung und der Zensus vom 3. Juni 1992 * Oliver North - Drahtzieher im Huanchaca-Gate? * Coca, Kokain und was "reina" Sofia damit zu tun hat * Rio '92 aus bolivianischer Sicht * Grenze mit Chile: Alles beim Alten
**Preis: Einzelheft DM 3,- Abo ab DM 18,-**
**Bezug: Bolivia: Bolivia Sago Informationszentrum, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61**

---

**BRASILIEN - RUNDBRIEF Nr. 2/92**
Brasilianische Bischöfe kritisieren Regierung * Brasilianischer Pfarrer erhält Anti-Sklaverei-Preis * Schwarz sein in Brasilien * Das Projekt ABAYOMI * Die Geschichte der Sklaverei in Brasilien * Der Quilombo von Palmares - das Wagnis einer anderen Gesellschaft * Quilombos heute * Militärpolizei im Einsatz * Hermes beschert Deutschland Arbeitsplätze und Brasilien Milliarden Schulden * Cholera dringt weiter vor * Landreform auf Brasilianisch * Grupo pela vida - Aids und Menschenrechte * Leprakranke in Brasilien * Schießwütiger Abgeordneter
**Erscheint viermal jährlich mit über 120 Seiten und kostet 20,- DM. Direkt bei der Brasilieninitiative Freiburg e.V. zu beziehen. Konto: Sparkasse Freiburg Kto.-Nr. 20 666 33, BLZ 680 501 01**

---

**BOLIVIA Nr. 96 Juli/August 1992:**
Rostock: "Das habe ich nicht gewollt" * Aktive bewaffnete Gruppen in Bolivien * Indigenas, Bauern, Gewerkschafter auf dem 5. CSUTCB Kongreß: Die Herausforderung der Einheit der Bauernbewegung * Der Großmacht ausgeliefert. Das Drama um Asunta Roca * Interview: "El Pais" im Gespräch mit dem Präsidenten Jaime Paz Zamora über den lateinamerikanischen Integrationsprozeß * Kurznachrichten * Zeitschriftenschau * Bolivienforum: Einladung zum Seminar
**Preis: Einzelheft DM 3,- Abo: ab DM 18,-**
**Bezug: Bolivia, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61**

---

**informationsdienst südliches afrika Nr. 4-1992**
Südafrika: Schwarzes Referendum - Zahlreiche Teilnahme an Massenaktionen * Tom Lodge: ANC muß Kompromisse machen * Namibia: Die einen haben die Freiheit - die anderen das Land - Namibia im dritten Jahr nach der Unabhängigkeit * Namibias neues Arbeitsgesetz * "Ohne Befreiung der Frau bewegt sich nichts" * Verweigerungspolitik aus dem BMZ - Zur deutsch-namibischen Entwicklungszusammenarbeit * Dürrehilfe gegen Päsidenten-Jet aufgerechnet - Protest der namibischen Botschaft * Standortsuche - Nichtregierungsorganisationen in Namibia * Fremde im eigenen Land - Namibische Kinder aus der DDR zurück * 435 Revisited - Symposium in Freiburg * Zimbabwe: Der Kampf ums Land - Druck gegen Umverteilungsprogramm der Regierung * Malawi: Noch gilt Bandas Machtwort * Nach allen Seiten offen - Malawis Sonderrolle im Südlichen Afrika * Umwelt: Plünderung eines Paradieses: Mosambiks Umwelt leidet unter Kriegsfolgen * Bevölkerung und Umweltzerstörung * Seminare * Zeitschriftenschau * SADCC-Brief: Sektoren der Zusammenarbeit * Inwasa: Informationen aus Wirtschaft und Arbeitswelt im Südlichen Afrika
**Einzelpreis: DM 6,- Abo: DM 40,-**
**Bezug: issa, Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3**

---

**EPK Heft 3/92 Aids - die Krankheit der anderen**
Mythen um den Ursprung von Aids * Weltproblem Aids * Negative Utopien - Daten und Prognosen * Selbstbestimmung der Frau - Schlüssel zur Bekämpfung von Aids und HIV * Aids - Ein Blick in die deutsche Presse * Gesundheit ist ein Menschenrecht, kein Privilieg * "AfrikanerInnen scheinen Aids eher akzeptieren zu können, Interview * Aids im Kontext der afrikanischen Tradition * Angst und Mut - Ein persönlicher Bericht aus Uganda * Afrikanische Gesundheitssysteme und Aids * Positiv leben mit Aids - die Selbsthilfegruppe TASO in Uganda * Prävention durch Gesundheitserziehung * Das Aids Kontrollprogramm der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania * "Hinsehen und Zuhören" - Gemeinschaftsorientierte Strategien der Aids-Bekämpfung im westlichen Afrika * Aids - Waisen * Interview: "Wir waren es gewohnt, Anordnungen zu befolgen" * etc.
**Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 390 52 21**

---

**Lateinamerika Nachrichten Nr. 219/20 Sept./Okt. 1992**
Ecuador - Der tiefe Sturz des Präsidenten * Mexiko - Volkswagen, sein Volk und der Freihandel * Argentinien - Zug ins Ungewisse * Brasilien - Collor hängt durch * Kolumbien - Die Panamericana - ein Alptraum in Chocó * Nicaragua - Seeleben vor der Pazifikküste * El Salvador - Halbe Demokratisierung * Schwerpunkt: Internationale Solidarität "Worin unsere Stärke besteht" / Internationalismus - Standortbestimmung Rezension: Odranoel - Die Linke - Zwischen den Welten / Gewerkschaften: Zwischen Besitzstandsdenken und Solidarität /Die Arbeit der Frauen-Anstiftung /Wir brauchen eine andere Solidarität /Zwei, drei, viele Guevaras * Amerika - Freihandelsabkommen: Ungleiche Länder - gleiche Erwartungen * Chile - Macht und Medien / Nach den Kommunalwahlen / Ein neuer Katalog in Arauco? / DINA-Agent in Brasilien verhaftet? * Haiti - Die Bilanz einer erstarrten Situation * Dominikanische Republik - Faro a Colaon, Ein Millionenprojekt und seine Folgen / Joaquim Balaguer: Caudillo mit Scheindemokratischem Anstrich * Rezension - Stimmen aus dem Süden: Weder schwarz noch rosa /Amazone von Sergio Sant Anna / El Güegüense, der schlauste der Indianer
**Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,- Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb**
**Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2**
**1000 Berlin 61, Tel. 030/694 61 00, Fax 030/692 65 90**

---

**Tatort Brasilien - Der Konzern Robert Bosch. Ein Fallbeispiel für deutsche Industrieunternehmen in der Dritten Welt**
Wirtschaftliche Entwicklung Brasilien / Verliert Brasilien seinen Rang als Investitionsziel deutscher Unternehmen? / Der Weltkonzern Robert Bosch - Brasilien bildet bedeutenden Schwerpunkt / Die brasilianischen Gewerkschaften / Kontakte zwischen Gewerkschaftsmitgliedern aus Brasilien und der Bundesrepublik / Dokumente / Zum Problem internationaler Solidarität.
**Bezug:**
**Arbeitskreis Internationale Solidarität**
**beim DGB Kreis Stuttgart,**
**Willi-Bleicher-Str. 20,**
**7000 Stuttgart 1**

## Betrifft: "Für einen nationalen Nihilismus"; in: blätter des iz3w Nr. 183, S. 31 ff

Der Autor des Artikels glaubt, wir befänden uns am Ende einer "langen Welle". Wenn man die "lange Welle" definiert als "Krise der Kapitalverwertung, die zu einschneidenden ökonomischen und politischen Erschütterungen führt", dann befinden wir uns nicht am Ende, sondern am Anfang einer langen Welle.

Am Ende des Artikels schreibt der Autor, es gehe nicht um "die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden". Richtig ist: die Zerstörung bzw. der Zerfall bestehender Staaten ist bzw. war Voraussetzung für die Bildung neuer Staaten, z.B. im ehemaligen Jugoslawien. Die Gründung neuer Staaten geschah nicht unter Zwang, sondern sie wurde von der Bevölkerung akzeptiert (ich meine damit Slowenien und Kroatien).

Von einer "Zwangshomogenisierung der Menschen zu Nationen" kann dort keine Rede sein. Ein Bedürfnis der Menschen nach freier bzw. freiwilliger "Assoziation zur staatenlosen Weltgesellschaft" existiert m. E. nicht.

**Klaus Blauert**



Hans Magnus Enzensberger, **Die große Wanderung - 33 Markierungen**; Suhrkamp, Frankfurt 1992, 76 Seiten, DM 19,80

Hans Christoph Buch, **Rede des toten Kolumbus am Tag des jüngsten Gerichts**; Suhrkamp, Frankfurt 1992, 255 Seiten, DM 32,-

Gabi Küppers (Hrsg.), **Feministamente - Frauenbewegung in Lateinamerika**; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 250 Seiten, DM 19,80

Giaconda Belli, **Zauber gegen die Kälte - Erotische Gedichte**; Peter Hammer Verlag; Wuppertal 1992, 90 Seiten, DM 26,80

Oji Chima, **Unter die Deutschen gefallen - Erfahrungen eines Afrikaners**; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 288 Seiten, DM 24,80

Ana Maria Shua, **Lauritas Liebschaften**; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 165 Seiten, DM 28,-

Oleg Prudkov/Dieter Bach (Hrsg.), **Wer sitzt morgen im Kremel? Die neuen Parteien in Russland und ihre Führer**; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 100 Seiten, DM 18,80

Nihat Behram, **Schwalben des verrückten Lebens**; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 186 Seiten, DM 28,-

Margareta Mommsen (Hrsg.), **Nationalismus in Osteuropa - Gefahrvolle Wege in die Demokratie**; C.H.Beck, München 1992, 200 Seiten, DM 19,80

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Hrsg.), **Low-Income- Housing in Two Indian Metropolises - Integrated Housing Projekts and the Supportive Role of Development Cooperation**, Berlin 1992, 177 Seiten

Eine Welt - Stiftung Entwickung und Frieden (Hrsg.), **Erde ist Leben - Beiträge zur Sicherung der Welternährung durch ökologischen Landbau und Bodenreform**, Bonn 1992, 230 Seiten, DM 7,-

Catherin Samary, **Krieg in Jugoslawien**; ISP Verlag, Köln 1992; 160 Seiten, DM 19,80

Winfried Wolf/Eduardo Galeano, **500 Jahre Conquista**; ISP Verlag, Köln 1992, 190 Seiten, DM 19,80

Erdmute Heller, **Arabesken und Talismane - Gedichte und Geschichten des Morgenlandes in der Kultur des Abendlandes**; C.H. Beck, München 1992, 150 Seiten, DM 19,80

Josef Pöschel, **Angepaßte Technologie für die afrikanische Landwirtschaft**; Brandes & Apsel, Frankfurt 1992, 150 Seiten, DM 19,80

Elmar Altvater, **Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung**; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 262 Seiten, DM 29,80

Angela Mastretta, **Frauen mit großen Augen**; Suhrkamp, Frankfurt 1992, 240 Seiten, DM 36,-

Emil Habibi, **Der Peptimist;** Lenos Verlag, Basel 1992, 257 Seiten, DM 36,-

Hans -Jürgen Heinrichs, **Inmitten der Fremde - Von In- und Ausländern**; Rowohlt, Hamburg 1992, 230 Seiten DM 16,80

Bassam Tibi, **Die fundamentalistische Herausforderung**; C.H. Beck, München 1992, 270 Seiten, DM 22,-

*»Man schämt sich«, sagt Prin aus Thailand. »Ich wollte ja nicht wirklich in diesen Beruf... Es ist nur für das Geld, so daß wir es besser haben. Früher hatten wir überhaupt nichts. Nicht einmal schöne Teller, um zu essen. Jetzt haben wir aber alles, was wir brauchen. Fernseher, Video, Stereo... Es kümmert mich dann wenig, wenn die Gesellschaft mich schlecht anschaut. Jetzt ist das Geld für uns der liebe Gott.«*

### Alles käuflich? Kinder in der Prostitution

Unter diesem Titel hat terre des hommes jetzt eine 24seitige Broschüre herausgebracht, die Kinderprostitution in Deutschland, Thailand, Indien, Chile und auf den Philippinen thematisiert. Im Mittelpunkt stehen die Kinder selbst: ihre Sichtweise und die Logik, die die Prostitution innerhalb ihres persönlichen und gesellschaftlichen Umfeldes für sie bekommt, der Mangel an alternativen Erwerbsmöglichkeiten, die Suche nach Anerkennung, welche ihnen nur über Geld zuteil wird. Außerdem werden von terre des hommes unterstützte Projekte vorgestellt, in denen versucht wird, Kindern alternative Lebensmöglichkeiten anzubieten.

**Das Heft kann unter der Bestell-Nr. 411.1155.00 kostenlos bezogen werden bei: terre des hommes-Geschäftsstelle, Ruppenkampstr. 11a, 4500 Osnabrück**

813/ 1/185/5641?

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

W-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733